



Landtag von Baden-Württemberg

131. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 17. Juni 2015 • Kunstgebäude

Beginn: 10:01 Uhr

Mittagspause: 13:43 bis 15:00 Uhr

Schluss: 17:32 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	7835	4. Antrag der Fraktion der CDU – Verwaltungsstruktur in Baden-Württemberg – Drucksache 15/6730.	7863
1. Aktuelle Debatte – Bezahlbarer Wohnraum für unsere Familien – die Regierungskoalition handelt – beantragt von der Fraktion der SPD	7835	Abg. Manfred Hollenbach CDU	7863, 7864
Abg. Johannes Stober SPD	7835, 7845	Abg. Thomas Blenke CDU (Kurzintervention)	7864
Abg. Tobias Wald CDU	7836, 7844	Abg. Claus Schmiedel SPD (Kurzintervention)	7864
Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE	7838	Abg. Hans-Ulrich Sekerl GRÜNE	7865
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	7840, 7846	Abg. Claus Schmiedel SPD	7866
Minister Dr. Nils Schmid	7842	Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP	7867
2. Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP und Antwort der Landesregierung – Logistik in Baden-Württemberg – Drucksache 15/6340	7846	Beschluss	7868
Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	7847	5. Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur – Menschen- und umweltgerechter Ausbau der Rheintalbahn – Großprojekt bis 2030 realisieren – Drucksache 15/6723 (Berichtigte Fassung)	7869
Abg. Nicole Razavi CDU	7848	Abg. Guido Wolf CDU	7869
Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE	7850	Abg. Andreas Schwarz GRÜNE	7870
Abg. Hans-Peter Storz SPD	7851	Abg. Claus Schmiedel SPD	7871
Staatssekretär Peter Hofelich	7852	Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	7872
Minister Winfried Hermann	7854	Minister Winfried Hermann	7873
3. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Neuordnung des Rechts des Naturschutzes und der Landschaftspflege – Drucksache 15/6886 (Ergänzte Fassung)		Beschluss	7876
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Drucksache 15/6959	7855	6. Regierungsbefragung	
Abg. Dr. Patrick Rapp CDU	7856, 7862	6.1 Wirtschaftsschutz	7876
Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE	7857	Abg. Nikolaos Sakellariou SPD	7876
Abg. Gabi Rolland SPD	7858	Minister Reinhold Gall	7877, 7878, 7879, 7880
Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP	7859	Abg. Thomas Blenke CDU	7877
Minister Alexander Bonde	7860	Abg. Karl Zimmermann CDU	7879
Beschluss	7862	Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU	7879

6.2 Asylverfahren	7880	Personennahverkehrs (ÖPNV), insbesondere die Mittelverteilung gemäß § 45 a Personenbeförderungsgesetz – verschoben? – Drucksache 15/5077 (Geänderte Fassung)	7890
Abg. Matthias Pröfrock CDU	7880, 7883	Abg. Rudolf Köberle CDU	7890, 7895
Minister Reinhold Gall	7881, 7882, 7883, 7884, 7885	Abg. Andreas Schwarz GRÜNE	7891
Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE	7882, 7885	Abg. Hans-Martin Haller SPD	7892
Abg. Winfried Mack CDU	7883	Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	7893
7. Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Schülerwettbewerb des Landtags zur Förderung der politischen Bildung – Drucksache 15/6794	7886	Minister Winfried Hermann	7894
Abg. Sabine Kurtz CDU	7886	Beschluss	7896
Abg. Sandra Boser GRÜNE	7886	9. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – Inklusion in der Polizei – Drucksache 15/5120	7896
Abg. Christoph Bayer SPD	7887	Abg. Rainer Hinderer SPD	7896
Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP	7888	Abg. Thomas Blenke CDU	7897
Minister Andreas Stoch	7889	Abg. Petra Häffner GRÜNE	7898
Beschluss	7890	Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP	7899
8. Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur – Die Reform der Finanzierung des öffentlichen		Minister Reinhold Gall	7899
		Beschluss	7901
		Nächste Sitzung	7901

Protokoll

über die 131. Sitzung vom 17. Juni 2015

Beginn: 10:01 Uhr

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 131. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg.

Urlaub für heute habe ich Frau Abg. Anneke Graner und Herrn Abg. Peter Schneider erteilt.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich folgende Regierungsmitglieder: Frau Ministerin Öney und Herr Minister Stickelberger. Außerdem hat sich Frau Abg. Katrin Schütz aus dienstlichen Gründen entschuldigt. Sie ist bei einer Gremiumssitzung des Badischen Staatstheaters in Karlsruhe.

Eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** liegt Ihnen vor. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung der Landesregierung vom 10. Juni 2015 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Herausforderungen der Kreativwirtschaft in Baden-Württemberg – Drucksache 15/6981

Überweisung an den Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst und federführend an den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft

2. Mitteilung der Landesregierung vom 9. Juni 2015 – Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik – Drucksache 15/6990

Überweisung an den Ausschuss für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

3. Mitteilung der Landesregierung vom 16. Juni 2015 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Gesetz zur Umsetzung der Polizeistrukturereform (Polizeistrukturereformgesetz – PolRG) – Drucksache 15/6999

Überweisung an den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft

*

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, informiere ich Sie noch über einen bevorstehenden Wechsel im Medienrat der Landesanstalt für Kommunikation, und zwar bei den von den Fraktionen zu entsendenden Vertretern nach § 41 Absatz 2 Satz 1 des Landesmedien-

gesetzes. Die Fraktion der CDU hat mit Schreiben vom 10. Juni 2015 mitgeteilt, dass die Vertreterin ihrer Fraktion, Frau Dr. Monika Stolz, zum 30. Juni 2015 aus dem Medienrat ausscheidet, da sie zum 1. Juli 2015 Mitglied des Rundfunkrats des Südwestrundfunks wird und nach § 44 Absatz 2 Satz 2 in Verbindung mit § 34 Absatz 4 Nummer 2 des Landesmediengesetzes eine Amterunvereinbarkeit besteht. Nach Mitteilung der CDU-Fraktion soll Herr Abg. Andreas Deuschle am 1. Juli 2015 als neuer Vertreter seiner Fraktion in den Medienrat der LFK nachrücken. – Sie nehmen von dieser Änderung Kenntnis.

Wir treten damit in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Bezahlbarer Wohnraum für unsere Familien – die Regierungskoalition handelt – beantragt von der Fraktion der SPD

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtrededzeit von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Rednerinnen und Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Schließlich darf ich noch einmal auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung verweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Für die SPD-Fraktion erhält Herr Abg. Stober das Wort.

Abg. Johannes Stober SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute das Thema „Bezahlbarer Wohnraum für unsere Familien – die Regierungskoalition handelt“ aufgerufen. Grün-Rot handelt in Baden-Württemberg, und das ist gut so.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wir haben in Baden-Württemberg und insbesondere in den großen Universitätsstädten des Landes ganz enorme Mietbelastungen. Ich habe hier die Zahlen: Die Mietbelastungsquote, Kalt- und Warmmiete zusammen, liegt in Freiburg bei 30 %, in Konstanz bei 27 % und in Stuttgart bei 25 %. Dies sind nur Durchschnittswerte. Es ist ganz anders, wenn man sich untere Einkommenschichten anschaut. Da weiß ich wiederum von Zahlen aus Freiburg, dass jeder zweite Euro in die Miete fließt. Das sind Situationen, die so nicht bleiben können.

(Johannes Stober)

Ich bin froh, dass die Große Koalition im Bund die Mietpreisbremse beschlossen hat. Sie trat zum 1. Juni 2015 in Kraft. Ich bin unserem Finanz- und Wirtschaftsminister Nils Schmid sehr dankbar, dass er bereits jetzt mit einem Vorstoß für eine Gebietskulisse für die Mietpreisbremse herausgegangen ist und wir nun eine Anhörung haben. Diese Gebietskulisse soll hoffentlich möglichst kurz nach der Sommerpause in Kraft treten. Dafür herzlichen Dank, Herr Minister.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich bin zudem sehr froh, dass auch die Regelung zur Umsetzung der Absenkung der Kappungsgrenze auf 15 % – noch ein altes Projekt der schwarz-gelben Koalition im Bund – ins Werk gesetzt wurde und inzwischen gilt. Diese Regelung sorgt dafür, dass Mietpreiserhöhungen in vielen Städten in Baden-Württemberg innerhalb von drei Jahren eben nicht mehr 20 %, sondern nur noch 15 % betragen können. Auch dies ist ein guter Schritt. Auch hierfür herzlichen Dank, Herr Minister.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir haben aber auch die soziale Mietwohnraumförderung in Baden-Württemberg wieder in Schwung gebracht. Ich denke noch an meine ersten Jahre, in denen ich mich politisch engagiert habe, zurück. Während der Großen Koalition unter Dieter Spöri hatte das Land Baden-Württemberg an dieser Stelle großen Aufschwung genommen, aber was danach passiert ist – in den Jahren 1996 bis 2011 –, war skandalös. Wir waren letztes – auch der Kollege Wald war dabei – bei einer Veranstaltung anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Vereinigung baden-württembergischer kommunaler Wohnungsunternehmen. Es ist skandalös, dass es einzelne Jahre gegeben hat, in denen die soziale Mietwohnraumförderung von der CDU-Regierung sogar auf null gesetzt wurde.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Unglaublich!)

Ich bin froh, dass wir dieses Thema jetzt wieder angegangen sind, dass wir allein für die soziale Mietwohnraumförderung jedes Jahr 50 Millionen € zur Verfügung stellen. Das ist ein hervorragendes Zeichen an die Familien bei uns in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich bin auch froh, dass es gelingt, trotz der schwierigen Situation auf dem Kapitalmarkt – durch die niedrigen Zinsen ist es nicht einfach – diese Förderung auszubringen. Es gab natürlich in den ersten Jahren bestimmte Justierungsfragen, aber auch da bin ich sehr dankbar, dass wir gerade bei der Jubiläumsveranstaltung – 25 Jahre KOWO – ein großes Lob und große Unterstützung für das aktuelle Wohnraumförderungsprogramm für die Jahre 2015/2016 erfahren haben und gehört haben, dass die Mittel abgerufen werden. Dies ist gut so, und wir werden sicherlich auch nachsteuern, wenn die Mittel in diesem oder im nächsten Jahr oder in den kommenden Jahren möglicherweise nicht ausreichen sollten. Auch das ist ein ganz klares Zeichen für mehr bezahlbaren Wohnraum in unserem Land Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir haben aber auch andere Dinge auf den Weg gebracht.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Grunderwerbsteuererhöhung!)

Wir haben auch in Baden-Württemberg ein massives Abschmelzen der Zahl der Sozialwohnungen, weil die Mietbindungen auslaufen. Auch hier bin ich sehr froh, dass bei dem Programm, welches seit jeher im Landeswohnraumförderungsprogramm enthalten war, aber nie genutzt wurde, nämlich zum Erwerb von Miet- und Belegungsrechten für vorhandene Wohnungen, meine Stadt Karlsruhe vorangeht und dass, wie ich von meiner Kollegin Gabi Rolland erfahren habe, auch Freiburg da vorangeht. Auch in Mannheim wird meines Wissens dieses Programm in Anspruch genommen.

Vor allem bei den Sozialwohnungen, deren Mietbindungen jetzt auslaufen, werden die Bindungen entsprechend verlängert. Das ist auch ein wichtiges Zeichen dafür, dass die Mieten in Baden-Württemberg bezahlbar waren und dass sie nicht unnötig weiter steigen. Auch dies ist hervorragend gelungen oder ist dabei, hervorragend zu gelingen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir sind aber auch in anderen Bereichen innovativ geworden. Ich nenne nur das Thema „Förderung der Wohnungseigentümergeinschaften“. Dort haben wir das Problem, dass diese keine Besicherung von Krediten leisten konnten. Auch hier haben wir als erste Maßnahme umgesetzt, diese Kredite landesweit zu sichern. Danach haben wir den Zins für energetische Sanierung und barrierefreien Umbau sogar auf 0 % gesenkt. Jetzt gibt es unter bestimmten Bedingungen auch noch einen Zuschuss von 3 %. Wir tun also auch etwas für Sanierung, Erneuerung und Zukunftsfähigkeit von Wohnraum in Baden-Württemberg. Auch das ist ein äußerst gelungenes Element in unserer Wohnraumförderung.

Weiter betreiben wir die Eigentumsförderung im sozialen Wohnungsbau. Diese war gut aufgestellt – auch von der früheren Landesregierung –, und wir haben sie weitergeführt. Aber auch diese ist im Augenblick von ganz großer Bedeutung, weil die Chancen, eigenen Wohnraum zu finanzieren, nie größer waren, als es im Augenblick bei der jetzigen Zinslage der Fall ist. Deswegen müssen wir auch diese historische Chance nutzen, dass Menschen eigenen Wohnraum erwerben können. Auch hier bin ich sehr, sehr dankbar, dass das über unser Programm möglich wird.

In diesem Sinn: Lassen Sie uns daran weiterarbeiten, dass Mieten und Wohnen in Baden-Württemberg bezahlbar bleiben.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Wald.

Abg. Tobias Wald CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Für die CDU-Landtagsfraktion hat die Wohn- und die Lebensqualität der Mitmenschen in unserem Land einen hohen Stellenwert. Ausreichender und bezahlbarer Wohnraum in entsprechender Qualität – dafür stehen wir ein, und das muss auch über alle Fraktionsgrenzen hinweg ein wichtiges landespolitisches Ziel sein.

(Tobias Wald)

Während wir in allen aktuellen Debatten, bei jeder Podiumsdiskussion zum Thema Wohnungsbau den Weg für mehr Wohnungen klar beschreiben, taumelt die grün-rote Landesregierung weiterhin auf dem wohnungsbaupolitischen Irrweg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Wie bitte? – Abg. Claus Schmiedel SPD: Noch nie wurden so viele Wohnungen gebaut wie heute!)

Die grün-rote Landesregierung hat in den vergangenen vier Jahren nur Maßnahmen ergriffen, welche junge bauwillige Familien, Häuslebauer, mittelständische Wohnungsbauminvestoren erschrecken und verschrecken: Erhöhung der Grunderwerbsteuer auf 5 %, Verknappung des bebaubaren Raums durch Maßnahmen des Verkehrsministeriums, die beschlossene Umwandlungsverordnung, das umstrittene Zweckentfremdungsverbotsgesetz, die Verschärfung des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes, die vermurkste Landesbauordnung – alles Giftpfeile für den Wohnungsbau.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sagen Sie einmal etwas Positives!)

Das Landeswohnraumförderungsprogramm – Herr Stober, Sie haben es angesprochen – haben Sie so bürokratisiert, dass die Antragszahlen massiv in den Keller gefallen sind.

(Abg. Johannes Stober SPD: Stimmt doch gar nicht!)

Während unter der CDU-geführten Regierung im Jahr 2010 für die Eigentumsförderung 2 192 Anträge bewilligt wurden, waren es unter Grün-Rot im Jahr 2013 lediglich 1 336. Bei der Mietwohnraumförderung sieht die grün-rote Förderbilanz noch schlimmer aus. 2010 wurden unter Schwarz-Gelb 613 Anträge bewilligt und unter Grün-Rot im Jahr 2013 gerade einmal 90 – so die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage des Kollegen Stober. Eine wahre Förderleistung!

(Vereinzelt Heiterkeit bei der CDU)

Schlecht gemachte Programme, meine Damen und Herren, finden keinen Absatz, auch wenn hierdurch das Fördervolumen steigt.

Nun legen Sie ein sogenanntes zweites wohnungsbaupolitisches Maßnahmenpaket auf: die Umsetzung der Kappungsgrenze und der Mietpreisbremse. Auch dieses Vorhaben wird hier in Baden-Württemberg zum Flop werden. Bereits im Oktober 2014 habe ich Sie gewarnt, dass die Einführung dieser Instrumente sehr schwierig sein wird, da wir in Baden-Württemberg einen sehr heterogenen und vielschichtigen Immobilienmarkt haben. Die Wohnsituation in Iffezheim ist eine andere als die in Stuttgart.

Nun, bereits vor Einführung der Kappungsgrenze und der Mietpreisbremse, gibt es nur Enttäuschung. So gibt es Städte, welche Sie in die Gebietskulisse aufgenommen haben, die dies gar nicht wollen, weil sie keine Wohnungsknappheit haben,

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

und andere Städte sehen Handlungsbedarf und dürfen nicht mitmachen.

(Zuruf von der CDU: Ettlingen!)

Aber eines vereint diese Kommunen: Alle sind sauer auf Grün-Rot.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Was?)

Warum? Weil Sie ein unbrauchbares und undurchsichtiges und sehr fragwürdiges Verfahren zur Erstellung der Gebietskulissen angewandt haben. In Berlin hat ein Gericht bereits die Mietpreisbremse gekippt,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sind wir jetzt in Berlin, oder wie?)

weil der Mietspiegel fehlerhaft war. So wird es auch in Baden-Württemberg kommen, Herr Schmiedel. Eine Klagewelle wird auf Grün-Rot zukommen. Wenn man etwas macht, dann muss man es richtig machen, und das können Sie nicht.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wann sehen Sie endlich einmal ein, dass dies keine Instrumente für den Wohnungsmarkt in Baden-Württemberg sind? Diese werden keine neuen Wohnungen für die Familien in unserem Land schaffen.

Dass Finanz- und Wirtschaftsminister Schmid verantwortungslos mit Landesbeteiligungen und Mieterrechten umgeht, können wir der aktuellen Berichterstattung u. a. der „Stuttgarter Nachrichten“ entnehmen. So hat die Deutsche Annington 19 800 Wohnungen von der früheren PATRIZIA Immobilien AG zu einem Kaufpreis von 1,9 Milliarden € erworben. Zur Erinnerung: Im Februar 2012 hat die PATRIZIA Immobilien AG von der früheren LBBW Immobilien über 21 500 Wohnungen zu einem Preis von 1,435 Milliarden € gekauft. Mit anderen Worten: fast eine halbe Milliarde Euro Gewinn in drei Jahren, und das für ca. 2 000 Wohnungen weniger. Das ist eine durchschnittliche Jahresrendite von nahezu 15 %.

Auf der einen Seite gibt es puren Aktionismus wie die Mietpreisbremse, auf der anderen Seite entsteht für alle Bürger der Eindruck, dass die grün-rote Landesregierung sich von einem großen Immobilienkonzern hat über den Tisch ziehen lassen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: So ein Blödsinn! – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: So ein Witz!)

Des Weiteren haben Sie die Rechte der Mieter mit Füßen getreten. 2012 haben Sie der Presse gegenüber vollmundig erläutert, dass eine umfangreiche Sozialcharta verhandelt worden sei. Diese Sozialcharta, sehr geehrter Herr Minister, läuft nun 2016 aus, der Schutz vor Mieterhöhungen fällt weg. Die ca. 30 000 Mieter in Stuttgart und Tübingen fühlen sich von der grün-roten Landesregierung verraten und verkauft, ebenso wie auch der Mieterbund, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Der aktuelle Fall zeigt: Grün-Rot ist auch beim Thema „Bezahlbarer Wohnraum für unsere Bürger“ konzeptlos und geht fehlerhaft vor. Baden-Württemberg, bisher das stolze Land der Häuslebauer und Wohneigentümer, entwickelt sich unter Grün-Rot zum Entwicklungsland für Wohnungsbau. Die Mieter werden zum Spielball schlechter Verkaufsverhandlungen.

(Tobias Wald)

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Zuruf von der CDU: Jawohl!)

Gern erläutere ich Ihnen noch einmal,

(Lachen der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

wie man mehr Wohnungen schafft für junge Familien, für Senioren, aber auch für die Flüchtlinge in unserem Land. Nicht einzelne Maßnahmen, sondern Baupolitik aus einem Guss – das ist die Lösung für bezahlbare Wohnungen. Mehr Ziegelsteine, weniger Bürokratie, das schafft Wohnungen. Das schafft zufriedene und glückliche Mitmenschen in Baden-Württemberg. Um dieses große Ziel zu erreichen, brauchen wir positive Rahmenbedingungen und keinen Fluchtplan für den Hühnerstall, wie ihn die Landesbauordnung will.

Des Weiteren brauchen wir Anreize, damit sanierungsbedürftige Wohngebäude umfassend saniert werden. Das hilft dem Klimaschutz und schützt vor allem den Mieter vor steigenden Mieten durch höhere Nebenkosten. Wir brauchen einen wohnungsbaupolitischen Dialog, wie ihn auch die Wohnungswirtschaft angeregt hat, eine wohnungsbaupolitische Allianz mit allen Beteiligten: Politik, Regierung und Fraktionen, Wohnungswirtschaft, Mieterverbände, kommunale Landesverbände und baden-württembergisches Handwerk. Diese Allianz muss es auch schaffen, dass wir durch Bürokratieabbau und vor allem vereinfachte Verfahren im Bebauungsbereich das Bauen wieder preiswerter machen.

Durch Bürokratie und durch Verknappung der Grundstücke ist das Bauen in den vergangenen zehn Jahren um 28 % teurer geworden; deshalb entstanden auch massive Mietsteigerungen. Wenn wir es schaffen, die Baukosten zu senken, dann hat das sicher auch positive Auswirkungen auf die Miete.

Nur gemeinsam können wir der drohenden Wohnknappheit begegnen, indem wir den Wohnungsmarkt ankurbeln, vereinfachte, zielgerichtete Landesprogramme schaffen, ausreichend Bauland ausweisen. Denn Wohnraum kann nur dort entstehen, wo genügend preiswertes Bauland vorhanden ist. Die Attraktivität im ländlichen Raum stärken, verbesserte Infrastruktur, die Nahversorgung sichern durch genossenschaftliche Dorfläden, gute Bildung im ländlichen Raum – das schafft Wohnraum, und die Attraktivität im ländlichen Raum entlastet auch unsere Ballungsräume. Zielgerichtete Förderprogramme zur Schaffung von Wohnraumflächen in den Konversionsstädten – von Grün-Rot seit vier Jahren nichts, keine neuen Programme.

Alle diese Maßnahmen würden dazu führen, dass sich der Wohnungsmarkt entspannt, würden zur Entlastung der Wohnungssuchenden und der Mieter beitragen. Auch für die Flüchtlinge bekämen wir dann guten, bezahlbaren Wohnraum.

So viel in der ersten Runde.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Frau Abg. Lindlohr.

Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Baden-Württemberg ist ein erfolgreiches Land. Wir haben letztes Jahr ein Wirtschaftswachstum von 2,4 % gehabt, den Spitzenwert unter den Bundesländern, weit vor Bayern.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Grün-Rot kann's halt!)

Die Arbeitslosigkeit lag im Mai bei 3,8 %; da sind wir die Zweiten nach Bayern.

Baden-Württemberg ist ein Land, das wächst. Es hat Zuzug. Wir müssen uns einmal klarmachen, dass das eine ganz besondere Situation ist. Denn Deutschland schrumpft bereits und viele andere Regionen in Europa auch. Deswegen braucht eine wirtschaftlich erfolgreiche Region, so, wie Baden-Württemberg es ist, immer eine sozial wirkende Wohnungspolitik. Dies gehört zusammen, und dafür stehen wir, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir haben eine große Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt. Der Markt reagiert auch: Die Zahl der Neubauten nimmt zu, und es gibt auch Modernisierungen. Der Markt produziert aber auch steigende Preise. Lieber Kollege Wald, einfach nur mehr Wohnungen zu bauen löst die soziale Frage auf dem Wohnungsmarkt nicht. Mehr Wohnungen sind gut, aber mehr Wohnungen bedeuten noch nicht, dass es günstigen Wohnraum für Familien gibt. Denn was passiert auf dem Markt?

(Zuruf des Abg. Matthias Pröfrock CDU)

Wenn es für mich als Investor so aussieht, dass ich mit dem Bau vieler Zweizimmerwohnungen mehr Ertrag erziele, als wenn ich für Familien baue, dass ich auf dem Grundstück, das ich bekomme, eine hochwertig ausgestattete, ganz schicke Wohnung mit hohem Ertrag auf den Markt bringen kann, dann stellt sich die Frage, wieso ich günstige Wohnungen für Familien bauen sollte. Das ist sehr schwierig in solch nachgefragten Märkten, weil es einen Anreiz gibt, in die kleinen und in die ganz schicken Wohnungen zu investieren.

(Abg. Tobias Wald CDU: Da kann man den Bebauungsplan ändern!)

Deswegen brauchen wir hier einen Ausgleich. Das muss man einmal erkennen, lieber Kollege Wald.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Tobias Wald CDU: Den Bebauungsplan ändern! – Gegenruf: Wer macht den Bebauungsplan?)

Denn sonst gehen unserem wirtschaftsstarken Land die Arbeitskräfte aus, und in wirtschaftlich erfolgreichen Regionen geht die soziale Durchmischung verloren. Das bleibt ein wichtiges Ziel grüner und grün-roter Wohnungs- und Städtebaupolitik: In den Städten und Gemeinden in unserem Land sollen auch weiterhin Menschen aller Einkommensgruppen, aller Altersgruppen und sozialen Schichten zusammen wohnen. Dafür steht die „europäische Stadt“, die wir hier vertreten.

Deswegen müssen wir das Ganze anschieben, um modernen Wohnraum zu bekommen. Denn wenn wir jetzt nicht in Energieeffizienz und in altersgerechten Wohnungsbau investieren,

(Andrea Lindlohr)

kommt uns das später teuer zu stehen. Wenn Sie das auch wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU oder von der FDP/DVP, dann gehen Sie mit uns, dann gehen Sie mit Grün-Rot auf den Weg der sozial orientierten Wohnungspolitik.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Herr Kollege Stober hat es gesagt: Wir handeln. Die L-Bank, unser Förderinstitut, hat eine ganz breite Palette von Instrumenten an der Hand, die im Eigentumsbereich, im Bereich der Modernisierung, generell im Mietwohnraum, die aber auch im Bereich des sozial gebundenen Mietwohnraums fördern.

Wie Sie bei der Bilanzpressekonferenz der L-Bank erfahren konnten, wurden im Jahr 2014 2 Milliarden € umgesetzt für über 38 000 geförderte Wohneinheiten. Das macht auf dem Markt wirklich einen Unterschied. Es ist super, wie die L-Bank hier voranschreitet und die ganze Palette der Instrumente bedient.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Eines davon ist das Landeswohnraumförderungsprogramm, das aus Landeshaushaltsmitteln gespeist wird und das wir auch im Ausschuss beraten. Ein wichtiger Teil davon ist die sozial gebundene Mietwohnraumförderung. Bei den Konditionen, die uns die EU vorgibt, ist es schwierig – das hat der Vorstandsvorsitzende, Herr Nawrath, zu Recht gesagt –, das Programm zum Laufen zu bringen.

Schon seit sehr langer Zeit sind die Zinsen auf einem historisch niedrigen Stand.

(Zuruf des Abg. Tobias Wald CDU)

Wir sind aber an einen Referenzzinssatz gebunden. Das macht es insgesamt schwierig, hier tatsächlich in die Wirtschaftlichkeit zu kommen.

Wir haben das aber erkannt. Deswegen haben wir das Programm geändert. Denn wir handeln. Allein die Tatsache, dass jetzt Investitionskosten in Höhe von 3 000 €/m² Nutzfläche anrechenbar sind – vor einem Jahr waren es noch 2 400 €/m² –, ist ein Riesensprung nach vorn.

So geht es bei Grün-Rot auch weiter. Eine wichtige Forderung vieler kommunaler Wohnbauunternehmen haben wir jetzt umgesetzt, nämlich die mittelbare Belegung. Das heißt, eine sozial gebundene Wohnung kann im Bestand des Wohnungsunternehmens getauscht werden. Die soziale Mietbindung geht dann auf eine andere Wohnung über. Das macht die Bestände managebar. Das schafft Flexibilität.

(Abg. Tobias Wald CDU: Dafür haben Sie vier Jahre gebraucht!)

Wir erhalten dazu sehr gute Rückmeldungen von den kommunalen Wohnungsunternehmen. Deswegen ist unsere soziale Wohnraumförderung – Kollege Stober hat den Verband zitiert – jetzt attraktiv für die Wohnungsunternehmen, die Mietern im sozialen Wohnungsbau gegenüber aufgeschlossen sind. So wird es auch bleiben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, „Wohnen für Flüchtlinge“ ist ein wichtiges Thema. Millionen von Menschen auf der Welt sind auf der Flucht. Nur die Allerwenigsten schaffen es bis zu uns. Diejenigen, die hier ankommen, wollen wir gut aufnehmen.

Das geschieht an Hunderten von Orten bei uns im Land mit tatkräftiger Unterstützung von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, Landräten, Kirchen, Sozialverbänden und den vielen ehrenamtlichen Helfern. An dieser Stelle ganz herzlichen Dank für diesen Einsatz, der hier geleistet wird.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Flüchtlinge, die bei uns bleiben können, können sich nach der vorläufigen Unterbringung im Wohnheim eine normale Wohnung suchen. Leider funktioniert das aber oft nicht. Dann kümmern sich die Kommunen um sie wie um alle ihre Bürgerinnen und Bürger und stellen sicher, dass jeder ein angemessenes Dach über den Kopf bekommt. Das heißt dann: Anschlussunterbringung.

Im Oktober hat der Ministerpräsident einen Flüchtlingsgipfel einberufen. Dort haben die Kommunen gesagt: Es bedeutet eine Herausforderung für uns, wenn die vielen Flüchtlinge, die jetzt in den Wohnheimen sind, auf den Wohnungsmarkt kommen. Da müsst ihr uns unterstützen.

Sofort haben sich Minister Schmid und das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft zusammengesetzt und haben ein Programm entwickelt, das im November konzipiert und im Dezember beschlossen wurde und das seit dem 2. Januar in Kraft ist. Herzlichen Dank an Herrn Minister Schmid und das ganze Ministerium, dass das so schnell funktioniert hat und dass ein so gutes Programm „Wohnen für Flüchtlinge“ auf den Weg gebracht worden ist.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Tobias Wald CDU: Normales Handeln, muss man sagen! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist nicht normal! Das ist schnelles und gutes Handeln! – Gegenruf des Abg. Tobias Wald CDU: So, wie der Wohnungsverkauf bei der LBBW!)

Denn Grün-Rot handelt. Die zwei Mal 15 Millionen €, die wir hier im Haus mit grün-rotem Mehrheitsbeschluss zur Verfügung gestellt haben, sind von den Kommunen nun schon ziemlich ausgeschöpft worden. Sie erhalten einen Zuschuss für Investitionen. Es werden sinnvolle Investitionen in neues Wohnen getätigt. Beispielsweise werden alte Hotels, für die sich niemand mehr interessiert, in Wohnungen und Wohneinheiten für Flüchtlinge umgewandelt. Sie können später auch für andere soziale Zwecke genutzt werden. So helfen wir Flüchtlingen, unterstützen Kommunen und schaffen neuen Wohnraum.

Wir sind sehr froh, dass viele wohnungspolitische Akteure jetzt im Land unterwegs sind und sagen: „Das ist ein wichtiges Thema. Da machen wir mit.“ So gibt es ein Papier der Architektenkammer Baden-Württemberg, das sich mit dem Thema „Sozial integriertes Wohnen von Flüchtlingen“ beschäftigt. Auch der VBW ist auf diesem Weg. Diese Initiativen greifen wir auf.

Wir haben schnell gehandelt. Wir haben etwas erreicht. Wir gehen hier gemeinsam mit den Akteuren weiter voran.

(Andrea Lindlohr)

Mietpreisbremsen verschiedener Art zählen zu den Instrumenten, die die Bundesrepublik schon lange kennt; sie schaffen ordnungspolitische Rahmenbedingungen für die Findung von Mietpreisen. Ordnungspolitische Rahmenbedingungen gibt es schon so lange, wie es die Republik gibt.

Wir haben jetzt zwei Instrumente. Aufgrund eines schwarzgelben Gesetzes haben wir, Kollege Wald, die Gebietskulisse dafür, dass die Kappungsgrenze für Mietpreiserhöhungen in einigen Gemeinden im Land von 20 auf 15 % gesenkt wird. Überdies haben wir die neue Mietpreisbremse zur Deckelung der Mieten bei Neuvermietungen. Sie dürfen nicht mehr als 10 % über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Das steht im Bundesgesetz. Dies ist seit ein paar Wochen beschlossen. Es ist in Kraft. Dies ist eine Initiative aus vielen Kreisen, aber die Bundeskanzlerin steht dafür ein. Ich finde interessant, dass Sie, Kollege Wald, hier nun sagen: „Das ist aber schlecht mit diesen Bundesgesetzen.“

(Abg. Tobias Wald CDU: Weil Sie sie schlecht umsetzen! Sie können es einfach nicht! Berlin ist nicht Baden-Baden, Iffezheim oder Stuttgart! Das verstehen Sie nicht!)

Wenn nun Gemeinden gegen diese Bundesgesetze sind, frage ich: Wie soll nun Grün-Rot schuld daran sein? Da machen Sie sich einen schlanken Fuß. Das glaubt Ihnen doch kein Mensch, Kollege Wald.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Tobias Wald CDU: Manche klagen sogar dagegen!)

Wenn Sie konkrete Vorschläge haben, wie wir die Situation der Wohnraumversorgung in den Gemeinden feststellen können, wenn Sie wie manche Kommunen sagen: „Wir glauben den Daten des Zensus nicht“, dann können Sie sagen, dass Sie es richtig finden, dass die Kommunen gegen den Zensus klagen. Die Frage, ob der Zensus der Weisheit letzter Schluss war, um die Zahl von Einwohnern und von Wohnungen in Deutschland zu ermitteln, können wir aber sicherlich nicht im Plenum beantworten. Das haben wir hier wirklich nicht in der Hand.

(Abg. Tobias Wald CDU: Aber die Umsetzung der Mietpreisbremse haben Sie in der Hand!)

Die Frage der Flächenpolitik geht aber darüber hinaus. Ich glaube, da liegt noch eine große Baustelle für die gesamte öffentliche Hand.

Sie kennen die Auseinandersetzung der Kommunen mit der BImA, der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, darüber, zu welchen Konditionen eine Kommune ein Grundstück vom Bund erwerben darf. Sie kennen unsere Verwaltungsvorschrift zur Verbilligung von Grundstücken, nach der wir jetzt Grundstücke vom Land verbilligt abgeben können an Kommunen, wenn dort sozialer Wohnraum geschaffen wird. Das ist eine wichtige Initiative. Wir brauchen aber auch Kommunen, die darauf aufspringen. Wir brauchen Kommunen, wir brauchen alle Ebenen der öffentlichen Hand, die erkennen, dass wirtschaftlicher Erfolg und soziale Wohnraumpolitik zusammenhängen, dass es nicht sein kann, dass man nebenher als öffentliche Hand große Gewinne abschöpft, nur weil die Grundstücke teurer geworden sind

(Abg. Winfried Mack CDU: Wer hat denn das BImA-Gesetz gemacht?)

und man sich dann wundert, dass auch das Wohnen teurer wird. Hier müssen wir zusammenstehen. Wir müssen mit den Kommunen an einem Strang ziehen, damit eine aktive Grundstücks politik dazu führt, dass auch in unseren nachgefragten Städten wieder günstiger Wohnraum geschaffen wird.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal stimmen wir in dem Befund überein, dass in Baden-Württemberg Wohnraum, bezahlbarer Wohnraum, insbesondere im Mietbereich, fehlt. Es wirkt sich beispielsweise die wachsende Zahl der Singlehaushalte aus, aber auch die Zuwanderung in unser Land. Daraus muss die Politik die Schlussfolgerung ziehen, sich zu überlegen, was man tun kann, um mitzuhelfen, dass zusätzlicher Wohnraum entsteht.

Nun bilden sich manche in der Politik ein, durch Maßnahmen wie eine Mietpreisbremse würde zusätzlicher Wohnraum entstehen. Ihre Aussage ist schon bemerkenswert, Frau Kollegin Lindlohr, der Markt produziere steigende Preise. Nicht der Markt produziert steigende Preise, sondern die Knappheit, die vorhanden ist. Das ist ein Unterschied.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Tobias Wald CDU: Eben! Angebot und Nachfrage! – Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Jetzt haben Sie von ordnungspolitischen Maßnahmen gesprochen. Was Sie aber planen, sind keine ordnungspolitischen Maßnahmen, sondern es ist schlicht Planwirtschaft, was Sie vorhaben umzusetzen. Die Vorstellung, über planwirtschaftliche Maßnahmen wie die Mietpreisbremse zusätzlichen Wohnraum zu schaffen, ist ziemlich abenteuerlich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Ihr habt doch selbst eine Kappungsgrenze beschlossen!)

Es gibt historische Beispiele aus anderen Staaten, die schon einmal so etwas versucht haben, z. B. die Vereinigten Staaten von Amerika während des Zweiten Weltkriegs. Manche amerikanischen Städte haben dann gedacht, das könnte eine gute Idee sein, und haben es anschließend weiter umgesetzt, wie z. B. die Stadt New York bis in die Achtzigerjahre hinein. Es wäre eine gute Idee, sich einmal die Frage zu stellen, warum New York das mittlerweile abgeschafft hat und dieses sogenannte „rent control“ nicht mehr praktiziert.

Es gibt nämlich berühmte Beispiele, etwa der Tabakhändler Nat Sherman, der 1975 in New York am Central Park ein Sechs-Zimmer-Appartement für einen Spottpreis von 335 \$ gemietet hat. Legendär ist seine Antwort, als er gefragt wurde, ob das nicht ein bisschen wenig sei und ob er nicht diese Mietpreisbremse ausnutze. Da hat er gesagt, er halte diesen

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

niedrigen Mietpreis für angemessen, denn er nutze ja die meisten Zimmer nicht. Nach dieser Logik machen Sie Wohnungsbaupolitik, meine Damen und Herren,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

weil Sie sich einbilden, Sie könnten durch Mietpreisbremsen Wohnraum anders verteilen. Das funktioniert, wie das Beispiel von Nat Sherman zeigt; aber andersherum. Es führt nämlich dazu, dass die Knappheit weiter steigt und dass reiche Leute dann üppig in Wohnraum schwelgen, während das Angebot für die sozial Schwachen weiter verknappt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich will mit diesem Beispiel sagen: Gut gemeint, aber schlecht gemacht. Am Ende wird das Ganze kontraproduktiv wirken.

Aber für eines muss ich Sie loben: dass Sie die Debatte jetzt schon führen. Sie beschließen eine planwirtschaftliche Maßnahme, warten nicht ab, ob sie wirkt – positiv oder negativ –, und feiern die Verabschiedung, weil Sie vermutlich genau wissen, dass das Ganze nichts bringt und sich negativ auswirkt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Man muss sich natürlich die Frage stellen: Was kann man tun? Kollege Wald hat schon einiges angeführt. Zunächst muss man einmal feststellen, dass Bauen in der Bundesrepublik Deutschland und auch in Baden-Württemberg im überwiegenden Maß Privatsache ist. Nur etwa 7 % der Wohnungen in Deutschland sind staatliche Sozialmietwohnungen. Also brauchen Sie Investoren. Sie brauchen das Kapital von Investoren, und dieses Kapital der Investoren ist auch erreichbar in Phasen derart niedriger Zinsen, wenn viele sich sagen: Es lohnt sich nicht, das Geld auf die Bank zu legen, da kann man in Broughton investieren. Aber Sie müssen es attraktiv machen. Mietpreisbremsen sind mit Sicherheit kein Beitrag, Investoren anzulocken, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Sie müssen sie also abschaffen, und Sie müssen auch Zweckentfremdungsverbote zurücknehmen, staatliche Leerstandskontrollen von Wohnraum und dergleichen. Das alles sind Investorenverschreckungsprogramme, die Sie auf der Tagesordnung haben. Das wird das Gegenteil dessen bewirken, was Sie sich versprechen. Sie werden mit diesen Maßnahmen nicht mehr und bezahlbareren, sondern Sie werden noch weniger Wohnraum schaffen, und dieser wird zunehmend unbezahlbar werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Frau Kollegin Lindlohr, die Knappheit wird steigen, und dann können Sie hier im Landtag von Baden-Württemberg wieder behaupten, der Markt führe zu noch höheren Preisen.

Eine Bundesratsinitiative zum Mietrecht wäre sinnvoll. Wir brauchen mehr Rechte für Eigentümer und Vermieter, um das Vermieten wieder attraktiv zu gestalten. Ich kenne hinreichend Vermieter, die Mietwohnraum zur Verfügung stellen könnten, aber sagen: Aufgrund der Rechtslage tun wir es nicht. Das

Ganze ist ihnen zu schwierig, das Ganze ist ihnen zu aufwendig, das Ganze ist für sie zu risikohaft; deshalb lassen sie es lieber. Sie brauchen auch eine praxistaugliche Umsetzung des Landeswohnraumförderungsprogramms, das Sie hier auch feiern. Aber der Kollege Wald hat Ihnen schon unter die Nase gerieben, wie das in der Praxis dann aussieht.

Wenn Sie die Grunderwerbsteuer massiv erhöhen, wie zu Beginn Ihrer Regierungszeit im Land Baden-Württemberg geschehen, ist das ganz sicher auch kein Beitrag dazu, neuen Wohnraum zu schaffen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Denn ganz bestimmt werden weder die junge Familie, die überlegt, ein Eigenheim anzuschaffen, noch ein möglicher Investor, der sich überlegt, sein Kapital in Mietwohnraum zu investieren, durch eine so massive Erhöhung der Grunderwerbsteuer dazu motiviert.

(Abg. Dr. Stefan Furst-Blei SPD: Aber die junge Familie profitiert!)

Die steuerliche Absetzbarkeit der energetischen Sanierung – bei Ihnen im Bundesrat gescheitert aus fiskalischen Gründen – ist eine wirklich notwendige Maßnahme, die die Wohnungswirtschaft immer wieder fordert, mit der sie bei Ihnen aber immer wieder auf taube Ohren stößt, meine Damen und Herren. Außerdem geht es um generelle Abschreibungsmöglichkeiten, wie es sie in der Vergangenheit schon gab – alles Fehlzanzeige bei Ihrer Politik, bei den Anstrengungen, die Sie über den Bundesrat unternehmen. Sie unternehmen über den Bundesrat, wie man gesehen hat, lieber Anstrengungen für Gesetze, die ohnehin im Bundestag nicht beschlossen werden, meine Damen und Herren. Also reiner Aktionismus.

Es ist gut, dass Herr Hermann inzwischen eingetroffen ist, der ja der allergrößte Freund des Bauens ist mit seiner Novelle zur Landesbauordnung mit Zwangsefeu und überdachten Fahrradstellplätzen. Sich vorzustellen, dass solche Gesetze wie Herr Hermanns Novelle zur Landesbauordnung den Mietwohnraumbau fördern würden, ist einigermaßen absurd, meine Damen und Herren. Dieser Minister ist eine Bedrohung für den Mietwohnraumbau in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Es ist gut, Herr Finanz- und Wirtschaftsminister, dass Sie jetzt gleich das Wort haben. Mich würde interessieren, wie Sie den Bürgern in Baden-Württemberg und vor allem den Mietern in der Region Stuttgart das schlechte Geschäft erklären, das Sie mit PATRIZIA vor wenigen Jahren gemacht haben. Offensichtlich haben Sie viel zu billig und viel zu günstig verkauft, und andere machen jetzt Kasse. Ihre Erklärung würde uns außerordentlich interessieren.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Finanz- und Wirtschaftsminister Dr. Schmid.

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der ganzen Welt ist Baden-Württemberg als das Land der Häuslebauer bekannt.

(Abg. Tobias Wald CDU: Noch!)

Diese Regierung sorgt dafür, dass es sich auch als Mieter bei uns im Land gut leben lässt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Baden-Württemberg noch lebenswerter zu machen heißt für uns auch: Wohnen darf eben kein Luxus für wenige sein. Steigende Mieten treffen diejenigen besonders hart, die es ohnehin schon schwer haben, finanziell über die Runden zu kommen. Es trifft die jungen Familien, es trifft die älteren Menschen, es trifft die Kleinverdiener, es trifft die Rentnerinnen und Rentner. Wenn die Mieten steigen, wenn Geringverdiener sich immer weniger leisten können und ihnen als Letztes nur noch übrig bleibt, wegzuziehen, dann verlieren Stadtviertel ihren Charme, dann nehmen Vielfalt und sozialer Zusammenhalt in unserer Gesellschaft Schritt für Schritt ab. Das können und das wollen wir nicht dulden. Deswegen ist das erklärte Ziel unserer Wohnungspolitik: Wohnen muss bezahlbar werden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Da hilft es mir dann nicht, wenn es kluge Ratschläge gibt, man solle doch im ländlichen Raum mehr Wohnraum schaffen.

(Abg. Tobias Wald CDU: Die Täler wollen Sie doch zuwachsen lassen! – Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Die Wohnungsnot ist in den Hochschulstädten, den Großstädten, den Ballungsräumen groß. Ich will, dass in unseren Städten – ob das Stuttgart oder Ulm, ob das Konstanz oder Freiburg ist – auch die Krankenschwester und der Polizist bezahlbaren Wohnraum finden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf des Abg. Tobias Wald CDU)

Ich will, dass diejenigen, die als Familie oder als Rentner sich schon vor Jahrzehnten in einem Stadtviertel in Freiburg oder in Mannheim eingefunden haben, eine Heimat gefunden haben, dort auch bleiben können, wenn die Mittel knapper werden und wenn die Kinder aus dem Haus sind.

Das ist für mich lebenswertes Stadtleben, das ist lebenswertes Gemeindeleben in Baden-Württemberg. Da kann man die Leute nicht quasi aufs Land verschicken und sagen: „Schaut doch dort. Dort ist der Wohnraum bezahlbar.“ Das ist mit Lebensqualität in Baden-Württemberg nicht vereinbar.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

Sie müssen sich schon einmal entscheiden – das gilt vor allem für Sie von der CDU –: Bekennen Sie sich zur sozialen Marktwirtschaft,

(Abg. Tobias Wald CDU: Wir ja! Im Gegensatz zu Ihnen!)

oder soll das Thema Wohnen – so, wie es die FDP/DVP hier vorgetragen hat – rein marktwirtschaftlich gelöst werden?

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

Ich sage Ihnen ganz deutlich, meine sehr verehrten Damen und Herren: Soziale Marktwirtschaft heißt eben auch, das Grundbedürfnis der Menschen nach Wohnen nicht zum Spekulationsobjekt zu machen

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Genau! – Zuruf des Abg. Tobias Wald CDU)

und nicht diejenigen zu belohnen, die mit Wohnungen spekulieren, die sie leer stehen lassen und sie eben nicht vermieten.

Deshalb sage ich ganz deutlich: Gerade weil wir zur sozialen Marktwirtschaft stehen, ist es immer wieder notwendig – die Union hat das im Bund immer wieder anerkannt –, dass wir regulierend eingreifen. Genau das haben wir im Bund und im Land getan. Die CDU muss sich entscheiden, ob sie an der Seite der Mieterinnen und Mieter in Baden-Württemberg ist

(Abg. Tobias Wald CDU: Wir ja! Im Gegensatz zu Ihnen!)

oder ob Sie sie im Stich lassen, wie Sie es in der Vergangenheit getan haben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Deshalb ist doch die wohnungspolitische Leitlinie dieser Landesregierung völlig klar: Wir brauchen erstens mehr bezahlbaren Wohnraum, wir müssen zweitens bestehenden Wohnraum sichern,

(Abg. Winfried Mack CDU: Was haben Sie bisher erreicht?)

und wir müssen drittens Mieten so weit, wie es geht, bezahlbar halten. Das sind die Linien, die wir auch politisch umsetzen wollen

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Just do it!)

und die nicht einfach nur dem freien Spiel der Marktkräfte überlassen werden können.

Um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, haben wir den Schwerpunkt innerhalb der Landeswohnraumförderung auf den Mietwohnraum gelegt. Diese Entscheidung war richtig und wichtig. Vor allem zeigt sie bereits erste Wirkung.

(Abg. Tobias Wald CDU: 90 Anträge 2013!)

Zweitens haben wir das Volumen der Landeswohnraumförderung deutlich ausgebaut: 150 Millionen € im Landeshaushalt. Die Prognosen der L-Bank gehen davon aus, dass dieses Volumen in diesem und im kommenden Jahr voll ausgeschöpft wird, weil wir es in der Tat geschafft haben, die eine oder andere Anpassung vorzunehmen, damit die Mittel auch abfließen können.

Das zeigt: Wir leisten unseren Beitrag über das Landeswohnraumförderungsprogramm, dass wir in Baden-Württemberg

(Minister Dr. Nils Schmid)

deutlich mehr Wohnungen bekommen. Seit Langem wurden in Baden-Württemberg nicht mehr so viele neue Wohnungen fertiggestellt wie zurzeit.

Das zeigt auch: Wir sind auf dem richtigen Weg. Wir müssen weiter dafür arbeiten, dass Wohnraum zur Verfügung gestellt wird, dass wir das erste Ziel, mehr Wohnraum zu schaffen, auch mit den Möglichkeiten der L-Bank und der staatlichen Wohnraumförderung endlich umsetzen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir waren bundesweit Vorreiter bei der WEG-Förderung, weil wir wissen, dass ein erheblicher Anteil von Wohnungen in Wohnungseigentümergeinschaften organisiert ist. Deshalb haben wir die Garantiefunktion über das Landeswohnraumförderungsprogramm eingeführt. Das zeigt, dass wir da richtig unterwegs sind. Die anderen Länder kupfern das ab, fragen bei uns nach.

Das heißt, wir haben nicht nur einfach viel Geld in die Hand genommen – was notwendig war, nachdem Sie in Ihrer Regierungszeit die Mittel zurückgefahren haben –,

(Abg. Tobias Wald CDU: Aber mehr Anträge!)

nein, wir haben auch innovative Lösungen gefunden, um die Wohnraumförderung in die Breite zu bringen.

Schließlich haben wir auch dafür gesorgt, dass die Anschlussunterbringung von Flüchtlingen durch die Kommunen mit einem Sonderprogramm bezuschusst wird, einem Programm, das außerordentlich gut läuft. Ich bin dem Landtag dankbar, dass er es im Nachtragshaushalt ermöglicht hat, die Tranche 2016 auf 2015 vorzuziehen, damit wir unseren Kommunen bei dieser wichtigen Aufgabe möglichst schnell zur Seite stehen.

Sie sehen also: Die Umsetzung des ersten Ziels, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, haben wir in den letzten vier Jahren mit zusätzlichem Geld, mit neuen Ideen massiv vorangetrieben, weil wir davon überzeugt sind, dass es Aufgabe auch von Politik sein muss, die Schaffung von neuem Wohnraum zu unterstützen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir sorgen aber nicht nur für mehr bezahlbaren Wohnraum. Wir wollen auch, dass bestehender Wohnraum bezahlbar und erhalten bleibt.

Deshalb haben wir ein erstes wohnungspolitisches Paket umgesetzt, das an die Kommunen adressiert war, das ihnen Möglichkeiten schafft, den Erhalt von Wohnraum zu unterstützen. Mit dem Zweckentfremdungsverbot und der Umwandlungsverordnung haben wir den Kommunen Instrumente in die Hand gegeben, damit Mietwohnungen dem Markt nicht dauerhaft entzogen werden. Jetzt ist es an den Kommunen, entlang ihrer Bedürfnisse diese Instrumente zu nutzen.

Sie sehen an diesem Beispiel: Uns war es wichtig, auch den Kommunen Autonomie so weit, wie es rechtlich möglich ist, zu belassen.

Wir haben gesehen, dass sich dies bewährt hat. Die einen haben die Möglichkeiten in Anspruch genommen, die anderen

haben sie nicht in Anspruch genommen. Das wird man in der nächsten Zeit sehen. Aber es ist ganz wichtig, dass gerade die Städte, die unter Wohnungsmangel leiden, es jetzt selbst in der Hand haben, diese Instrumente zu aktivieren.

Ich bin auch davon überzeugt: In den nächsten Jahren werden wir eher mehr davon sehen als weniger. Damit haben einen ersten wichtigen Schritt hin zum Erhalt von bezahlbarem Wohnraum getan.

Das zweite wohnungspolitische Paket hat dann sozusagen noch eines draufgesetzt. Der klare Schwerpunkt dieses zweiten Pakets lautet: Mieter müssen geschützt werden, Mieten müssen bezahlbar bleiben, und zwar sowohl für die junge Familie auf der Suche nach einer neuen Wohnung als auch für die alteingesessenen Mieter.

Deshalb haben wir zusammen mit der Koalition in Berlin die Mietpreisbremse bei Wiedervermietungen auf den Weg gebracht und gerade dieser Tage einen Riesenschritt zum gerechten Wohnungsmarkt hier im Land unternommen. Erst Ende Mai haben wir die Liste von 68 Städten und Gemeinden veröffentlicht, für die diese Mietpreisbremse bei Wiedervermietungen Anwendung finden soll. Hier darf dann die Miete bei Abschluss eines Mietvertrags bei Bestandswohnungen die ortsübliche Vergleichsmiete nur noch um höchstens 10 % übersteigen.

Natürlich war es ein Kraftakt, zeitnah zur bundesgesetzlichen Ermöglichung im Land auch eine Gebietskulisse zu erarbeiten. Aber da zeigt sich einmal mehr: Wir meinen es ernst, und wir sind die Regierung des bezahlbaren Wohnraums in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir haben das Ganze gemeinsam mit Ihnen von der Union beschlossen. Deshalb verstehe ich jetzt auch nicht, dass Sie daran herummachen.

(Abg. Tobias Wald CDU: Dann setzen Sie es richtig um!)

– Wir setzen es um, so, wie der Gesetzgeber die Möglichkeiten geschaffen hat. Es gibt sinnvolle Ausnahmen, die die Große Koalition im Bund für Neubauten, für umfassend modernisierte Wohnungen geschaffen hat. Das haben wir akzeptiert. Insofern kann man auch nicht von einer Überregulierung reden. Ich bin sicher, dass dies eine gute und sinnvolle Maßnahme ist.

Das Zweite ist: Wir haben die Kommunen von Anfang an sehr eng eingebunden. Aufgrund der bundesgesetzlichen Regelung war es aber nicht möglich – so wie bei dem Zweckentfremdungsverbot –, es den Kommunen allein zu überlassen. Vielmehr haben wir Bundesrecht umzusetzen.

Deshalb gab es ein Anhörungsverfahren, in dem die Kommunen die Daten überprüfen konnten. In den Fällen, in denen eine Kommune aufgrund valider Daten Einwände gemacht hat, haben wir auch die Bereitschaft gezeigt, dies zurückzunehmen. Dies wird auch für die jetzt vorgelegte Gebietskulisse der Mietpreisbremse bei Wiedervermietungen im Bestand gelten.

(Minister Dr. Nils Schmid)

Insofern sehen Sie, dass wir da sehr rational und auch so weit, wie es rechtlich zulässig ist, unter Wahrung der kommunalen Spielräume vorgegangen sind.

Sie müssen aber auch sehen: Wir haben nicht nur etwas gegen stark steigende Mieten bei Neuvermietungen gemacht. Wir haben auch die Kappungsgrenze für bestehende Mietverhältnisse schon auf den Weg gebracht.

Davon sind 44 Städte und Gemeinden betroffen. Herr Wald, ich verstehe Ihre Kritik an dieser Gebietskulisse überhaupt nicht.

(Abg. Tobias Wald CDU: Das ist die Kritik der Kommunen, Herr Minister!)

Sie müssen eben überlegen, was Sie jetzt wollen: Wollen Sie, dass wir eine Gebietskulisse überhaupt einrichten, ja oder nein?

(Abg. Tobias Wald CDU: Machen Sie die richtig!)

Wollen Sie das, ja oder nein? Denn Sie haben nur gesagt: Die einen wären gern drin gewesen und haben sich beklagt, dass sie das nicht sind, und die anderen haben sich beklagt, dass sie drin sind.

(Abg. Tobias Wald CDU: Es gibt nur Enttäuschte! – Gegenruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Was wollen Sie denn?)

Sie können das aber leider nicht auf Zuruf machen. Lieber Kollege Wald, es gibt eine Rechtsvorschrift im Bundesrecht, im Bürgerlichen Gesetzbuch, für die Definition der Gebietskulisse. Damit sind wir uns schon einmal einig, dass eine Kommune nicht einfach sagen kann: „Hier bin ich; ich bin der Meinung, ich habe Wohnungsnot, und deshalb will ich rein.“ Genauso wenig kann man sagen: „Hier bin ich, ich will nicht rein“, sondern es gibt in § 558 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zwei klare Kriterien, die wir rechtssicher umsetzen müssen – in Baden-Württemberg wie auch in anderen Bundesländern. Das ist zum einen die Frage der ausreichenden Versorgung der Bevölkerung mit Mietwohnungen und zum anderen die der angemessenen Bedingungen, also Wohnungsknappheit und hohes Preisniveau. Das sind die beiden Kriterien. Genau diese Kriterien haben wir landesweit angewendet. Deswegen gibt es Kommunen, die drin sind, und welche, die draußen sind. Unabhängig davon, wie man das vor Ort empfindet, brauchen wir rechtlich sichere Kriterien.

(Abg. Tobias Wald CDU: Das haben wir nicht!)

– Doch, wir haben diese rechtlich sicheren Kriterien. Schlagen Sie andere vor! Oder wollen Sie es auf Zuruf machen?

(Zuruf des Abg. Tobias Wald CDU)

– Lieber Kollege Wald, wissen Sie was? Regieren heißt, Verantwortung zu übernehmen

(Abg. Tobias Wald CDU: Genau!)

und dafür einzustehen, dass Recht und Gesetz eingehalten werden. Da kann ich nicht den Kommunen hinterherlaufen. Da kann ich nicht nach Gutsherrenart Politik machen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Tobias Wald CDU)

Sie haben – anders als wir – keinen validen Vorschlag gemacht, wie Sie die Gebietskulisse umsetzen wollen. Ihr Verweis auf das Urteil in Berlin ist völlig irreführend, weil wir gerade nicht einen Mietspiegel zur Grundlage für die Gebietskulisse machen, sondern wir haben ein rechtlich sicheres Verfahren gefunden. Sie von der CDU müssen sagen: Wollen Sie eine Gebietskulisse, ja oder nein? Wollen Sie die Mieter in Baden-Württemberg schützen, ja oder nein? Ich stelle fest: Sie lassen die Mieterinnen und Mieter in Baden-Württemberg im Regen stehen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Jawohl! Sehr gut! – Zuruf des Abg. Tobias Wald CDU)

Wieder einmal sieht man: Es gibt welche, die reden und reden. Es gab welche, die hatten die Zeit in ihrer Regierung, viel für die Mieterinnen und Mieter zu tun, viel für die Förderung des sozialen Wohnraums zu tun.

(Zuruf von der SPD: Jahrzehntelang!)

Als Sie in der Verantwortung waren, haben Sie null Komma nichts gemacht.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Was hat man Ihnen heute Morgen in den Tee geschüttet? – Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Wir handeln seit vier Jahren. Wir sind die Regierung des bezahlbaren Wohnraums für Baden-Württemberg.

Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Wald das Wort.

Abg. Tobias Wald CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wohnungssuchende, Eigentümer, Mieter, sie alle wurden heute enttäuscht: nichts Neues, keine neuen Konzepte,

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Wiederholung macht es nicht besser!)

Althergebrachtes, kein Konzept für günstiges Bauen, kein Wort hierzu; kein Konzept für attraktives Leben auf dem Land, kein Konzept für neues Bauland, kein Konzept für die Konversionsstädte und -gemeinden. Denn in diesen 35 Konversionsstädten und -gemeinden haben wir bereits versiegelte Flächen. Dort haben wir optimale Rahmenbedingungen für junge Familien, Flüchtlinge und z. B. auch Seniorenwohnungen, bezahlbare Mehrfamilienhäuser. Dort wäre günstiges Bauen möglich. Aber das bekommen Sie nicht auf die Reihe.

Herr Minister, ich bin schon etwas überrascht. Sie haben groß und medienwirksam angekündigt, Bauland preisgünstig an Kommunen zu verkaufen. Seit dieser Ankündigung wurde kein einziger Bauplatz in Karlsruhe verkauft,

(Tobias Wald)

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist doch nicht wahr!
– Zuruf von der SPD: Wir haben doch gebaut!)

obwohl es dort viele Landesimmobilien gibt. Nichts ist passiert. Grün-Rot beweist mal wieder eines: Bundesgesetze, die auf den Weg gebracht worden sind, werden schlecht, fehlerhaft umgesetzt. Der Wohnungsbau von Grün-Rot ist enttäuschend.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie haben keine Ahnung!)

Kein Mieterschutz, kein sozialer Mieterschutz – nichts. Meine Damen und Herren, wir alle sind schwer enttäuscht.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Dr. Stefan Fust-Blei SPD: Wo sind Sie, Herr Wald? Wollen Sie eine Gebietskulisse oder nicht? Keine Aussage! Die CDU-Fraktion bleibt wieder völlig blank!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Stober das Wort.

Abg. Johannes Stober SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube tatsächlich, Herr Kollege Wald, dass die Eigentümer, Mieter und Wohnungsunternehmen im Land enttäuscht sind – aber nicht von der Regierung, sondern von Ihnen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Es zeigt sich doch, dass Sie weiterhin keine Konzepte und keine Lösung haben.

Was mich an der Debatte am meisten gestört hat: Ich glaube, wir dürfen die Bezahlbarkeit von bestehendem Wohnraum und die Schaffung von neuem Wohnraum nicht gegeneinander auspielen – das sind zwei Seiten derselben Medaille. Darum bitte ich Sie eindringlich.

Wir haben auf der einen Seite eine große Menge an Maßnahmen geschildert, um die Bezahlbarkeit bestehenden Wohnraums zu sichern. Der Herr Minister ist noch einmal darauf eingegangen und hat noch einmal klargemacht, dass er diese Regelungen rechtlich sauber umsetzen muss. Wenn wir es geschafft hätten, dass die Gemeinden über die Mietpreisbremse selbst entscheiden können, hätte ich nichts dagegen gehabt. Das hätte man machen können, und ich hätte es für die bessere Lösung gehalten. Aber wir haben jetzt eine Lösung, wie sie im BGB steht, und sie muss so rechtssicher umgesetzt werden. Klagen sind bereits angekündigt. Man kann nichts anderes machen, als eine rechtlich saubere, juristisch haltbare Lösung zu finden. Ich glaube, die haben wir. Es ist gut so, dass die vielen großen Universitätsstädte, in denen wir das Problem haben, in diesen Gebietskulissen drin sind. Dafür nochmals herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf des Abg. Werner Raab CDU)

Wir brauchen uns von Ihnen auch beim Thema „Schaffung von neuem Wohnraum“ nichts vorwerfen zu lassen. Ich habe

noch einmal die Angaben dazu herausgesucht, wie sich die Zahl der baufertiggestellten Wohnungen entwickelt hat.

(Der Redner hält eine Grafik hoch.)

Claus Schmiedel hätte es sicherlich in DIN A 1 gehabt, ich habe es nur im DIN-A-4-Format. Man sieht: In den letzten fünf Jahren der schwarz-gelben Regierungszeit ist die Zahl von 36 000 auf 22 000 Wohnungen heruntergegangen. Seitdem ging es wieder nach oben. Es ist klar und eindeutig:

(Lachen bei der CDU – Zurufe von der CDU)

Wir schaffen die nötigen Rahmenbedingungen, damit hier im Land gebaut werden kann, und das ist gut so.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Abg. Claus Schmiedel SPD: 35 000 neue Wohnungen!)

Herr Kollege Rülke, was mich am meisten stört: Sie kritisieren die Erhöhung der Grunderwerbsteuer. Aber daraus haben wir ganz gezielt für Familien die Betreuung von Kindern im Alter von unter drei Jahren finanziert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Womit wollen Sie es denn finanzieren? Oder wollen Sie das wieder abschaffen? Das ist doch keine seriöse Finanzpolitik, die Sie da vorhaben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Wir haben die Situation – wir haben es bei der KOWO gehört; auch Herr Nawrath hat es auf seiner Pressekonferenz noch einmal deutlich geschildert –, dass das Landeswohnraumförderungsprogramm im Augenblick anzieht und angenommen wird, dass es deutlich mehr angenommen wird, als die Zahlen aus dem Jahr 2013, die Sie aus der Landtagsdrucksache zitiert haben, zeigen.

Hinzu kommen mit 2 Milliarden € im Jahr die L-Bank-Programme – Kollegin Lindlohr hat es angesprochen. Das sind Maßnahmen, die dafür sorgen werden, dass in Baden-Württemberg neue Wohnungen geschaffen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Herr Kollege Wald, ich bin ja Wahlkreisabgeordneter in Karlsruhe. Gerade im Fall Karlsruhe kann man dem Land gar nichts vorwerfen. Zwei große Bauflächen sind da: eine hinter der Dualen Hochschule, eine in der Nordweststadt. Das Land hat angeboten, diese unter dieser Verwaltungsvorschrift verbilligt zu veräußern. Aber es muss – das muss ich auch meiner eigenen Stadt Karlsruhe klar und deutlich sagen – zuerst Baurecht geschaffen werden, damit klar ist, welchen Wert diese Flächen haben.

(Abg. Tobias Wald CDU: Das ist doch Ihr OB! Bekommt er das nicht auf die Reihe? Nicht fähig, oder was?)

Da gibt es ein großes und breites Angebot des Ministers an die Stadt Karlsruhe. Ich wünsche mir, dass die Stadt Karlsruhe

(Johannes Stober)

he von diesem Angebot möglichst bald Gebrauch machen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Abg. Tobias Wald CDU: Das kann ja wohl nicht sein!)

Zum Schluss möchte ich auf ein weiteres innovatives Modul unserer Landeswohnraumförderung aufmerksam machen, das im Augenblick leider noch nicht in großem Maß genutzt wird und das für Leute mit wenig Eigenkapital gedacht ist: das genossenschaftliche Wohnen. Dies bietet für Menschen, die sich das Eigenheim nicht leisten können, aber trotzdem gemeinsam mit anderen bauen wollen, eine Zukunft.

Es gibt Wohnungsbaugenossenschaften mit Einlagen von 1 000 €. Das ist kein Problem. Aber es gibt bei neu gegründeten Genossenschaften auch Einlagen in Richtung 15 000 € bis 20 000 €. Da bin ich Ihnen sehr dankbar, Herr Minister, dass das durch die neue Landeswohnraumförderung abgesichert wird, und zwar mit den gleichen Zinskonditionen wie die soziale Eigentumsförderung insgesamt. Auch das ist ein Element, mit dem wir gut und innovativ und zukunftsfähig aufgestellt sind. Deshalb: Wir haben ein Programm für zukunftsfähiges Wohnen in Baden-Württemberg. Sie haben es nicht. Das hat diese Aktuelle Debatte wieder gezeigt.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, Sie haben der FDP vorgeworfen, sie wolle das Problem rein marktwirtschaftlich lösen. Zunächst einmal muss man feststellen: Das Ganze ist ein Markt. Ich habe es vorhin gesagt. Etwa 93 % des Wohnraums in Baden-Württemberg – –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Da war noch nie ein freier Markt in Baden-Württemberg!)

– Herr Schmiedel, Sie können sich nachher äußern, wenn Ihre Fraktion Sie lässt.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Etwa 93 % des Marktes sind nun einmal ein freier Markt. Es gibt möglicherweise staatliche Aufgaben, um sich in diesen Markt regulierend einzumischen. Ich habe eine ganze Reihe solcher Maßnahmen genannt. Wenn wir beispielsweise steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten schaffen, wenn wir beispielsweise steuerliche Anreize schaffen, Wohnraum zu schaffen, wenn wir beispielsweise Abschreckungsmaßnahmen für private Investoren zurückdrängen, dann sind das staatliche Maßnahmen. Aber es sind bessere staatliche Maßnahmen als das, was Sie vorschlagen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Denn alles, was Sie in Ihrem Köcher haben, sind Pfeile, die auf diejenigen gerichtet sind, die in Baden-Württemberg Mietwohnraum anbieten könnten. Das sind nämlich überwiegend nicht große Wohnungsbaugesellschaften. Wir haben in Baden-

Württemberg überwiegend Privatleute und kleine Wohnungsbaugesellschaften, die Mietwohnraum schaffen und zur Verfügung stellen. Die sind – das wissen Sie genau; Sie besuchen ja auch die Veranstaltungen dort – eben alles andere als begeistert von dem, was Sie vorschlagen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Die werden Ihnen klipp und klar sagen, dass mit dem, was Sie vorschlagen, nicht mehr, sondern weniger Wohnraum in Baden-Württemberg zur Verfügung gestellt wird.

(Abg. Winfried Mack CDU: So ist es!)

Sie versuchen dann, dies mit Mitteln wie der Mietpreislösung anders umzuverteilen, und am Schluss kommt das heraus, was ich Ihnen vorher als Beispiel aus New York vorgetragen habe: Auf völlig verfehlte Weise haben dann Leute zu viel Wohnraum, und diejenigen, für die Sie ein solches Gesetz machen, sind am Ende die Gelackmeierten. Das ist das Problem, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Dann haben Sie gesagt, Herr Minister, man soll den Mietwohnraum in Baden-Württemberg nicht zum Spekulationsobjekt machen. Das aus Ihrem Mund ist bemerkenswert; denn genau das haben Sie getan – Stichwort PATRIZIA. Das Thema scheint Ihnen außerordentlich peinlich zu sein. Denn obwohl der Kollege Wald wie auch ich es angesprochen haben – ich tue es jetzt zum zweiten Mal –, haben Sie kein Wort dazu gesagt.

(Abg. Tobias Wald CDU: Kein Wort vom Minister! Das enttäuscht!)

Kein Wort haben Sie dazu gesagt, Herr Minister.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Dr. Rülke, kommen Sie bitte zum Ende.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das zeigt, dass das Thema Wohnraum ganz sicher nicht in den richtigen Händen ist.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit ist die Aktuelle Debatte – Punkt 1 der Tagesordnung – beendet.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP und Antwort der Landesregierung – Logistik in Baden-Württemberg – Drucksache 15/6340

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion und

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

für das Schlusswort der die Große Anfrage stellenden Fraktion noch einmal eine zusätzliche Redezeit von fünf Minuten festgelegt.

Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Haußmann das Wort.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn Logistik Pause macht, kann es sein, dass Sie im entscheidenden Moment ins Leere greifen. Logistik ist fast überall wichtig, an 365 Tagen im Jahr, an 24 Stunden am Tag. Die Logistik sorgt in der Wirtschaft unseres Landes für eine optimale Versorgung mit Materialien, Teilen für die Produktion, aber auch für die Märkte, für den Handel. Gerade für einen wirtschaftsstarke Standort wie Baden-Württemberg ist die Logistik elementar.

(Zuruf: Absolut richtig!)

In der Antwort auf unsere Große Anfrage wird die Bedeutung der Logistik auch noch einmal eindrucksvoll unterstrichen. In der erweiterten Logistik arbeiten über 400 000 Beschäftigte, also annähernd 10 % der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Menschen in Baden-Württemberg. Im Bereich der logistiknahen Dienstleistungen sind es rund 200 000 Menschen in rund 19 000 Betrieben mit einem Umsatz von insgesamt 38 Milliarden €. Das zeigt, dass die Logistik in Baden-Württemberg einer der zentralen Wirtschaftsbereiche ist, die für unseren Standort, die für die Menschen in Baden-Württemberg ganz entscheidend sind.

Weltweit einzigartig ist die Unternehmensdichte im Bereich der Intralogistik, also der Logistik innerhalb der Betriebe. Die Logistik hat ein hohes Wachstumspotenzial. Wer Gelegenheit hat, die LogiMAT, die jährlich in der Messe Stuttgart stattfindet, zu besuchen und sich dort anzuschauen, wie die sich in den letzten Jahren entwickelt hat, sieht, welches Potenzial sich auch hier in Baden-Württemberg bei dem Thema Logistik abbildet.

Die Entwicklung zeigt, dass die Aktivitäten der früheren Landesregierung genau richtig waren und sich sehr gut und sehr stark ausgewirkt haben. Ich nenne drei Stichworte: Clusterdatenbank Baden-Württemberg, Logistik-Netzwerk Baden-Württemberg und Logistik-Kongress Baden-Württemberg. Wesentliche neue Impulse der jetzigen Landesregierung zu diesem wichtigen Thema sind in der Antwort auf die Große Anfrage nicht enthalten, was wir äußerst bedauern. Es wäre gut, wenn der Mittelstandsbeauftragte dieser Landesregierung eben auch beim Thema Logistik neue Impulse für Baden-Württemberg setzen würde.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Bezogen auf die Logistik bestehen zahlreiche Herausforderungen. Auch in dieser Branche besteht ein starker Fachkräftemangel, insbesondere bei den Berufskraftfahrern. Pro Jahr werden zwischen 800 und 850 Berufskraftfahrer ausgebildet – viel zu wenig, um den Bedarf zu decken. Auch hier wäre ein schöner Impuls dieser Landesregierung, wenn man sich auch des Themas „Gesundheit von Kraftfahrern“ annehmen würde. Nur 5 % aller Berufskraftfahrer erreichen die Regelaltersgrenze, das 65. Lebensjahr, in ihrem Beruf. Diese Berufsgruppe weist den größten Anteil an Muskel- und Skeletterkrankun-

gen in ganz Baden-Württemberg auf. Auch hier könnte man dieser Branche durchaus Unterstützung zuteilwerden lassen.

Eine der größten Herausforderungen ist das Finden geeigneter Standorte für den Logistikbereich, nicht nur in der Region Stuttgart, sondern in ganz Baden-Württemberg.

Sehr große Ärgernisse stellen das Mindestlohngesetz und die Bürokratie dar. Das ist ein enormer Aufwand; die Branche hat sich mehrfach dazu geäußert. Auch hier muss man sagen: Durch das Mindestlohngesetz sind dieser Branche erhebliche Dokumentationspflichten auferlegt worden. Das trägt dazu bei, dass diese Branche durch dieses Gesetz mehr Schwierigkeiten hat als positive Effekte, insbesondere auch im internationalen Wettbewerb.

Wir brauchen eine gute Infrastruktur für alle Verkehrsträger – Schiene, Straße, Wasser und Luft. Da darf man schon einmal nach den Ergebnissen, nach den Erfolgen fragen. Im Koalitionsvertrag von Grün-Rot wurde ja das Ziel formuliert, mehr Güter auf die Schiene zu bringen. Da muss man schon einmal fragen, was auf dem Weg dorthin in den letzten Jahren eigentlich passiert ist.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Nichts!)

Sie haben ein Gutachten zum kombinierten Verkehr erstellt. Welche weiteren Aktivitäten leiten sich daraus ab? Es sind Terminals in Eutingen im Gäu, in Plochingen und in Reutlingen geplant, es sind im Ortenaukreis und in Oberschwaben Projekte angedacht. Es hilft jedoch nichts, nur diese Terminals vielleicht umzusetzen; denn nach wie vor besteht auch auf der Schiene ein enormer Stau. Deshalb: Wenn Sie die Terminals dort umsetzen, müssen Sie auch erklären, wie die Schiene so ertüchtigt werden kann, dass man tatsächlich mehr Güter auf die Schiene bringen kann.

(Zuruf von den Grünen: TOP 5, Herr Kollege!)

In Deutschland lag im Jahr 2014 der Anteil des Güterverkehrs auf der Schiene bei 8,1 % des gesamten Güterverkehrs. Der Bereich der Binnenschifffahrt macht 6 bis 7 % aus. Wenn wir die weitere Entwicklung der Logistik, wenn wir die weitere Entwicklung des Güterverkehrs anschauen, dann sehen wir: Wir werden eben auch im Bereich des Straßenbaus weitere Impulse setzen müssen. Denn selbst wenn es gelingt, mehr Güterverkehr auf die Schiene zu bringen – was auch das Ziel ist –, wird der Straßengüterverkehr auch in Zukunft einen erheblichen Anteil des gesamten Güterverkehrs ausmachen, um die Gesamtmenge auch abdecken zu können. Das, was Sie im Bereich des Straßenbaus machen, ist für Baden-Württemberg natürlich einfach zu wenig.

Ein zunehmendes Problem, insbesondere für den Schwerlastverkehr, sind die Umwegverkehre wegen der Straßensituation und des Zustands der Brücken. Im Bereich des Schwerlastverkehrs gibt es teilweise Umwege von bis zu 300 km bei einer Fahrt, die natürlich alles andere als ökologisch sinnvoll sind.

Auch da darf ich darauf hinweisen, dass wir mit der geplanten Pkw-Maut – ich sage einmal: mit der Murks-Maut von Dobrindt –

(Zurufe von der CDU: Na, na!)

(Jochen Haußmann)

nicht die erforderlichen Impulse erhalten.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Außer Bürokratie werden keine Impulse gesetzt. Insofern ist das Ganze mit dieser Maut ein Ärgernis ersten Ranges.

Für die Bundesrepublik kommen wir auch bei dem Thema Straßeninfrastruktur keinen Meter weiter. Wir verärgern unsere europäischen Nachbarländer. Wir sollten vielleicht einmal nach Österreich und in die Schweiz schauen und uns ansehen, welche Modelle dort seit Jahren auch erfolgreich funktionieren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Verkehrsminister Hermann werfelt jetzt mit der blauen Umweltplakette.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Rote!)

Schon jetzt sorgt das für erhebliche Irritationen. Denn damit werden keine Investitionen gefördert, sondern viele Unternehmen machen sich schon jetzt Gedanken, ob sie in modernste Fahrzeuge investieren oder besser abwarten, weil man vielleicht in einem Jahr oder in zwei Jahren mit den neuen Fahrzeugen nicht mehr fahren darf.

Eine verlässliche und nachhaltige Wirtschaftspolitik in diesem Bereich, lieber Herr Verkehrsminister, sieht anders aus.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Sie irritieren die Industrie und die Unternehmen in Baden-Württemberg mit dieser Ankündigungspolitik, die eine reine Symbolpolitik ist

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Gift ist das!)

und auch nichts für die Logistik in Baden-Württemberg bringt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stattdessen sollten wir auf neue Wege setzen – beispielsweise durch die City-Logistik. Wir haben in Stuttgart ein erhebliches Problem mit Feinstaub und Stickoxiden. Warum machen Sie nicht ein Modellprojekt mit der Stadt Stuttgart zu dem Thema City-Logistik?

In der Antwort des Wirtschaftsministeriums auf unsere Große Anfrage schieben Sie das alles auf die Kommunen. Man hofft, mit dem Einsatz von Lastenfahrrädern neue Impulse zu setzen.

(Lachen des Abg. Winfried Mack CDU)

Das kann sicherlich ein Effekt sein; wir werden damit aber mit Sicherheit nicht alle Probleme lösen. Denn im Moment ist es so: Durch Fahrverbote und Restriktionen wird die Umwelt noch stärker belastet, weil die Fahrzeuge noch wesentlich mehr Stopps einlegen müssen. Deswegen wäre es doch ein schöner Impuls, wenn Sie hier der Stadt Stuttgart einmal anböten, im Bereich der Innenstadtlogistik ein Modellprojekt zu starten.

Das Thema „Telematik im Güterverkehr“ wird, denke ich, ein Innovationsthema sein.

Gestatten Sie mir zum Abschluss, noch einmal das Thema Lang-Lkws anzusprechen. Wir hatten das vor Kurzem auch in einer Aktuellen Debatte diskutiert.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Jetzt haben wir doch Öko-Liner zugelassen!)

Ich finde es schon bemerkenswert: Ich habe schon zweimal gesagt, ich hätte gern die Liste der zugelassenen Strecken, habe aber bisher keine Liste bekommen. Ich frage dann halt immer die Verbände, die Sie da besser informieren als die Abgeordneten im Landtag von Baden-Württemberg.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das darf doch nicht wahr sein!)

Wenn Sie kombinierten Verkehr fördern wollen, dann muss ich Sie fragen, Herr Verkehrsminister: Warum haben Sie eine Strecke abgelehnt, die knapp 5 km von der A 8 in Dornstadt bis zum Terminal für den kombinierten Verkehr betrifft? Dazu lag ein Antrag vor; den haben Sie im Ministerium abgelehnt. Es ist ein Treppenwitz, dass Sie Ökologie nach vorn treiben wollen, aber in diesem Bereich diese Strecke ablehnen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Denn da könnte man wirklich Verkehr auf die Schiene bringen. Diese 5 km haben Sie abgelehnt. Sie machen Politik für die Großkonzerne in Baden-Württemberg, und der Mittelstand bleibt hier liegen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Lachen des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Razavi das Wort.

Abg. Nicole Razavi CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Stärke unseres Landes beruht insbesondere auf der Mobilität der Menschen und auf dem freien Austausch von Gütern. Dies gilt gerade für Baden-Württemberg als eine der stärksten Wirtschaftsregionen Europas, und dies gilt insbesondere auch innerhalb des Landes mit seinen vielen starken Wirtschaftsstandorten in der Fläche.

Wenn Baden-Württemberg als einer der weltweit führenden Wirtschaftsstandorte erhalten bleiben soll, müssen wir die Mobilität der Menschen und den Austausch von Gütern fördern.

(Beifall bei der CDU)

Wir stehen hier vor immensen Herausforderungen. Trotz einer sinkenden Bevölkerungszahl wird die Verkehrsnachfrage vor allem im Wirtschaftsverkehr weiter stark zunehmen. Deshalb brauchen wir zweierlei: Wir brauchen eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur und eine starke Logistikbranche in Baden-Württemberg.

Je stärker Waren- und Handelsströme global vernetzt sind, desto mehr wird die Nachfrage nach Speditions- und Logistik-

(Nicole Razavi)

leistungen steigen. Allein in Baden-Württemberg arbeiten in der Logistikbranche 380 000 Beschäftigte in 20 000 meist kleineren und mittleren Unternehmen bei einem Umsatz von ca. 35 Milliarden € jährlich. Ihr Anteil an der Wertschöpfung steigt kontinuierlich.

Das heißt, Güterverkehr und Logistik sind nicht nur wichtig für die Gesamtwirtschaft von der Großindustrie bis zum Mittelstand, sondern auch die Branche selbst ist eine wichtige Säule der Wirtschaft und ein überproportional wachsender Zukunftsmarkt.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat in der vergangenen Legislaturperiode gemeinsam mit der Wirtschaft den Aktionsplan „Güterverkehr und Logistik“ auf den Weg gebracht, um den Logistikstandort zu stärken; dieser Aktionsplan wird jetzt fortgeschrieben.

Falsch ist es, den Güterverkehr nur als eine Belastung zu sehen, die verringert werden muss, so wie dies Grüne und SPD wiederholt getan haben und tun. Starke Logistikunternehmen brauchen eine starke Verkehrsinfrastruktur. Leistungsfähige Verkehrswege sind eine ganz wichtige und wesentliche Voraussetzung für Wertschöpfung und Arbeitsplätze. Sie müssen Städte und Ballungszentren und den ländlichen Raum verbinden und Baden-Württemberg innerhalb der großen europäischen und internationalen Verkehrswege vernetzen.

(Beifall bei der CDU)

Wir brauchen ein effizientes Verkehrssystem, in dem einzelne Verkehrsträger bestmöglich verzahnt sind und in das sie ihre Stärken einbringen können.

Der überwiegende Teil des Güterverkehrs und des Personenverkehrs wird auch in Zukunft über die Straße abgewickelt. Deshalb müssen wir in Erhalt und Sanierung des bestehenden Straßennetzes investieren. Hier muss mehr getan werden. Brückensperrungen oder Nutzungsbeschränkungen, wie wir dies zuletzt erlebt haben, sind deutliche Warnungen.

Die CDU-Fraktion wollte in den Haushaltsberatungen 2015/2016 ein Brückensanierungsprogramm mit jährlich 40 Millionen € durchbringen. Die Regierungsmehrheit wollte dies aber leider nicht.

Ebenso brauchen wir einen Aus- und Neubau von Straßen. Dafür haben wir hier eine dauerhafte Erhöhung des Mittelan-satzes auf 50,5 Millionen € beantragt. Aber auch dies wollte die Regierung leider nicht.

Auch kombinierte Verkehre auf Schiene und Straße sowie Wasserstraße müssen gestärkt werden. Die Schienenwege müssen ausgebaut und an die Hauptachsen des europäischen Schienengüterverkehrs angeschlossen werden. Wichtig ist auch der Ausbau der gesamten Neckarschleusen zwischen Plochingen und Stuttgart. Es ist Ihre Aufgabe, Herr Minister Hermann, dafür zu sorgen, dass sich alle Abschnitte im nächsten Bundesverkehrswegeplan wiederfinden.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Jochen Haußmann
FDP/DVP)

Nicht reden, sondern handeln – das zeigt uns gerade der Bund. Die Große Koalition hat beschlossen, dass bis 2017 zusätz-

lich 5 Milliarden € bereitgestellt werden, und jetzt, mit dem Nachtragshaushalt, haben CDU/CSU und SPD noch eine Investitionsoffensive beschlossen, nämlich im Umfang von 7 Milliarden € zusätzlich für das Jahr 2015, davon 4 Milliarden € allein für den Verkehrsetat. Jetzt raten Sie einmal, wer letzte Woche im Haushaltsausschuss dieses Geld abgelehnt hat.

(Zurufe von der CDU)

– Es waren Ihre Kollegen, lieber Herr Hermann, von den Grünen. Sie zeigen mit dem Finger immer wieder nach Berlin, was das Geld angeht. Man sieht: Es sind gerade Ihre Leute, die die Verhinderer und Behinderer sind, wenn es um mehr Geld für die Verkehrsinfrastruktur geht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Glocke des
Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Abg. Razavi, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schwarz?

(Zuruf: Bitte nicht!)

Abg. Nicole Razavi CDU: Gern.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frau Kollegin, die grüne Landtagsfraktion, die Koalition und dann auch der Landtag haben sich eindeutig zum Ausbau der Neckarschleusen bis nach Plochingen bekannt. Mich würde interessieren, welche Möglichkeiten Sie nutzen, um auf Ihre Bundestagsfraktion und auf die Bundesregierung einzuwirken,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Herr Kollege, da waren wir schon lange vor Ihnen dran! – Gegenruf der
Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ruhe!)

damit der Bund die Verlängerung der Neckarschleusen im Abschnitt bis Plochingen in den nächsten Bundesverkehrswegeplan aufnehmen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl
Zimmermann CDU: Da waren Sie noch gar nicht ge-
wählt, da habe ich den Antrag gestellt! – Vereinzelt
Heiterkeit)

Abg. Nicole Razavi CDU: Da weise ich einmal ein bisschen in die Vergangenheit zurück, als Herr Minister Hermann noch von „dreieckigen Schiffen“ geredet hat. Er hat erst im Laufe der Zeit begriffen, dass wir den Güterverkehr auf dem Wasser brauchen.

(Zuruf von den Grünen: Ablenkung!)

Zum Zweiten, Herr Schwarz: Unsere Bundestagsfraktion muss man davon nicht mehr überzeugen. Ich habe vielmehr den Eindruck, dass Sie bei Ihrer Bundestagsfraktion da erheblichen Nachholbedarf haben.

(Zurufe: Genau! – Jawohl!)

Wir nutzen alle unsere Möglichkeiten schon.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Jochen Haußmann
FDP/DVP)

Schauen wir doch einmal, was im Land getan wird. Der Bund macht seine Hausaufgaben. Im Land werden 100 Millionen €

(Nicole Razavi)

an Investitionsmitteln verschenkt, meldet man zu wenig Bedarf an, werden reihenweise Bau- und Planungsstopps verhängt.

(Minister Winfried Hermann: Alte Lügen!)

Im nächsten Haushalt stehen gerade einmal 40 Millionen € für den Neubau von Straßen, dafür aber 30 Millionen € für das Fahrradfahren – welch ein Verhältnis. Schließlich wird der Güterverkehr doch immer wieder in die Schmutzdecke gestellt,

(Zuruf des Abg. Nikolaus Tschenk GRÜNE)

statt seine Bedeutung für den Wirtschaftsstandort zu erkennen und ihn zu fördern.

Bezogen auf den Feldversuch mit Lang-Lkws sind die Grünen auch erst in letzter Sekunde beigesprungen, nachdem man davon jahrelang nichts wissen wollte. Auch da, Herr Schwarz, ist Nachhilfe nötig.

(Zuruf des Ministers Winfried Hermann)

Die Stärkung des kombinierten Verkehrs hatten Sie einmal zu einem Schwerpunkt erklärt.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Kollegin, kommen Sie bitte allmählich zum Schluss.

Abg. Nicole Razavi CDU: Die Aktivitäten waren aber leider überschaubar. Sie haben sich auf Gutachten und Beratung sowie den Einsatz beim Bund beschränkt. Das Land bezuschusst Maßnahmen eben leider nur in Einzelfällen.

Diese Verkehrspolitik, meine Damen und Herren, wird dem Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg auf keinen Fall gerecht. Dabei ist Mobilität Grundlage unseres Wohlstands, ...

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Nicole Razavi CDU: ... Infrastruktur Voraussetzung für Arbeit und Wohlstand. Sie muss leistungsfähig und nachhaltig sein. Wir brauchen eine Logistikbranche mit starken Verkehrsunternehmen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Kollegin, zum dritten Mal: Kommen Sie jetzt bitte zum Schluss!

Abg. Nicole Razavi CDU: Dafür tritt die CDU ein.

Sehr geehrter Herr Präsident, vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Nächstes Mal schalte ich das Mikrofon einfach ab. – Sie haben die Zwischenfrage zugelassen.

Abg. Nicole Razavi CDU: Aber die wird doch nicht von der Redezeit abgezogen.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Die Frage nicht, aber die Antwort.

Ich will das Verfahren einfach noch einmal erklären. Wenn Sie eine Zwischenfrage zulassen, wird zwar die Frage nicht auf die Redezeit angerechnet, aber die Antwort. Das ist ja wohl logisch. Denn dann redet man. Das ist in der Geschäftsordnung festgelegt. Wenn man zu einer Zwischenfrage Ja sagt, geht die Antwort – das muss man wissen – von der Redezeit ab. Das war in diesem Fall so. Ich möchte Sie einfach bitten, das zukünftig zu berücksichtigen. Das steht so in der Geschäftsordnung.

(Abg. Nikolaus Tschenk GRÜNE zur CDU: Aufschreiben! – Zuruf des Abg. Günther-Martin Pauli CDU)

Für die Fraktion GRÜNE darf ich – Herr Pauli, ich weiß nicht, was dieser Zwischenruf jetzt soll. Schauen Sie in die Geschäftsordnung, dann wissen Sie es. Sie sind ja Landrat.

(Heiterkeit)

Herr Kollege Raufelder.

Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich war über die Große Anfrage der FDP/DVP eigentlich sehr erfreut, und zwar über die Begründung. Denn darin wurde aus dem Koalitionsvertrag zwischen Grün und Rot zitiert, und Sie verwahren sich dabei nur gegen zwei Stellen. Dies bezieht sich auf Lang-Lkws und noch eine andere Sache.

Aber Sie haben – das finde ich sehr gut – die konzeptionelle Vorgehensweise und die Umsetzung dieses Koalitionsvertrags durch diese Landesregierung nicht kritisiert. Wir brauchen im Güterverkehr nämlich Konzepte. Das wurde jahrelang hinausgezögert. Wir haben es jetzt erreicht. Sie sind nicht der Einzige, der das begrüßt.

(Abg. Winfried Mack CDU: Gutachter!)

Am Montag gab es eine Länderkonferenz mit Hessen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Auch dort wurden diese Konzepte deutlich herausgestellt. Es wurde betont, dass man gerade im Bereich des Güterverkehrs zusammenarbeiten muss.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Dort wurde auch aufgezeigt, woran es in den ganzen Jahren gehapert hat, nämlich an dieser Zusammenarbeit. Oder haben Sie gewusst, dass in Duisburg ein großes kombiniertes Terminal entsteht, das auch für Baden-Württemberg Nutzen hat, oder z. B. auch in Basel? Dies findet jetzt endlich auch im Bundesverkehrswegeplan seinen Niederschlag und wird endlich auch in Förderungsmaßnahmen berücksichtigt, die auch den Logistikern gefallen.

Seitens der grünen Fraktion hatten wir viele Anhörungen. Wir haben von allen Seiten – egal, ob von CDU-nahen Gruppen oder der FDP – immer wieder Zustimmung zu dieser Vorgehensweise bekommen, bei der wir nämlich nicht Geld irgend-

(Wolfgang Raufelder)

wo versenken, sondern gezielt in Strecken und Abhandlungen investieren. Das ist wichtig. Die Logistiker brauchen Sicherheit, Sicherheit hinsichtlich dessen, wo sie investieren und wie sie transportieren können.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Dafür steht diese Landesregierung. Sie hat Konzepte, weiß, wo es hingehet, betreibt es in der Forschung weiter. Maßnahmen bezogen auf das Lastenfahrzeug kann man zwar lustig finden. Aber es gibt z. B. auch Seilbahnen, die man wieder aktivieren kann. Es gibt Lastwagen, die Oberleitungen nutzen können. Es gibt also innovative Ideen, die die Logistiker unheimlich gut finden.

Deswegen: Lassen Sie uns diese Maßnahmen zusammen weiter vorantreiben.

Ganz wichtig ist dabei natürlich auch, die Orte zu bestimmen, wohin diese Logistikzentren sollen, und Flächen bereitzustellen. Wir haben uns bzw. die Landesregierung hat sich auch sehr stark dafür eingesetzt, die Flächendiskussion in Großstädten wie in Mannheim oder Karlsruhe zu führen, beispielsweise zu der Frage: Wo kann man solche trimodalen Zentren bauen? Das ist auch ein Grund dafür, warum solche Gutachten erstellt werden müssen.

Ich muss auch sagen, dass die Infrastruktur besser geschützt und ausgebaut werden muss.

Bezogen auf den Neckar gibt es ein gutes Beispiel: Wie lange haben Sie gewartet bzw. wurde gewartet, bis endlich einmal ein Aufschrei kam, dass der Neckar nicht nur bis Heilbronn, sondern auch bis Stuttgart ausgebaut werden muss?

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Bis Plochingen!)

– Bis Plochingen.

Daimler bzw. Mercedes hat ein großes Logistikzentrum auch für die Wasserstraße. Dies weiter zu fördern muss unsere Aufgabe sein.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Bei Mercedes-Benz hat man uns erzählt, dass sie kaum noch Schiffe zum Transport nutzen können, weil beispielsweise die Schleusen ausfallen. Auch die Diskussion, ob weiter ausgebaut werden kann, motiviert die Schiffsführer bzw. -eigner natürlich nicht, in neue Schiffe zu investieren. Deswegen müssen wir auch in die Wasserstraße Neckar viel mehr investieren, aber nicht nur in die Wasserstraße Neckar.

Wir haben es am Montag bei der Logistiktagung auch gehört: Auch beim Rhein – auch das ist eine wichtige Wasserstraße – gibt es große Probleme, auch Mosel und Main gehören für uns dazu. Man hat in der Logistik nämlich nicht nur in Baden-Württemberg, sondern bundesweit bzw. weltweit Ideen. Es geht um Hinterland-, Seeschiffverkehrsverkehre. Das ist gerade für uns wichtig, z. B. Rotterdam. Da gibt es also viele Baustellen.

Was den Straßenbau angeht: Wir müssen für den Transport der vielen Güter, die jetzt auf der Straße transportiert werden, Alternativen finden. Dazu zählen Schiene und Wasserstraße.

Da gibt es Potenziale, die ausgenutzt werden müssen. Dabei sind Lang-Lkws nicht gerade die Lösung, da sie in dieser Verkehrssituation noch mehr Stau verursachen. Wir müssen verstärkt auf Wasserstraße und Schiene setzen. Dazu gehört natürlich auch der Schutz vor Lärm. Auch da ist der Bund wieder der Adressat. Sie haben es vielleicht heute auch wieder gelesen: Der Bund drückt sich einfach um die Verantwortung dafür, effektiven Lärmschutz entlang von Bahnschienen und auch an Autobahnen zu betreiben.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Skandal!)

Da muss noch viel mehr geschehen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich komme aus Mannheim. Die Mannheimer Akte gibt uns die Freiheiten bezogen auf die Wasserstraße. Deswegen ist mir das Thema sozusagen in die Wiege gelegt worden.

Es ist ganz wichtig, dies weiter voranzutreiben. Deswegen: Glück auf! Unserem Minister und unserer Regierung viel Erfolg.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Wilfried Klenk: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Storz.

Abg. Hans-Peter Storz SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer seine Ware nicht zum Kunden bringen kann, der verkauft nichts. Das mag erst einmal trivial klingen,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Logisch! Daher kommt das Wort Logistik!)

beschreibt aber allgemein verständlich die Bedeutung der Logistik für die Wirtschaft. Allerdings steckt dahinter ein altes Verständnis von Logistik, das nicht mehr der Realität und der Entwicklung in der Branche entspricht. Daher spricht man im englischsprachigen Raum synonym von Supply-Chain-Management, also der intelligenten Planung und Steuerung von Wertschöpfungsketten. Daran wird schon eher deutlich, dass Logistik mehr meint als den Transport von Gütern und dies daher ein wichtiges Thema für die Wirtschaftspolitik ist.

Die Unternehmen der Logistikbranche erbringen wichtige Dienstleistungen für alle Wirtschaftszweige. Ohne verlässliche Zuliefererketten lässt sich die Industrieproduktion nicht mehr organisieren.

Schon das alte Schlagwort der Just-in-time-Produktion machte deutlich, wie stark die Bedeutung der Logistikbranche für die Industrie zugenommen hat. Die immer stärkere Vernetzung der Unternehmen, die mit dem Begriff „Industrie 4.0“ – oder besser „Wirtschaft 4.0“ – beschrieben wird, ist ohne funktionierende Logistik mit differenzierten und maßgeschneiderten Angeboten nicht mehr denkbar.

Daher den Herren von der FDP/DVP einen herzlichen Dank. Da muss ich Sie jetzt ausnahmsweise wirklich einmal loben, dass Sie dieses wichtige Thema aufgegriffen haben. Einen besonderen Dank aber auch an das Ministerium für Finanzen

(Hans-Peter Storz)

und Wirtschaft, das sehr umfassend die Bedeutung der Logistik für die Wirtschaft in unserem Land beschrieben hat.

Was verdient besondere Beachtung? Klar ist: Baden-Württemberg zählt innerhalb Deutschlands sowohl in Bezug auf die ansässigen Unternehmen als auch in Bezug auf die Beschäftigungszahlen zu den wichtigsten Bundesländern für den Wirtschaftszweig Logistik.

10 % der besten deutschen Logistikdienstleister haben ihren Stammsitz in Baden-Württemberg, und die Kernbranche – wir haben es bereits gehört – hat mit fast 200 000 Beschäftigten einen Anteil von 5 % der Beschäftigten im Land.

Wie in anderen Bereichen der Wirtschaftspolitik bewähren sich gerade auch im Bereich der Logistik unsere Unterstützungs- und Förderinstrumente. So regt das Land die Bildung von Clustern oder Netzwerken an und unterstützt sie auf vielfältige Art. Dazu gehören der Cluster-Atlas oder das alle zwei Jahre stattfindende Cluster-Forum. Im Speziellen sind es aber auch – das sind, Herr Haußmann, neue Dinge – das Logistik-Netzwerk Baden-Württemberg, das 2011 seine Arbeit aufgenommen hat und in der laufenden EFRE-Periode mit 0,5 Millionen € unterstützt wird, sowie das Intralogistik-Netzwerk IN, das vom MWK immerhin 2 Millionen € zum Aufbau und zur Durchführung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten erhalten hat.

Die grün-rote Landesregierung hat die wirtschaftsnahe Forschung ausgebaut und auf eine stabile Grundlage gestellt. Daher ist die Fraunhofer-Gesellschaft in der Lage, das Projekt LOGWERT in Heilbronn, ein Kompetenzzentrum für regionale Wertschöpfung und Logistik der Zukunft, mit 1 Million € zu unterstützen. Die Logistikbranche profitiert auch von der neuen Ausgestaltung der Förderung im Rahmen der REGION-WETTWERBE durch das Projekt efeuCampus, welches die Einrichtung eines Innovations- und Kompetenzzentrums für nachhaltige urbane Mobilität in Bruchsal vorsieht.

Eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur ist wesentliche Voraussetzung für eine leistungsfähige Logistik. Mängel in der Infrastruktur schaden der Wirtschaft. Für weite Bereiche in der Verkehrspolitik ist der Bund verantwortlich, und dieser Verantwortung wird der Bund – außer vielleicht in Bayern – nur unzureichend gerecht.

(Zuruf des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Dies schadet nicht nur der Logistikbranche in unserem Land, sondern insgesamt dem Wirtschaftsstandort Deutschland. Darüber haben wir – der Kollege Schwarz hat es schon angedeutet – erst kürzlich in der Debatte über die Lang-Lkws diskutiert. Ich darf mit Erlaubnis des Präsidenten aus dem Protokoll eine Aussage meines Kollegen Hans-Martin Haller zitieren. Er hat deutlich gemacht:

Das Volumen des Gütertransports in dieser Republik steigt und steigt ... und die Transportwege werden nicht entsprechend ausgebaut. Das betrifft die Straße, aber noch viel mehr das Schienennetz und die Wasserwege. Der Bund ... versagt beim Ausbau des Schienennetzes und der Wasserwege, um Alternativen zur Straße zu haben. Denken Sie nur einmal darüber nach, wie lange man für den Bau des dritten und des vierten Gleises im Rheintal braucht.

– So weit mein Kollege. – Versäumnisse des Bundes finden wir also in der Schieneninfrastruktur, deren Ausbau im Schnecken tempo geplant wird, es gibt Versäumnisse des Bundes bei den Wasserstraßen – der Kollege Schwarz hat bei der oben genannten Diskussion darauf hingewiesen – und Versäumnisse bei den Bundesfernstraßen, bezogen auf die wir ständig zu wenig Mittel haben und Genehmigungen nicht bekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja!)

Zuletzt, meine Herren von der FDP/DVP: Sie können es nicht lassen, auch auf den Mindestlohn und die vermeintliche Bürokratie hinzuweisen. Gerade die Logistikbranche zählt natürlich zu denen, die – gerade die Fahrer – unter strengen Dokumentationspflichten stehen. Da kann ich nur lachen.

(Zuruf des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Sie vergessen: Wer weniger als den Mindestlohn zahlen will, bekommt heute keine Fachkräfte mehr. Der Mindestlohn gefährdet also keine Arbeitsplätze in der Logistik. Das Problem heißt vielmehr – Sie haben es beschrieben –: Ohne Fachkräfte gibt es keine Umsätze, keine Gewinne. Das ist die zentrale wirtschaftspolitische Aufgabe, der sich unsere Landesregierung stellt, der wir uns stellen. Unsere Politik hilft nicht nur der Logistik, sondern der ganzen Wirtschaft, besser zu werden, damit man mehr produktive, qualifizierte und gut bezahlte Arbeitskräfte bekommen kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Nur ein Hinweis, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir haben in einer der letzten Sitzungen des Präsidiums beschlossen, dass der Hinweis, ob der Präsident etwas zum Vorlesen genehmigt, abgeschafft wird. Man kann sich also diese Zeit sparen. Da kann man dann noch andere Argumente bringen. Nur damit Sie da Bescheid wissen. Das spart auch Zeit bei der Rede.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Kann man das als Bürokratieabbau verbuchen?)

– Wenn der Kollege Zimmermann das als Bürokratieabbau bezeichnen möchte, dann will ich da nicht widersprechen. Aber es ist eigentlich kein Bürokratieabbau. Es hat eher etwas mit Parlamentarismus zu tun, Herr Kollege Zimmermann.

Für die Landesregierung erteile ich jetzt zunächst Herrn Staatssekretär Hofelich das Wort.

Staatssekretär Peter Hofelich: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für einen starken Standort wie unser Land Baden-Württemberg ist die Logistik ein bedeutender Wettbewerbsfaktor und ein unverzichtbarer Teil unserer Wirtschaft. Das ist die Überzeugung unserer Landesregierung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Antwort auf die Große Anfrage der FDP/DVP zeigt in der Tat, dass es Kontinuität auf diesem Gebiet gibt. Dies ist eine

(Staatssekretär Peter Hofelich)

gute Sache. Sie zeigt aber auch, dass in den letzten Jahren spezielle und neue Akzente gesetzt wurden. Davon war heute schon die Rede. Dem will ich mich auch insbesondere zuwenden.

Speziell die kleinen und mittleren Güterverkehrs- und Logistikspezialisten in unserem Land sorgen dafür, meine Damen und Herren, dass es in Produktionsunternehmen, im Handel und im Handwerk dank kundenorientierter Logistikdienstleistungen rundläuft.

Herr Kollege Haußmann, bei alledem, was Sie sachlich und lobend zu uns gesagt haben: Die Schlussfolgerung, dass die Politik der Landesregierung nur für Großkonzerne vorhanden wäre und der Mittelstand auf der Strecke bliebe,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Unsinn!)

ist vor diesem Hintergrund eigentlich absurd.

(Beifall bei der SPD)

Ich erwähne das nur, damit die Schlussfolgerung nicht so stehen bleibt. Sie hängt völlig in der Luft. Da haben Sie – fußballerisch gesprochen – einen ungeordneten Spielaufbau gehabt.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Ich hoffe, Sie, die Liberalen, vertreten diese Meinung dann auch in Neckarsulm und in Untertürkheim. Darauf bin ich einmal gespannt. Aber abgesehen davon, dass es falsch ist, gilt es hervorzuheben – dazu sollte sich das Parlament auch einmal bekennen –: Die Förderpraxis dieser Landesregierung, insbesondere unseres Hauses, des Wirtschafts- und Finanzministeriums, ist auf die kleinen und mittleren Unternehmen ausgerichtet.

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Seit wann?)

Aber die politische Praxis dieser Landesregierung ist auf ein gedeihliches Miteinander von großen und kleinen sowie mittleren Unternehmen ausgerichtet. Das ist die Erfolgsformel Baden-Württembergs.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Ich will hier an dieser Stelle abschneiden und Ihnen einfach ein paar Antworten auf Fragen geben, die wichtig sind.

Das Erste ist: Wohin geht die Reise? Moderne Logistik ist weit mehr als Transport, Lagerung und Umschlag. Es geht um die intelligente Vernetzung von Güter- und Informationsflüssen. Sie unterstützen die Logistikdienstleister, besonders die produzierenden Betriebe. Hier sind wir weit. Baden-Württemberg ist das Land der Industrie und des Handwerks. Baden-Württemberg ist das Pionierland der Mobilität, und es wird künftig das Pionierland einer zeitgemäßen und nachhaltigen Mobilität sein. Kollege Hermann, der nach mir spricht, und ich sind einer Überzeugung: Es kommt in den kommenden Jahren vor allem auf die intelligente Vernetzung an. Das ist die verkehrs- und wirtschaftspolitische Aufgabe, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

– Ich habe Sie gar nicht verstanden.

Die neuen technologischen Möglichkeiten, die uns gegeben sind, wollen wir nutzen und wollen sie einfach unterstützen. Jeder, der in Betrieben herunkommt – sagen wir einmal, bei ElringKlinger oder bei Liebherr; dort war ich in letzter Zeit –, der sieht, dass Logistik und Industrie 4.0 zusammenhängen. Es sind quasi zwei Seiten der gleichen Medaille. Wir unterstützen das. Ich sage das, weil Sie gefragt haben, wo die Akzente sind. ARENA 2036, ein Projekt der Universität Stuttgart am Pfaffenwaldring, ist ein Beispiel dafür, dass sich Logistik künftig nur zusammen mit einer neuen Vernetzung der Produktion ergeben kann. Darauf kommt es ganz besonders an.

Da sind wir mit dabei. Wir bringen die relevanten Akteure zusammen und leisten Unterstützung mit dem, was bekannt ist und was entwickelt worden ist: mit dem Cluster-Atlas, mit der Clusterdatenbank – darauf ist Bezug genommen worden –, dem Cluster-Forum für Interessierte aus Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Politik und der direkten Förderung, etwa aus EFRE-Mitteln. Es ist bekannt, dass es das Logistik-Netzwerk Baden-Württemberg gibt, das wir auch deutlich unterstützen.

Es ist auch bekannt, dass wir im März 2015 mit LOGWERT ein Fraunhofer-Kompetenzzentrum für regionale Wertschöpfung und Logistik der Zukunft in der Region Heilbronn-Franken gestaltet und mitgegründet haben. LOGWERT ist eine Einheit des Fraunhofer-Instituts IAO, welche in Zusammenarbeit mit der Hochschule in Heilbronn betrieben wird.

Sie haben gefragt: Wo ist eigentlich City-Logistik? Die Antwort hat Ihnen Kollege Storz bereits gegeben. Sie ist z. B. in dem Projekt efeuCampus, das im RegioWIN-Wettbewerb prämiert ist, im Rahmen dessen wir auch mit Mitteln unterwegs sind, um zu untersuchen, wie wir nachhaltige urbane Gütermobilität – in diesem Fall am Standort Bruchsal – erreichen können. Das ist die Antwort auf Ihre Frage. Bei der wichtigen City-Logistik sind wir unterwegs, meine Damen und Herren.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Das hätten Sie auch hineinschreiben können!)

– Das haben Sie durch mich jetzt mündlich erfahren. Dafür sind wir auch ein Parlament, ein Dialogparlament.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Zurufe von der SPD, u. a.: Genau! – Gehörtwerden!)

Ich möchte gern noch auf zwei Punkte eingehen. Unser Land engagiert sich auch bei der Aus- und Weiterbildung im Bereich der Logistik. Wir haben die Fachkräfteallianz, wir haben das Bündnis für Ausbildung. Es ist schön, dass die Ausbildungszahlen in fast allen Berufsgruppen der Logistik seit mehreren Jahren kontinuierlich ansteigen. Wir freuen uns auch, dass es an unseren Hochschulen für angewandte Wissenschaften sowie der Dualen Hochschule Baden-Württemberg ein breites Studienangebot im Bereich der Logistik gibt. Das ist eine gute Sache. Denn wir wollen, dass die duale Aus-

(Staatssekretär Peter Hofelich)

bildung gerade auch in den Zukunftsmärkten unseres Landes gedeiht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Auch der Mindestlohn ist angesprochen worden. Das Mindestlohngesetz muss nicht von allen geliebt werden. Dazu gibt es auch – leider, muss ich sagen – entgegengesetzte Interessen in diesem Land. Aber Tatsache ist, dass die Logistik eine Branche ist, die in der Regel bereits mit höheren Entgelten arbeitet, eine Branche, bei der keine Anzeichen von Ausflagung erkennbar sind, eine Branche, die sich dann international behaupten wird, wenn sie vor allem auf Qualität, Verlässlichkeit und Vernetzung setzt. Deswegen ist das im Zusammenhang mit der Einführung des Mindestlohns verbreitete Schreckensargument eine völlige Fehlprognose. Ich glaube, dass die Logistikbranche in unserem Land auf hohem Niveau zusammen mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unterwegs sein wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Damit komme ich zur Schlussfolgerung – anschließend gebe ich den Stab gern an den Kollegen Hermann weiter –: Die Logistik ist eine Zukunftsbranche für Baden-Württemberg. Die Jahre, in denen wir bislang in der Verantwortung waren, haben genügend Gelegenheit gegeben, hier gute Akzente zu setzen. Das haben wir getan. Wir brauchen die Logistikbranche für die industrielle und die wirtschaftliche Zukunft Baden-Württembergs. Dafür treten wir ein.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich des Weiteren Herrn Verkehrsminister Hermann das Wort.

(Zuruf des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich meine, diese Debatte, gerade auch die Rede des Kollegen Hofelich, hat deutlich gemacht: Logistik ist längst mehr als Transport, Lagerung und Umschlag von Gütern. Sie ist ein selbstverständlicher Teil der Produktionskette, teilweise auch einer neuen Organisation von Produktion überhaupt geworden. Es sind nicht nur Waren, sondern auch Informationen, die ausgetauscht werden. Wir haben inzwischen ein komplexes Produktions- und Transportsystem.

Gleichwohl gilt – das ist auch in einigen Redebeiträgen in der Debatte klar geworden –: Ohne Infrastruktur werden Logistik und Transport schlecht funktionieren.

Ich möchte der vorurteilsgeladenen Rede von Frau Razavi gleich etwas entgegensetzen: Es ist der Landesregierung vollkommen bewusst, dass die Güterströme, die heute schon vorhanden sind und die es bei dem zu erwartenden Zuwachs zukünftig geben wird, nur bewältigt werden können, wenn wir alle Verkehrsträger entwickeln. Es reicht nicht, nur ein Element weiterzuentwickeln. Alle Verkehrsträger müssen weiterentwickelt werden, sie müssen erhalten, saniert und modernisiert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Nicole Razavi CDU: Und ausgebaut!)

Keine Regierung vor uns hat sich so sehr reingehängt und in diesem Umfang Mittel für Erhalt, Sanierung und Modernisierung der Straßen- und Schienenverkehrswege in Baden-Württemberg bereitgestellt. Auch das ist Tatsache.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Nicole Razavi CDU: Das stimmt nicht!)

Zur Verbesserung der Effizienz gehört nicht nur, dass die Verkehrsträger effizienter werden. Vielmehr gehört dazu auch die Verknüpfung, die Vernetzung; Herr Hofelich hat es gerade angesprochen. Wir müssen auch Potenziale ausschöpfen, die heute nicht wirklich genutzt sind. Ich komme gleich noch dazu.

Ich sage aber auch ganz klar: Die Politik hat nur in Teilbereichen wirklich etwas zu sagen. Viele Bereiche sind in der Hand der Unternehmen. Ob und wie ein Unternehmen den eigenen Logistikprozess organisiert, obliegt weitgehend der privaten unternehmerischen Autonomie. Ob sich ein Unternehmen wie beispielsweise Bosch oder Audi entscheidet, alle Güter auf der Schiene zu transportieren, oder ob sich ein Unternehmen entscheidet, seine Güter auf der Straße zu transportieren, liegt auch in der Entscheidung der Unternehmen. Wir finden beides in Baden-Württemberg. Ich weise ganz bewusst darauf hin, dass auch die Unternehmen mit darüber entscheiden, welche Verkehrsträger gefördert oder gestärkt werden.

Wir brauchen die Stärkung aller Verkehrsträger. Wir müssen sehen, dass wir im Transportbereich einen anderen Modal-Split bekommen. Das muss ich ausdrücklich unterstreichen. Herr Haußmann hat zu Beginn seiner Rede darauf hingewiesen, dass Baden-Württemberg einen extrem hohen Straßengüterverkehrsanteil aufweist. Nirgendwo sonst in Deutschland werden mehr als 80 % der Güter auf dem Straßenweg transportiert; in allen anderen Ländern ist der Anteil der Straße niedriger und der Anteil von Schiene und Wasserstraße höher.

Das ist für uns in Baden-Württemberg die Herausforderung. Wir wollen einen nachhaltigen Transport. Das bedeutet auch, dass wir den Transport ein Stück weit auf andere Verkehrsträger verlagern wollen. Wir meinen aber nicht, dass alles verlagerbar ist. Vielmehr wird weiterhin sehr viel Güterverkehr über die Straße abgewickelt werden. Deswegen entwickeln wir auch die Straßen weiter. In unserem Konzept zur Bundesverkehrswegeplanung haben wir uns auch klar zu einer Stärkung der Achsen, zu einem Ausbau der verstopften Achsen bekannt; das ist keine Frage.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Nun ist die spannende Frage: Wie kann Verlagerung gelingen? Dazu gehört natürlich, dass man auch strategisch überlegt, was zu tun ist. Ein wesentliches Element war, dass wir zu Beginn unserer Regierungszeit erst einmal das Potenzial haben wissenschaftlich untersuchen lassen. Wir haben untersucht, welche Güter verlagerbar sind und welche Branchen Interesse an einer Verlagerung haben und dabei mitmachen. Dabei haben wir Standorte herausgefunden. Diese sind auch hier schon diskutiert worden. An diesen Standorten arbeiten wir jetzt weiter.

(Minister Winfried Herrmann)

Wenn nun die Frage kommt: „Warum geht es nicht voran?“, muss ich schon einmal deutlich machen: Nicht die Landesregierung ist die Eigentümerin z. B. des Plochinger Hafens oder der betreffenden Flächen in Lahr oder wo auch immer. Sie müssen sehen, dass die Eigentümer der möglichen Standorte für eine Verlagerung und für kombinierte Verkehre jeweils die Kommunen sind. Wir arbeiten mit den Kommunen zusammen, wir unterstützen sie, wir fördern sie bei der Konzeptentwicklung. Wir kommen auch an der einen oder anderen Stelle gut voran.

Beispielsweise steht bei dem Vorhaben in Eutingen kurz bevor, dass die Bahn das betreffende Gelände verkauft und die METRANS, eine Tochtergesellschaft der Hamburger Hafengesellschaft, dort ein kombiniertes Terminal aufbaut, damit die Verlagerung von Verkehren von der Straße auf die Schiene möglich ist. In Reutlingen plant die Stadt selbst die Entwicklung eines möglichen Güterverkehrsterminals, in Plochingen auch, aber eben mit der eigenen Geschwindigkeit. In Lahr steht das Flughafengelände zur Verfügung. Das dortige Vorhaben unterstützen wir wirklich mit großem Engagement und haben dies auch bisher schon getan. Der Oberbürgermeister weiß auch, dass wir gerade die Rheintalbahn als die Möglichkeit sehen, dort einen idealen Standort zu schaffen. Darauf werden wir heute noch zu sprechen kommen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir tun also vieles, um die Verlagerung voranzubringen. Das meiste ist natürlich erreicht, wenn man es schafft, die Schienenkapazität zu stärken. Auch darüber wird nachher in der Debatte zur Rheintalbahn noch zu sprechen sein. Das ist die zentrale Achse. Wenn wir diese entwickeln können, wenn wir dort eine Verlagerung erreichen können, schaffen wir viel.

Jetzt komme ich aber noch zu einem für die CDU sehr heiklen Punkt. Sie haben mich immer mit der Aussage angegriffen, ich würde nicht genügend für den Ausbau des Neckars als Verkehrsträger tun. Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht. Wir haben die Sanierung und die Verlängerung der Schleusen für den Bundesverkehrswegeplan angemeldet, und zwar schon lange. Wir monieren schon seit Jahren, dass da endlich etwas geschehen sollte. Es gibt dazu einen Vertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Bund, aber tatsächlich ist in den letzten Jahren nichts, aber auch gar nichts passiert. Sie schreien mich an, aber eigentlich meinen Sie Herrn Strobl oder Herrn Schäuble oder wen auch immer auf Bundesebene. Jedenfalls können Sie mich oder die Landesregierung damit nicht meinen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wir haben in Baden-Württemberg die Situation, dass gerade einmal 6 bis 7 % des Güterverkehrs über die Binnenschifffahrt abgewickelt werden. Diese Woche fand eine große Rhein-konferenz in Mannheim statt, bei der wir Gastgeber waren. Dort haben alle Länder gesagt: Wir wollen mehr tun, damit die Binnenschifffahrt einen größeren Anteil übernimmt. Denn der einzige Sektor, der nicht ausgelastet ist, ist die Binnenschifffahrt bzw. die Wasserstraße. Angesichts der überlasteten Straßen, die das Verkehrsvolumen nicht mehr aufnehmen können, müssen wir genau diesen Bereich der Binnenschifffahrt stärker entwickeln und unterstützen.

Deswegen dränge ich auch darauf, dass die Weiterentwicklung des Verkehrsträgers Neckar vorangeht. Was uns der Bund aber sagt, ist erstens, wir könnten es uns abschminken, das bis 2025 zu realisieren, zweitens, es werde bis 2044 dauern, drittens, es würden aber nicht beide Schleusenammern ausgebaut, sondern nur eine, und viertens, dies werde auch nur bis Heilbronn erfolgen. Mit anderen Worten: Der Bund nimmt vollkommen Abstand von den ursprünglichen Ausbauplänen. Da werden wir dagegenhalten. Da erwarte ich von Ihnen, dass Sie endlich auch einmal Druck auf den Bund machen und nicht immer den Falschen beschimpfen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Andreas Schwarz
GRÜNE: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Es ist, glaube ich, deutlich geworden, dass die Landesregierung diesen Bereich ernst nimmt. Ich sage klipp und klar: Wir entwickeln Infrastruktur bei allen Verkehrsträgern für alle Unternehmen – nicht nur für die großen Unternehmen, sondern für die kleinen, die mittleren und die großen Unternehmen. Dazu nehmen wir übrigens auch einiges an Geld in die Hand, wenn wir den Ausbau der Schieneninfrastruktur oder die kombinierten Terminals weiter unterstützen. Wir kämpfen auch dafür, dass sich die Rahmenbedingungen verbessern, auch auf Bundesebene, sodass es sich lohnt, auf die Binnenschifffahrt und auf den Schienenverkehr zu setzen.

Noch ein letztes Wort zur Binnenschifffahrt, weil es immer wieder angesprochen und zitiert wird: Ich stehe immer noch dazu, dass auch die Binnenschiffe modernisiert werden müssen. Sie dürfen keine dreckigen Diversemissionen verursachen, sondern müssen saubere Kraftstoffe verwenden und Abgasreinigung betreiben, wie das in allen Transportbereichen möglich ist. Dann ist das Binnenschiff ein sauberes, ein umweltfreundliches Transportmittel, und deswegen unterstützen wir das auch.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Große Anfrage besprochen.

Punkt 2 der Tagesordnung ist erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Neuordnung des Rechts des Naturschutzes und der Landschaftspflege – Drucksache 15/6886 (Ergänzte Fassung)

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Drucksache 15/6959

Berichterstatter: Abg. Dr. Patrick Rapp

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich für die CDU-Fraktion Herrn Abg. Dr. Rapp das Wort.

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die „heile Welt“ wird sicherlich gleich noch ausführlich beschrieben; daher möchte ich mich zunächst einmal der Realität widmen. Wie immer, wenn es um ein politisches Thema geht, das Emotionen auslöst, gibt es natürlich Gruppierungen, denen die Vorlagen nicht weit genug gehen, und es gibt Gruppierungen, denen ein Gesetzentwurf, wie wir ihn heute abschließend beraten, zu weit geht. Auch neigt man gern dazu, bestimmte Fakten nicht mehr zu betrachten oder Sachverhalte zu überhöhen. Daher ist es heute nötig, nicht nur „heile Welt“ zu spielen, sondern eine differenzierte Betrachtung vorzunehmen.

Vor der Klammer bleibt ein grundsätzlicher Kritikpunkt an diesem Gesetzgebungsverfahren bestehen: Bei der Novelle des Gesetzes – zu der das Land aufgrund einer Neufassung des Bundesnaturschutzgesetzes ohnehin verpflichtet war – haben Sie, Herr Bonde, uns Parlamentariern kaum Gelegenheit zu Diskussionen und vertieften Gesprächen mit den Verbänden und Anspruchsgruppen gegeben.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das liegt doch an euch!)

Binnen einer Woche wurde dieses Gesetz hier durch den Landtag gepeitscht.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist nicht demokratisch!)

Mögliche Gründe hierfür will ich gar nicht kommentieren. Aber Ihr Vorgehen, Herr Bonde, hat ein erhebliches Optimierungspotenzial im Hinblick auf parlamentarische Arbeiten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Aus Ihrer kurz greifenden Sicht, Herr Bonde, ist jeder, der dieses Gesetz inhaltlich kritisiert, ohnehin ein schlechter Mensch. Ich möchte Sie bitten: Lassen Sie dieses Schwarz-Weiß-Denken einmal weg. Ich will Ihnen eines mitteilen: Wir, die CDU, halten, wenn wir den Gesetzentwurf betrachten und ihn auf den rein naturschutzfachlichen Teil reduzieren, wenn wir also die Ausweitung der Mitwirkungsrechte, die Verlängerung von Verfahren, die Eingriffe ins Eigentum von Bürgerinnen und Bürgern sowie die fehlende Balance zwischen Ökologie und Ökonomie

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Was?)

beiseitelassen, das geplante Gesetz für gut.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Es übernimmt die in Baden-Württemberg ohnehin höheren Standards für Naturschutz und markiert damit im Ländervergleich auch zukünftig eine Spitzenposition – wie es übrigens auch schon zu Zeiten der CDU-geführten Regierung der Fall war.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Ein waghalsiger Anspruch! – Zuruf des Abg. Willi Stächele CDU)

Das gilt auch für Elemente, die Sie weiter ausgebaut haben, die aber auch vor Ihrer Regierungszeit schon existiert haben.

Sie werden es nachher sicher noch anführen: Das sind die Landschaftserhaltungsverbände. In einem Fall haben Sie es sogar geschafft – allerdings unter dem Einfluss der SPD –, einen praktikablen Weg einzubauen, und zwar im Hinblick auf die Biotopverbände. Auch dafür gebührt Ihnen einigermassen Applaus.

(Abg. Jutta Schiller CDU: „Einigermassen“! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Und wo bleibt der Applaus? – Vereinzelt Beifall – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Was soll das heißen? Das waren wir doch gemeinsam!)

Nach wie vor hagelt es bei diesem Gesetz aber berechtigterweise Kritik, und zwar von den kommunalen Landesverbänden. Diese richtet sich gegen die Ausweitungen und die Verfahrensänderungen im Naturschutzrecht, die für die Landratsämter jährliche Mehrkosten in Millionenhöhe produzieren. In der Ausschussberatung konnten Sie hierzu keine schlüssige Darlegung geben. Sie haben gesagt, dies werde kompensiert durch Internetangebote. Da muss ich sagen: Außer einer Behauptung war nicht viel mehr dahinter.

Die Ausweitung der Mitwirkungsrechte führt auch zur Verlängerung von Verfahren, von naturschutzrelevanten Verfahren, und verhindert an manchen Stellen auch die Entwicklung von entsprechenden Projekten, beispielweise mit Blick auf die Windkraft.

Daher werden wir dieses Gesetz so nicht mittragen. Denn wir sehen keinen naturschutzfachlichen Mehrwert in dieser Vorgehensweise mit der genannten Ausweitung und der entsprechenden Einbindung im Rahmen der dann viel umfangreicheren Mitwirkungsrechte.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Gegen Beteiligung!)

Aber auch hierfür hatten Sie keine schlüssige Erklärung. Interessant ist: Sie begründen dies damit, Herr Bonde, dass mit der Ausweitung von Mitwirkungsrechten eventuelle Folgediskussionen und möglicherweise anstehende Klagen bei entsprechenden Verwaltungsverfahren ausbleiben würden. In Ihrer Logik heißt das in der Konsequenz nichts anderes, als dass Sie sich damit auch anmaßen, es allen recht machen zu können. Da muss ich sagen: Das ist eine starke Behauptung, Herr Minister.

Klar ist also, dass dieser Gesetzentwurf Bestandteile enthält, die wir so nicht mittragen. Ein weiteres Beispiel hierfür sind die Eingriffe ins Eigentum. Aber das scheint Ihrer grundsätzlichen Missachtung fremden Eigentums geschuldet zu sein.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Jetzt aber! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Was ist das für eine Unterstellung! – Zuruf: Quatsch!)

Wir haben das erlebt beim neuen Landesjagdgesetz, beim Gewässerschutz, beim Baurecht, beim Umbruchverbot – insofern nichts Neues.

Eines hat uns aber erfreut aufmerken lassen: Beim gestrigen Festakt zum 50-jährigen Bestehen des NABU hat der Ministerpräsident gesagt: „Wir wollen beides hinbekommen in Baden-Württemberg: ein prosperierendes Industrieland“ – eine

(Dr. Patrick Rapp)

Anmerkung von mir hierzu: wir haben auch Mittelstand – „und den Erhalt von Natur erreichen.“

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das haben Sie schon beim letzten Mal ausgeführt!)

Herr Bonde, Sie sollten sich überlegen, ob Sie mit diesem Gesetz auf dem richtigen Weg sind.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Rösler.

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Vor einer Woche habe ich hier an dieser Stelle vom „Dreiklang des Naturschutzes“ gesprochen, von Naturschutzfinanzen, Naturschutzstrategie und Naturschutzgesetz. Alle drei Bereiche, sowohl die Finanzen als auch die Strategie als auch das Gesetz, gilt es jetzt mit Leben zu füllen. Das ist in diesem Fall durchaus wörtlich zu nehmen. Denn der Kern dessen, worüber wir beim Naturschutz reden, ist lebendig: Es ist die biologische Vielfalt; es sind insbesondere Tier- und Pflanzenarten.

Ich zeige Ihnen daher heute an einem ABC der Arten, wie wir dies umsetzen. Natürlich ist unsere Naturschutzstrategie eingebettet in die Biodiversitätsstrategie des Bundes, eingebettet in die Ziele der EU und der IUCN. Gern verweisen manche auf die Notwendigkeit von Naturschutz in fernen Ländern, ob für den Tiger in Sibirien oder den Wildesel in der Mongolei. Das ist alles wichtig. Aber hier und heute geht es um ein ABC der baden-württembergischen Arten: nämlich A wie Arnika, B wie Bechsteinfledermaus und C wie C-Falter. Wir, Grüne und SPD, beherrschen dieses ABC des Naturschutzes.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Logisch!)

Das zeige ich Ihnen ganz konkret an diesen drei Arten und an dem vorliegenden Gesetzentwurf mit Blick auf einige der Paragraphen.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Das ganze Alphabet bitte, nicht nur die ersten drei Buchstaben!)

A wie Arnika:

(Der Redner hält ein Bild hoch.)

Für die Arnika haben wir in § 60 ein landesweites Moorschutzkonzept eingefügt. Die Arnika kommt heute überwiegend in Randbereichen von Mooren vor, an der Schwäbischen Alb, im Schwarzwald, im Oberland. Wir haben zudem auch schon gehandelt: Unser Naturschutzminister Bonde hat erst vor fünf Tagen in Bad Wurzach umfangreiche Aktivitäten zum Schutz der Moore und damit zum Schutz von Arten wie der Arnika vorgestellt. Wir haben in der LUBW eine Stelle für Moorschutz geschaffen. Wir haben sechs Modellprojekte zur Renaturierung von Mooren auf den Weg gebracht. Weitere werden folgen, und die Finanzierung haben wir auch schon gesichert. Damit verknüpfen wir erfolgreich die Ziele von Naturschutz und Klimaschutz.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

B wie Bechsteinfledermaus:

(Der Redner hält ein Bild hoch.)

Neu eingefügt haben wir für die Bechsteinfledermaus u. a. folgenden Passus in § 14:

Eingriffe in Natur und Landschaft ... können insbesondere sein ...

7. die Beseitigung ... von landschaftsprägenden ... Baumreihen ...

Neu eingefügt haben wir für die Bechsteinfledermaus außerdem § 31, der den Schutz von Alleen betrifft. Die Bechsteinfledermaus bevorzugt nämlich alte Bäume

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Da sitzt schon der Juchtenkäfer!)

und Höhlen, z. B. in naturnahen Wäldern, in Streuobstwiesen, in Parks. Künftig gilt mit dem neuen Naturschutzgesetz das Fällen von fünf oder mehr Bäumen bei landschaftsprägenden Baumreihen als Eingriff – übrigens unabhängig davon, ob es sich um Nadel-, Obst- oder sonstige Laubbäume handelt. Die neue Regelung ist damit ein wichtiger Beitrag für alle Baumfledermäuse, für Spechte und für andere Höhlenbewohner. Mit dem Schutz von Alleen in § 31 runden wir diese Maßnahme zusätzlich ab, und wir beheben ein jahrzehntelanges Manko aus CDU-Zeiten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

C wie C-Falter, ein Schmetterling:

(Der Redner hält ein Bild hoch.)

Schaue ich mir allerdings die Aussagen vonseiten der CDU und des Kollegen Wolf zur Umweltpolitik an, hätte ich zur Illustration von Buchstabe C eher das Chamäleon nehmen sollen, weil dieses Tier seine Farbe so schnell wechseln kann wie Herr Wolf seine Meinung zu Stromtrassen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Und den Kopf zieht Herr Wolf bei Gegenwind so schnell ein wie eine Schildkröte, wenn ein Fuchs oder gar ein Wolf kommt.

(Abg. Guido Wolf CDU: Oi! – Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Guido Wolf CDU: Das ist auch ein schönes Tier!)

– Herr Wolf, wir wissen ganz genau, dass der Wolf zum Land gehört.

(Abg. Guido Wolf CDU: Absolut!)

Nur: Er ist relativ harmlos; er ist nicht gefährlich. Wir haben auch keine Angst vor ihm, denn er frisst weder Grünröcke noch Rotkäppchen. Also, vor dem Wolf haben wir keine Angst.

(Abg. Guido Wolf CDU: Schön für Sie!)

Jetzt zurück zum C-Falter: Neu eingefügt haben wir § 34 – Verbot von Pestiziden. Den C-Falter finden Sie an Waldrändern, Sie finden ihn in naturnahen Gärten, Sie finden ihn an südexponierten Gebüsch. Grundsätzlich verboten ist künftig gemäß § 34 der Einsatz von Pestiziden in qualifizierten

(Dr. Markus Rösler)

Schutzgebieten. Das bekommt dem C-Falter genauso gut wie sehr vielen anderen Schmetterlings- und Insektenarten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Der Redner legt das gezeigte Bild auf einen Stuhl.
– Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Schmeiß doch die Bilder nicht so auf den Boden!)

Diese Beispiele, Kollege Rüeck, zeigen: Die Grünen und die Roten beherrschen das ABC des Naturschutzes. Das bestätigen uns, Kollege Rapp, die verschiedensten Verbände. Sowohl BUND, LNV und NABU als auch der Industrieverband Steine und Erden als auch der Schwarzwaldverein bestätigen, dass es ein gutes Gesetz ist. Natürlich will jeder an der einen oder anderen Stelle etwas mehr, aber alle schreiben sie uns: Das ist ein gutes Gesetz.

Gestern Abend – Sie waren mit dabei, das haben Sie aber vielleicht nicht gehört; deswegen sage ich das gern und mit Freude – bezeichnete ein Spitzenvertreter eines kommunalen Landesverbands dieses Gesetz als einen wunderbaren Kompromiss.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zurufe von den Grünen: Ah! – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Wer war das, bitte? – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Die Opposition allerdings bremst oder macht gar nichts. Sie bremst beispielsweise in den Haushaltsberatungen. Was machen Sie da? Sie schlagen vor, die Mittel für den Naturschutz zu kürzen. Zum vorliegenden Gesetzentwurf bringen Sie keine Anträge ein. Wo bleiben sie denn? Es gab keinen einzigen Änderungsantrag, weder in der Ersten Beratung im Plenum noch im Ausschuss noch in der heutigen Zweiten Beratung im Plenum. Nichts! Fehlanzeige!

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Arbeitsverweigerung!)

Es gibt keine Änderungsanträge.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Zum C-Falter machen wir einen Änderungsantrag!)

CDU und FDP/DVP befinden sich offensichtlich im Tiefschlaf, was den Naturschutz betrifft.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Könnten Arnika, Bechsteinfledermaus und C-Falter sprechen, sie würden sich für dieses Gesetz ebenfalls bedanken.

(Oh-Rufe von der CDU – Zuruf: Genau!)

Denn ganz im Landesinteresse gilt für Grün-Rot das Schiller-Zitat:

Der gebildete Mensch macht die Natur zu seinem Freund ...

Deswegen würden sich diese drei Arten bei uns dafür bedanken.

Stimmen Sie also diesem hervorragenden, weil zugleich konservativen und bewahrenden, aber auch modernen und innovativen Gesetz zu.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: So ein Schmarren!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Rolland.

Abg. Gabi Rolland SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beginne mit dem Ende der vergangenen Sitzung zu diesem Thema. Meine Kolleginnen haben aufgepasst.

Wir haben die Erde ... von unseren Kindern nur geliehen.

Das ist ein uraltes indianisches Sprichwort. Danke für die Aufmerksamkeit.

Ich habe bereits bei der ersten Lesung des Naturschutzgesetzes das Neue sehr detailliert erläutert, die Verbesserungen, die damit einhergehen. Wir haben eben bereits einiges gehört. Deswegen will ich heute noch einmal deutlich machen, in welcher starken Kette dieses Naturschutzgesetz steht. Dieses Naturschutzgesetz ist ein weiteres Glied in einer Kette, die begonnen hat mit der Erhöhung der Haushaltsmittel für den gesamten Naturschutz auf das Doppelte, nämlich auf 60 Millionen €. Die Kette beinhaltet die Erhöhung der Zahl der Landschaftserhaltungsverbände im Land von sechs auf 30. Wir haben einen Nationalpark errichtet, der nicht nur Arten und Landschaft schützt, sondern auch wertvolle Impulse für eine weitere regionale Wertschöpfung in unserem Land gibt. Wir haben einen weiteren Impuls für ein zweites Biosphärengebiet Schwarzwald geschaffen. Wir haben eine Naturschutzstrategie erarbeitet, die Grundlage ist für alle Maßnahmen, die heute im Naturschutz ergriffen werden, auch für dieses neue Naturschutzgesetz.

Das Streuobstkonzept im Land wurde neu ausgerichtet, die Entwicklung der Nieder- und Hochmoore in allen Landesteilen wurde verbessert, und wir haben die Grünstreifen an den Flüssen und Bächen in unserem Land erheblich verbessert. Der Vertragsnaturschutz – da, wo die Musik spielt, wo draußen vor Ort tatsächlich Natur- und Landschaftspflege betrieben wird – ist durch viel mehr Finanzmittel in diesem Bereich erheblich gestärkt worden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich will auch deutlich machen, dass es nicht nur um ein einziges Gesetz geht, sondern dass Naturschutz auch in anderen Gesetzen seinen Niederschlag findet, dass wir auch mit dem neuen Jagd- und Wildtiermanagementgesetz die Naturschutzanforderungen verbessert haben. Vor allem haben wir die einzelnen Gesetze miteinander kompatibel gemacht. Auch darüber wird heute beraten.

Zum Naturschutzgesetz möchte ich ein Thema noch einmal besonders hervorheben, weil es mir persönlich sehr am Herzen liegt. Erstmals ist in der Bundesrepublik in ein Gesetz aufgenommen worden, dass Lichtverschmutzung im Außenbereich kein Thema sein darf, sondern dass dagegen gearbeitet werden muss. Das ist eine gute Sache, und das wird uns weiterbringen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Die Anhörung hat viel gebracht, nämlich viel Lob und kaum Tadel. Wir haben uns damit auseinandergesetzt. Das eine oder

(Gabi Rolland)

andere ist geändert worden. Ich höre es heute gern, Herr Dr. Rapp, dass Sie von der Opposition naturschutzfachlich eigentlich überhaupt nichts gegen das Gesetz einzuwenden haben. Wenn Sie jetzt an dem Verfahren herumkritteln wollen, dann sollten Sie nicht die Regierung ansprechen, sondern eigentlich den Präsidenten unseres Hauses; denn soweit ich weiß, wird die Tagesordnung für die Plenartage vom Präsidium festgelegt und nicht von der Regierung.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Zweitens sagen Sie, es gebe zu viele Mitwirkungsrechte der Naturschutzverbände. Ich sage Ihnen: Gerade das Ehrenamt im Naturschutz ist wichtig. Die ehrenamtlich Tätigen – im Artenschutz, in der Landschaftspflege – sind diejenigen, die sich dafür einsetzen, dass wir eine gute Landschaft haben, dass unsere Kulturlandschaft bestehen bleibt. Deswegen verstehe ich überhaupt nicht, warum Sie dem nicht zustimmen können.

Ich kann auch nicht verstehen, warum Sie gegen eine Sozialbindung des Eigentums im Naturschutz sind. Selbstverständlich muss ein Zustandsstörer, Herr Dr. Rapp, handeln, wenn auf seinem Grundstück etwas nicht in Ordnung ist, und selbstverständlich muss es – wie bisher auch im Naturschutzgesetz geregelt – ein Vorkaufsrecht für die Naturschutzbehörden geben, wenn z. B. zusammenhängende Gebiete neu geschaffen werden müssen.

Die SPD-Fraktion wird diesem Gesetz selbstverständlich zustimmen.

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU – Abg. Dr. Patrick Rapp CDU unterhält sich mit Minister Alexander Bonde.)

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit – auch bei Ihnen, Herr Dr. Rapp, wenn Sie gerade auch im Zwiegespräch mit dem Herrn Minister sind. Ich bedanke mich dafür, dass Sie zugehört haben, mit einem Wort von Johann Wolfgang von Goethe:

Die Natur versteht keinen Spaß, sie ist immer wahr, immer ernst, immer strenge, sie hat immer recht, und die Fehler und Irrtümer sind immer des Menschen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Bullinger.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Diese Stille hier drin beim Beginn einer Rede liebe ich. – Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Baden-Württemberg ist ein wunderbares Land, ein wunderbares Kulturland, und wer, sofern er das Alter schon erreicht hat, in den Sechziger- und Siebzigerjahren mit offenen Augen durch Baden-Württemberg wanderte oder fuhr, hat gesehen, dass wir in den letzten 20, 30 Jahren enorme Fortschritte gemacht haben. Die Zeiten des Ausräumens sind vorbei. Ich denke an die Flurneuordnung, die damals in den Sechzigerjahren und Siebzigerjahren zu Recht als Flurbereinigung bezeichnet wurde. Ich denke auch an das, was wir teilweise in den neuen Bundesländern erlebt haben: Dort wurden unabhängig von der Topografie

Hunderte von Hektar große Flächen geschaffen. So etwas hat es bei uns Gott sei Dank nie gegeben, und Flurneuordnungen wie damals gehören der Vergangenheit an.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Deshalb, meine Damen und Herren, möchte ich mich an dieser Stelle, wenn es um die Novellierung dieses Gesetzes geht, ganz herzlich bei denen bedanken, die in den letzten 30 Jahren für die erreichten enormen Fortschritte beim Naturschutz gesorgt haben. Das sind zunächst einmal diejenigen, die täglich damit umgehen, das sind die Landwirte, das sind die Forstwirte, das sind aber auch die Verbände, und zwar vor allem die Verbände vor Ort – nicht die, die die Strategien entwerfen und die Papiere schreiben, sondern die, die vor Ort Naturschutz betreiben, die Pflege betreiben. Bei denen möchte ich mich bedanken; denn wir haben wahnsinnig viel erreicht. Wenn Sie Besuch aus den USA haben und durch Baden-Württemberg fahren, laufen oder wandern, kommt dieser Besuch aus dem Staunen nicht heraus, wie wunderbar es ist. Es ist richtig, diese Entwicklung fortzuschreiben – aber nicht in die falsche Richtung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Letzte Woche hatten wir – das klang ja schon an – ganz schnell, hoppla hopp, vormittags die erste Lesung, nachmittags die Beratung im Ausschuss, und heute haben wir die abschließende Beratung.

Meine Damen und Herren, der „Staatsanzeiger“ hat es, glaube ich, sehr deutlich beschrieben: „Land will Spielräume bei Novelle nutzen“. Ich finde es gut, wenn man Spielräume nutzt. Allerdings darf man das Nutzen von Spielräumen nicht verwechseln mit Draufsatteln, wo es sich nicht gehört, meine Damen und Herren.

An dieser Stelle gleich das Lob – das habe ich auch letzte Woche schon zum Ausdruck gebracht –, was die Landschaftspflegeverbände, die Landschaftserhaltungsverbände angeht. Es ist gut, was dort gemacht worden ist. Aber es muss mit Leben erfüllt werden, meine Damen und Herren. Ich komme aus dem Landkreis Schwäbisch-Hall, in dem seit fast 20 Jahren alle 30 Gemeinden des Landkreises von Anfang an in diesem Landschaftspflegeverband drin sind und ihn mit Leben erfüllen. Es nützt nichts, wenn in einem Landkreis, der jetzt auch dabei ist, von 35 oder 40 Gemeinden gerade einmal sechs mit Herzblut dabei sind und der Rest nur deshalb mitmacht, weil es halt der Landrat oder sonst jemand will, meine Damen und Herren.

Das heißt für mich: Es ist richtig, aber es fehlt etwas. Mit Recht hat auch der stellvertretende Hauptgeschäftsführer des Landkreistags bedauert, dass die finanzielle Förderung nicht abgesichert ist. Es wäre, glaube ich, ein klares Signal gewesen, Herr Minister, wenn das der Fall gewesen wäre.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das ist durchgerechnet!)

Meine Damen und Herren, ein weiterer Punkt: Der Gemeindegtag und der Landkreistag befürchten allerdings, dass es Mehraufwand gibt. Auch dieser ist nicht abgedeckt worden.

Noch ein weiterer Punkt: Der Gemeindegtag hat mit Recht kritisiert, dass unnötige Vorgaben geschaffen wurden, die vor al-

(Dr. Friedrich Bullinger)

lem die Standards des Bundesnaturschutzgesetzes weit übertreffen. Das heißt, es kann durchaus passieren – ich befürchte dies –, dass es zu einer Überregulierung kommt. Da ist der Gemeindegang mit dem Bauernverbandspräsidenten einig: Man rechnet auch damit, dass dadurch zu viel und immer mehr Bürokratie geschaffen wird. Das wollen wir nicht, meine Damen und Herren.

In der Beratung letzte Woche im Ausschuss haben wir unheimlich wichtige Dinge geändert. In Artikel 1 § 45 Absatz 2 wird in Satz 1 nach dem Wort „Naturschutzgebieten“ ein Komma eingefügt. In § 15 Absatz 2 wird in Satz 1 Nummer 31 das Wort „und“ am Ende durch ein Komma ersetzt. Arg viel mehr wurde an dem Gesetz nicht geändert. Das bedeutet: Man muss noch einmal genau schauen, was dieses Gesetz bringt.

Teil 1 werden wir ablehnen, weil wir davon ausgehen, dass die bürokratischen Hindernisse mehr und nicht weniger werden. Da bin ich anderer Meinung als Sie, meine Damen und Herren. Ich bin auch der Auffassung, dass die vertraglichen Vereinbarungen gut waren und vor allem § 13 des alten Landesnaturschutzgesetzes sich bewährt hat. Diesen schaffen Sie ab und setzen auf mehr hoheitliches Vorgehen.

Meine Damen und Herren, auch mit Artikel 1 §§ 14 bis 21 können wir leben; da werden wir zustimmen. Ich halte grundsätzlich auch das Thema Alleen für wichtig. Das entspricht auch einem Antrag von uns vom letzten Jahr, weil wir Alleen für sehr bedeutend für die Kulturlandschaft und für die Natur halten.

Weiter werden wir auch einigen anderen Punkten zustimmen, z. B. dem Vorschlag, behindertengerechte Möglichkeiten im Nationalpark zu schaffen. Dass ich und dass wir vom Nationalpark nichts halten, ist bekannt. Unsere Auffassung ist nach wie vor richtig. Was wir damals gesagt haben, stimmt auch heute noch. Aber wenn man schon einen Nationalpark macht, dann muss man ihn auch behindertengerecht umsetzen. Auch das ist, glaube ich, richtig.

Welche Auswirkungen das neue Gesetz hat, haben wir gerade noch einmal gehört.

Mein Fazit: Auch wenn wir einzelnen sinnvollen Ansätzen zustimmen werden, wird meine Fraktion dieses Gesetz insgesamt ablehnen. Denn es wird in der Summe zu mehr Bürokratie führen, es wird stärker in das Eigentum eingreifen, es wird von der Freiwilligkeit abgerückt und zu hoheitlichem Naturschutz übergegangen. Das alles, meine Damen und Herren, ist nicht der Weg, den wir brauchen, um in Baden-Württemberg erfolgreich Naturschutz und Standortpolitik betreiben zu können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Landwirtschaftsminister Bonde das Wort.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Unser Land hat eine beeindruckende Viel-

falt an wunderschönen Naturlandschaften, eine beeindruckende Vielfalt an Natur, die es zu schützen gilt. In allen Landes- teilen bietet die Natur wertvollen Lebensraum für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten. Wir alle wissen, dass wir hier eine hohe Verantwortung haben, dass das Artensterben nicht gestoppt ist, dass selbst Arten, die weit verbreitet waren, wie die Feldlerche oder das Rebhuhn, bei uns inzwischen gefährdet sind. Wir alle tragen Verantwortung dafür, dem Rückgang von Arten, dem Rückgang von Lebensräumen entgegenzutreten, nicht nur in unserem eigenen Interesse, nicht nur im Interesse der heutigen Zeit, sondern auch im Interesse zukünftiger Generationen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Diskussion „Naturschutz gegen Wirtschaft“ ist eine falsche Debatte. Das ist eine Debatte, die wir eigentlich seit Jahren und Jahrzehnten überwunden haben. Diese ideologische Position, die versucht, Naturschutz zum Wirtschaftsfeind zu erklären, hat sich überlebt. Sie ist widerlegt. Gerade ein Land wie Baden-Württemberg, das ein erfolgreiches Wirtschaftsland ist, aber auch ein stolzes Flächenland mit Naturschätzen, ist doch der lebende Beweis, dass Ideologie hier fehl am Platz ist, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Aber warum machen Sie dann die Ideologie zum politischen Prinzip? – Gegenruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Machen wir doch gar nicht!)

Denn wir wissen, die Vielfalt der Natur ist wesentliche Voraussetzung für unsere Lebensqualität. Erhalt von Natur, Erhalt von Vielfalt ist wesentliche Voraussetzung dafür, erfolgreich mit regionaler Identität leben und wirtschaften zu können. Deshalb gilt es, das zu erhalten, was uns erhält. Es gilt, die Natur zu erhalten. Denn ohne Natur ist der Mensch nichts, meine sehr verehrten Damen und Herren. Natur lädt nicht nur ein zum Bewegen, zum Entspannen, zum Durchatmen. Wir brauchen sie als Lebensgrundlage, und wir brauchen sie in der vollen Vielfalt als Lebensgrundlage in der Forschung, in der Wirtschaft und in vielem mehr. Deshalb lohnt es sich, dafür einzutreten, sich um die Natur zu bemühen.

Es gibt eine Vielzahl von Menschen, die mit großartiger Arbeit dazu beitragen, die sich ehrenamtlich in Verbänden und Vereinen für die Natur engagieren und dort wertvolle Arbeit leisten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Neben dem breiten gesellschaftlichen Engagement braucht es aber auch einen politischen Rahmen und eine Politik, die bereit ist, den Naturschutz ernst zu nehmen, den Naturschutz umzusetzen und den entsprechenden Rahmen zu schaffen. Das haben wir in dieser Legislaturperiode getan. Das tun wir mit dem Gesetz, das Ihnen heute zur Verabschiedung vorliegt, aber auch mit Bemühungen wie beispielsweise der deutlichen Erhöhung der notwendigen Mittel für den Naturschutz. Wir haben die Mittel dafür in dieser Legislaturperiode mehr als verdoppelt. Wir tun es mit der neuen Naturschutzstrategie, in der wir Handlungsfelder definiert haben und konsequent abarbeiten, und wir tun es damit, dass das neue Landesnaturschutzgesetz in Baden-Württemberg hier den notwendigen Rahmen gibt.

(Minister Alexander Bonde)

Mit diesem Gesetz erhält unser Land ein modernes Naturschutzgesetz. Meine sehr verehrten Damen und Herren, heute ist ein guter Tag für Mensch und Natur in Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Das Gesetz erhält bewährte landesrechtliche Standards. Gleichzeitig entwickelt es den Naturschutz landesspezifisch, zeitgemäß und bürgernah weiter.

Zum ersten Mal gesetzlich verankert werden das Moorschutzkonzept und die Stärkung der Landschaftserhaltungsverbände, die wir in den letzten vier Jahren als zentrales Element des kooperativen Naturschutzes ausgebaut haben. Statt bisher sechs haben wir nun 30 Landschaftserhaltungsverbände. Die Naturparkarbeit wird gestärkt, die Mitwirkungsrechte der anerkannten Naturschutzvereinigungen werden moderat und zeitgemäß ausgebaut, und wichtige Schutzniveaus für unsere Natur werden verankert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, einer der entscheidenden Punkte für uns ist: Gentechnisch veränderte Organismen sind nicht nur nicht gewollt von den Verbraucherinnen und Verbrauchern in unserem Land, sondern sie sind auch eine potenzielle Bedrohung der natürlichen Vielfalt und unserer Naturschutzgebiete. Deshalb ziehen wir mit diesem Gesetz einen 3-km-Schutzgürtel um unsere Naturschutzgebiete. Wir schützen hier die besonders schützenswerte Natur vor einem Eintrag durch den möglicherweise durch europäische Entscheidungen möglich werdenden Anbau gentechnisch veränderter Organismen. Mit dieser Entscheidung nutzen wir, das Land, unsere rechtlichen Möglichkeiten als Land voll aus. Zwei Drittel der Landesfläche werden damit vor dem Anbau von gentechnisch veränderten Organismen geschützt, meine sehr verehrten Damen und Herren. Auch das ist ein guter Tag für Mensch und Natur.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Das Gesetzgebungsverfahren dauert nun schon eine Weile. Dauer und Zeitpunkt der Beratung hier im Landtag waren Ergebnis von Entscheidungen des Präsidiums des Landtags von Baden-Württemberg, die von allen vier Fraktionen getroffen worden sind. Insofern mag jeder wägen, wie treffsicher er hier mit formalen Argumenten gegen dieses Gesetz unterwegs ist.

Ich glaube, entscheidend ist, dass in den Inhalten deutlich wurde, dass dieses Gesetz wichtig ist. Es ist klug abgewogen. Mit diesem Gesetz stärken wir den Naturschutz. Gleichzeitig bauen wir Bürokratie ab. Wir haben das Wünschenswerte mit dem Leistbaren verbunden.

Dieses Gesetz macht auch deutlich, dass wir eine zentrale Verknüpfung zwischen Ökologie und Ökonomie schaffen. Das ist ein Landesnaturschutzgesetz, das Hand in Hand mit erfolgreichem Wirtschaften geht. Das ist ein Landesnaturschutzgesetz, das nicht gegen die Wirtschaft gemacht wird, sondern die Wirtschaft mitnimmt. Deshalb freue ich mich, dass wir hier auch eine große Akzeptanz für dieses Gesetz und für die Naturschutzarbeit erreichen konnten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Gesetzentwurf ist ausgewogen und sinnvoll. Er trägt zum Ausgleich aller – oft auch gegensätzlicher – Interessen bei.

Deshalb bitte ich Sie: Setzen Sie hier ein gesellschaftliches Zeichen für die Modernisierung des Naturschutzrechts in Baden-Württemberg. Der Naturschutz war in dieser Legislaturperiode ein stark umstrittenes Feld. Sie, die Opposition, haben hier vielfach auch sehr ideologisch gegen Naturschutz argumentiert. Ich erinnere an den Streit um die Einrichtung des Nationalparks oder an den Streit um die notwendige Ökologisierung des Jagdrechts. Wenn wir hier jedoch in der Sache argumentieren und diskutieren wollen, müssen wir feststellen, dass sich dieses Gesetz nicht für ideologische Angriffe eignet, wie sie auch heute wieder gemacht wurden. Denken Sie darüber nach, was wirklich gut ist für dieses Land, für die Menschen und die Natur. Wir sind überzeugt: Dieses Gesetz ist wichtig.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Bullinger?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Sehr gern.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Minister, ich möchte noch einmal kurz auf das Thema Gentechnik zu sprechen kommen. Im Ausschuss haben wir dieses Thema, wie ich meine, sehr sachlich, fachlich und in den Aussagen weitgehend übereinstimmend behandelt. Die Frage lautet nun: Können Sie hier klar und deutlich bestätigen, dass Wissenschaft und Forschung nicht davon berührt sind?

Der zweite Punkt: Bei der Diskussion über die Schutzzone bei gentechnisch veränderten Pflanzen war früher die Rede von 200 m, dann von 500 m bzw. 300 m. Nun sind wir bei 3 000 m. Trifft es zu, dass diese 3 000 m tatsächlich reichen, oder gibt es nicht auch schon Befürchtungen, dass nicht mehr gewährleistet werden kann, dass nichts übertragen wird, wenn Bienen beispielsweise bei einer Hungersnot über diese 3 000 m hinaus fliegen müssen?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Sehr geehrter Herr Abgeordneter, meine Position ist bekannt. Ich bin für ein grundsätzliches Verbot des Anbaus gentechnisch veränderter Organismen, da ich der Auffassung bin, dass ein Anbau in natürlicher Lage immer das Risiko von Auskreuzungen und Ähnlichem birgt, und auch international in vielen Ländern der Welt die Erfahrung gemacht worden ist, dass eine Technologie nicht mehr rückholbar ist, wenn sie erst einmal in der Fläche vorhanden ist.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Nun liegt die Entscheidungskompetenz über die grundsätzliche Zulassung des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen aber nicht beim Land Baden-Württemberg, sondern auf der europäischen Ebene. Gleichwohl haben wir die Möglichkeit und die Verpflichtung, hier über im Interesse des Naturschutzes notwendige Vorkehrungen zum Schutz der besonders schützenswerten Natur, also unserer Naturschutzgebiete, Kernzonen, Biosphären, den Nationalpark und vieles mehr, zu ent-

(Minister Alexander Bonde)

scheiden. Deshalb wählen wir auch jetzt diesen Weg, hier über das Gesetz Schutz zu gewährleisten.

Seit Langem wird darüber diskutiert, was geeignete Schutzabstände sind. Andere Länder – sehr wenige haben bisher eine solche Regelung getroffen – sprechen sich für viel geringere Abstände aus. Wir haben hier einen rechtssicheren Abstand gesucht. Die 3 km beziehen sich tatsächlich auf die normale Flugdistanz, die eine Honigbiene zurücklegen kann. Gleichwohl muss hier immer auch eine Abwägung getroffen werden, um eine rechtssichere Position beziehen zu können. Wir halten uns hier mit den 3 km, die wir anhand der Flugdistanz der Bienen wissenschaftlich ableiten können, auf rechtlich sauberem Terrain auf.

Ich gebe Ihnen aber völlig recht: Eine völlige Sicherheit erhielten wir erst dann, wenn die dafür zuständige Ebene, nämlich die europäische Ebene, das umsetzte, was 80 % bis 90 % unserer Bevölkerung – je nachdem, welcher Umfrage Sie glauben – wünschen, nämlich sicherzustellen, dass überhaupt keine gentechnisch veränderten Organismen angebaut werden können. Das liegt aber nicht in unserer Entscheidungsfreiheit. Wir haben aber wohl die Entscheidungsfreiheit, hier über den Naturschutz zumindest große Teile unseres Landes gegen einen Anbau abzusichern. Das tun wir mit diesem Gesetz.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Forschung?)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Rapp.

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Bonde, wir haben das Gesetz nicht wegen des Einbringungsverfahrens kritisiert; da haben wir Sie kritisiert. Vielmehr haben wir, wie auch der Kollege Bullinger ausgeführt hat, dieses Gesetz deswegen kritisiert, weil es an manchen Stellen über das gute, das gesunde Maß hinausgeht und dem Naturschutz möglicherweise dadurch keinen guten Dienst erweist, also keinen Gefallen tut.

Herr Bonde, wir haben auch klargestellt, dass dieses Gesetz mit Blick auf die fachliche Seite des Naturschutzes von uns als gut bewertet wird. Dies trifft auch auf den Moorschutz, die LEVs, den Biotop- und Artenschutz zu.

Wir sind aber der Auffassung, dass Naturschutz aus Überzeugung erfolgen soll und nicht aus Zwang.

(Lachen der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Ein Gesetz – das haben Sie eigentlich auch gesagt – soll hierfür den Rahmen schaffen. Wir sagen: Es darf aber nicht ins Eigentum eingreifen, sondern sollte den Ausbau und die Förderung von Naturschutzarbeit, aber auch von Naturschutzprojekten viel stärker in den Mittelpunkt stellen. Das wäre der richtige Weg. Mit den Landschaftserhaltungsverbänden beschreiten Sie diesen Weg. Falsch daran ist jedoch der Zwang.

Wer den Naturschutz ernst nimmt, der darf ihn in einem Gesetz nicht als Verhinderungsgrund für vieles andere verankern, sondern der muss Naturschutz zur Normalität werden lassen.

Herr Bonde, Ihre Ausführungen in diesem Bereich und ihre Kritik an der CDU sind wieder der üblichen Rubrik entnom-

men und geschuldet: lieber einmal ein paar deftige Behauptungen als ein gutes Argument. Im Hinblick auf Ihre Ausführungen und Festlegungen bezüglich dieses Gesetzes, des Jagdgesetzes, des Baurechts, des Gewässerschutzes und des Umbruchverbots sowie weiterer Gesetzesvorhaben, aber auch Reformen muss man sagen: Auch dauerhaft schlechte Leistung ist eine Form von Verlässlichkeit.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Er widerspricht sich selbst!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 15/6886 (Ergänzte Fassung). Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, Drucksache 15/6959. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf mit Änderungen in Artikel 1 und Artikel 15 zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Gesetz des Landes Baden-Württemberg zum Schutz der Natur und zur Pflege der Landschaft (Naturschutzgesetz – NatSchG)

Artikel 1 besteht aus elf Teilen und insgesamt 71 Paragrafen sowie zwei Anlagen. Ich schlage Ihnen vor, zunächst über Teil 1 – Allgemeine Vorschriften – mit den §§ 1 bis 9 und Teil 2 – Landschaftsplanung – mit den §§ 10 bis 13 abzustimmen. – Sie sind damit einverstanden.

§ 1 bis § 13

Wer Teil 1 und Teil 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit mehrheitlich zugestimmt.

Es ist gewünscht worden, Teil 3 und Teil 4 jeweils separat zur Abstimmung zu stellen.

Wir kommen daher zur Abstimmung über Teil 3 – Allgemeiner Schutz von Natur und Landschaft – mit den §§ 14 bis 21 und der Anlage 1.

§ 14 bis § 21

Wer Teil 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit einstimmig zugestimmt.

Wir kommen zur Abstimmung über Teil 4 – Schutz bestimmter Teile von Natur und Landschaft – mit den §§ 22 bis 38 und der Anlage 2.

§ 22 bis § 38

Wer Teil 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Teil 4 mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Ich schlage vor, Teil 5 – Schutz der wild lebenden Tier- und Pflanzenarten – mit den §§ 39 bis 42 und Teil 6 – Erholung in Natur und Landschaft – mit den §§ 43 bis 48 gemeinsam zur Abstimmung zu stellen. – Sie sind damit einverstanden.

§ 39 bis § 48

Wer Teil 5 und Teil 6, letzterer in der Fassung von Abschnitt I der Beschlussempfehlung des Landwirtschaftsausschusses, Drucksache 15/6959, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit einstimmig zugestimmt.

Nun schlage ich Ihnen vor, Teil 7 – Anerkennung und Mitwirkung von Naturschutzvereinigungen – mit den §§ 49 bis 51 und Teil 8 – Vorkaufsrecht, Eigentumsbindung, Befreiungen – mit den §§ 52 bis 56 gemeinsam zur Abstimmung zu stellen. – Sie sind damit einverstanden.

§ 49 bis § 56

Wer Teil 7 und Teil 8 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist den Teilen 7 und 8 mehrheitlich zugestimmt.

Mir wurde mitgeteilt, dass auch die letzten drei Teile von Artikel 1, die Teile 9 bis 11, bei der Abstimmung zusammengefasst werden können. – Sie sind damit einverstanden.

Für die Teile 10 und 11 gebe ich vor der Abstimmung noch folgende Hinweise: In § 69 – Bußgeldvorschriften – Absatz 1 Nummer 1 fehlt bislang noch die Angabe des Tages vor dem Inkrafttreten der Neuregelung. In § 71 – Übergangs- und Durchführungsvorschriften – Absatz 3 ist bisher die Angabe des Tages vor dem Inkrafttreten des Naturschutzgesetzes offen geblieben. Ich bitte daher, dass Sie damit einverstanden sind, dass das Ausfertigungs- und Verkündungsorgan ermächtigt wird, die bislang fehlenden Daten vor der Verkündung des Gesetzes einzutragen. – Dem ist so.

Wir kommen nun also zur Abstimmung über Teil 9 – Organisation und Zuständigkeit – mit den §§ 57 bis 68, Teil 10 – Ordnungswidrigkeiten – mit den §§ 69 und 70 und Teil 11 – Übergangs- und Durchführungsvorschriften – mit § 71.

§ 57 bis § 71

Wer den Teilen 9 bis 11 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit einstimmig zugestimmt.

Sind Sie damit einverstanden, dass ich jetzt zur Abstimmung die Artikel 2 bis 14 zusammenfasse? – Das ist der Fall.

Artikel 2 bis Artikel 14

Wer den Artikeln 2 bis 14 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich ist den Artikeln 2 bis 14 zugestimmt worden.

Ich rufe auf

Artikel 15

Änderung des Nationalparkgesetzes

in der Fassung von Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Landwirtschaftsausschusses, Drucksache 15/6959. Wer zu-

stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig so zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 16

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Wer Artikel 16 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich ist Artikel 16 zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 17. Juni 2015 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Neuordnung des Rechts des Naturschutzes und der Landschaftspflege“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Gesetz mehrheitlich zugestimmt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Tagesordnungspunkt 3 ist erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der CDU – Verwaltungsstruktur in Baden-Württemberg – Drucksache 15/6730

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung erteile ich für die CDU-Fraktion Herrn Abg. Hollenbach.

Abg. Manfred Hollenbach CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Damen und Herren! Ein Gemeinwesen wie ein Staat kann nur dann funktionieren, wenn es über eine klar gegliederte Verwaltungsstruktur verfügt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Besonders anspruchsvoll sind die Anforderungen an eine Verwaltung in einem Bundesstaat, wie wir ihn haben, einem dezentralisierten Staat, der, wie es im Grundgesetz steht, demokratisch und sozial organisiert ist. Noch wichtiger ist, zu bedenken, dass wir in unserem Land nicht nur die staatlichen Verwaltungsebenen haben, sondern eine ausgeprägte und starke kommunale Selbstverwaltung. Das Zusammenspiel dieser verschiedenen Ebenen ist wichtigste Voraussetzung für ein gut funktionierendes Staatswesen.

Ich denke, trotz mancher Kritik, die an Verwaltungstätigkeiten geübt wird, sind wir in Baden-Württemberg bestens auf-

(Manfred Hollenbach)

gestellt. Unsere Verwaltung funktioniert, unsere Verwaltung ist leistungsfähig, und sie ermöglicht ein gutes Zusammenleben zwischen privater und öffentlicher Gesellschaft. Einer der Gründe, weshalb dies so ist, ist darin zu suchen, dass wir seit Jahren und Jahrzehnten ständig die Verwaltungsstrukturen an die entsprechenden Bedürfnisse angepasst haben. Ich darf nur einmal an die große Verwaltungs- und Gebietsreform der Jahre 1970 bis 1975 oder an die Verwaltungsreformen 1994 und 2004 erinnern.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Herr Präsident!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine Zwischenfrage von einem Abgeordneten der eigenen Fraktion? – Also bitte.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Eine Kurzintervention!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine Kurzintervention?

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

– Ja, natürlich. Ich frage ja erst.

Herr Kollege Hollenbach, sind Sie damit einverstanden?

Abg. Manfred Hollenbach CDU: Ja, natürlich.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Wenn der Redner zustimmt. Herr Kollege Hollenbach, Sie haben –

Abg. Manfred Hollenbach CDU: Ich habe zugestimmt.

Abg. Thomas Blenke CDU: Danke, Herr Kollege Hollenbach. – Meine Frage ist nur: Der Herr Innenminister hat zu Beginn dieses Tagesordnungspunkts den Saal verlassen. Ich denke, er sollte anwesend sein. Das ist eine ureigenste Ressortangelegenheit des Innenministers.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Der Herr Innenminister hat mir gerade mitgeteilt, dass die Regierung keinen Redebeitrag zu diesem Thema abgeben wird.

(Zurufe, u. a. Abg. Claus Schmiedel SPD: Kurzintervention!)

Herr Kollege Hollenbach, wollen Sie eine Kurzintervention des Herrn Abg. Schmiedel zulassen? – Bitte.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Bei der Debatte über den vorliegenden Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen, handelt es sich um eine Selbstbefassung,

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

ohne einen Antrag an die Regierung zu stellen, zu dem die Regierung dann auch hier im Parlament natürlich Stellung nähme. Also ist es eine reine Parlamentsdebatte, die wir heute im Wege der Selbstbefassung führen.

(Unruhe)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Kollege Hollenbach.

Abg. Manfred Hollenbach CDU: Wir wollen uns hier nicht in Formalien verlieren, meine Damen und Herren. Denn wer sich nur mit Formalien befasst, führt auch eine Verwaltung schlecht.

(Beifall bei der CDU)

Ich halte es natürlich schon für etwas bemerkenswert, wenn in einer so wichtigen Frage, bei der es um Verwaltungsstrukturen in diesem Land geht, der zuständige Innenminister nicht anwesend ist. Das ist eine Missachtung dieses Parlaments.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Aber wir sind dankbar, dass wir trotz solcher Verhaltensweisen von Regierungsmitgliedern eine gut funktionierende Verwaltung haben. Das haben wir gut ausgebildeten und verlässlichen Beamtinnen und Beamten sowie sonstigen Beschäftigten zu verdanken. Weil dies so ist, funktioniert unser Ländle ja auch.

Ich denke, das hat viele Gründe, nämlich die laufende Anpassung der Bedürfnisse, aber auch die Tatsache, dass wir dezentral organisiert sind, weil die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltungen ortsnahe tätig und ortskundig sind, Bürgernähe praktizieren können und weil die Strukturen stimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Trotz dieser positiven Aussage hören wir immer wieder Diskussionsbeiträge, man müsse etwas verändern. Dies führt zu Irritationen und schadet auch der Verlässlichkeit. So hat z. B. die SPD vor einigen Jahren beschlossen, man wolle die 35 Landkreise und die Regierungspräsidien auflösen und dafür zirka acht Regionalkreise einrichten.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Zwar hat sie das noch in ihrem Regierungsprogramm vor der Wahl 2011 niedergeschrieben, aber im Koalitionsvertrag wurde dazu wenig oder nichts gesagt. Gestrichen aber sind diese Überlegungen zumindest offiziell und formal nicht. Bei einer Versammlung des Landkreistags im Jahr 2012 wurde vom damaligen Präsidenten des Landkreistags ganz konkret diese Frage aufgeworfen. Ministerpräsident Kretschmann – einige der hier Anwesenden konnten dies miterleben – hat dann sehr vage gesagt, in dieser Legislaturperiode sei nicht daran gedacht, und in einem Halbsatz angefügt, aber danach könne sich ja einiges ändern.

Konkreter wurde dann der Innenminister. Er könnte es ja hören, aber ich kann ihn wörtlich zitieren. Wir, die CDU-Fraktion, haben im Jahr 2012 einen Antrag gestellt. In der Stellungnahme dazu schreibt der Innenminister – ich zitiere –:

Es sei vernünftig, ein so umfassendes Vorhaben

– nämlich die Auflösung dieser Verwaltungsebene vorzunehmen –

mit der erforderlichen Regierungserfahrung allenfalls in einer zweiten Legislaturperiode anzugehen.

Die Wählerinnen und Wähler werden es sicher verhindern, dass diese zweite Legislaturperiode kommt, und somit dafür

(Manfred Hollenbach)

sorgen, dass das Thema Regionalkreise tatsächlich ad acta gelegt werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP – Abg. Walter Heiler SPD: Der Applaus war
aber sehr bescheiden!)

– Er kommt dann im Frühjahr stärker.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und Abgeordneten
der FDP/DVP – Abg. Jutta Schiller CDU: Sehr
gut!)

So weit, so gut. Die SPD hat in der Zwischenzeit aber – das ist das Positive an diesem Tagesordnungspunkt – aus der Verwaltungs- und Regierungserfahrung wohl die Erkenntnis gewonnen, dass man auf die Regionalkreise doch verzichten kann. So stand kürzlich – das war im März – in einer Pressemitteilung:

Nun legte SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel im Gespräch mit dem Deutschlandradio das Konzept

– nämlich Regionalkreise –

endgültig beiseite.

Gratulation, Herr Schmiedel, dass Sie zu dieser Erkenntnis gekommen sind!

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Da wir aber nicht immer sicher sein können, dass Pressemitteilungen der Realität und der Wahrheit entsprechen, haben wir jetzt den Antrag gestellt, hier im Parlament klar und deutlich zu sagen: Wie steht es denn nun mit den Überlegungen, das Konzept der Regionalkreise ad acta zu legen?

Zu unserem Antrag wurde nun heute Morgen ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE vorgelegt, der im Prinzip unsere Aussage wiederholt, aber die Sache auch etwas diffus gestaltet. Danach soll der Landtag nämlich feststellen, dass sich die Verwaltungsstruktur des Landes im Grundsatz bewährt hat. Es sei aber auch erforderlich, die staatlichen Strukturen immer wieder einmal zu überprüfen. Man betont: die staatlichen Strukturen. Der letzte Satz in diesem Änderungsantrag von Grünen und SPD schließlich lautet:

Eine Veränderung des derzeitigen dreistufigen Verwaltungsaufbaus steht dabei nicht an.

Natürlich: Der Aufbau der staatlichen Verwaltung ist dreistufig. Die kommunale Seite lässt man außen vor.

Wir haben deshalb jetzt noch einen Änderungsantrag zu dem Änderungsantrag von Grünen und SPD gestellt, der genau den Satz enthält, mit dem Herr Fraktionsvorsitzender Schmiedel zitiert wird. Er sagte nämlich: „Die Zukunft liegt nicht in Regionalkreisen.“ Wir sind der Meinung, dass der Änderungsantrag von Grünen und SPD um diesen Satz ergänzt werden muss, und beantragen dies mit unserem Änderungsantrag.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Wir bitten darum, dass darüber zuerst abgestimmt wird. Dann können wir, Herr Schmiedel und meine Damen und Herren von den Grünen, eine gemeinsame Erklärung abgeben, dass wir mit unserer Verwaltung zufrieden sind. Wir werden damit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein Kompliment aussprechen und haben alle Planungssicherheit.

Ich bitte deshalb, zunächst unseren Änderungsantrag zur Abstimmung zu bringen, und bitte Sie alle, diesem Änderungsantrag zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Sckerl das Wort.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir brauchen diese heutige Debatte nicht. Wir brauchen sie nicht. Es gibt auch keinerlei Notwendigkeit für einen CDU-Antrag. Wir müssen uns hier nicht rechtfertigen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Deshalb habt ihr auch
einen Änderungsantrag gestellt!)

Wir wissen, dass sich die aktuelle dreigliedrige Verwaltungsstruktur in Baden-Württemberg bewährt hat. Wir arbeiten erfolgreich mit ihr. Deswegen ist diese Debatte kropfunntötig.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Thomas Blenke CDU: Sie ist Ihnen unangenehm! Das ist es!)

– Sie ist uns auch nicht unangenehm. Warum sollte sie uns unangenehm sein?

(Abg. Thomas Blenke CDU: Unangenehme Debatten wollen Sie nicht!)

Wir haben überhaupt kein Problem, Herr Kollege Blenke. Sie bemühen aber Unterstellungen und Legendenbildungen, die mit der Regierungstätigkeit nichts zu tun haben.

Die Regierungsfractionen haben mehrfach erklärt, dass sie zur aktuellen Verwaltungsstruktur stehen. Schauen Sie in den Koalitionsvertrag. Kollege Hollenbach musste ja sagen: „Dazu steht im Koalitionsvertrag nichts drin.“ Darin stehen ganz andere Dinge.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das stimmt, ja!)

Diesen hat die Regierung entsprochen. Sie hat nämlich eine kritische Überprüfung der Aufgaben der staatlichen Ebenen und der Entwicklung der Aufgaben durchgeführt, und zwar – eine ganz wichtige Festlegung – in enger Abstimmung mit den Beschäftigten. Dabei sollen, wenn notwendig, Korrekturen innerhalb der bestehenden Verwaltungsstruktur vorgenommen werden, sollen Zuständigkeiten angepasst werden usw.

Das war der Prozess der letzten vier Jahre. Dazu gab es auch Empfehlungen des Rechnungshofs, die wir berücksichtigt haben.

Wir haben dabei ein klares Ziel: die Verwaltung – so grundlegend aufgestellt wie jetzt – noch transparenter, effektiver

(Hans-Ulrich Sckerl)

und bürgernäher zu gestalten. Das haben wir uns vorgenommen. Auf diesem Weg sind wir – ich behaupte einmal, mit Erfolg.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Die Verwaltung ist ein Stück effektiver, wobei dabei die Bemühungen sicherlich niemals zu Ende sein dürfen. Es muss immer ein stetiges Bestreben sein, die Verwaltung noch effektiver und besser zu machen.

Aber sie ist in Baden-Württemberg auch deutlich transparenter und bürgernäher als jemals zuvor, behaupte ich. Die Politik des Gehörtwerdens, meine Damen und Herren, und der Beteiligung auch der Beschäftigten ist mittlerweile ein Markenzeichen öffentlicher Verwaltung in Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Dieser Prozess der Überprüfung und Anpassung verläuft auch völlig anders als zu Ihrer Regierungszeit.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Ihre Reform 2005 und Ihre anschließende Evaluation waren gegenüber den Beteiligungsprozessen, die wir durchführen, doch wahre Geheimveranstaltungen.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Mitwirkung? Fehlanzeige. Externer Sachverstand? Fehlanzeige. Kritische Bewertungen und Analysen? Fehlanzeige bzw. unerwünscht.

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Wir haben uns selbstverständlich auch mit den Folgen Ihrer Verwaltungsreform beschäftigt, beschäftigen müssen. Denn es war nun wirklich nicht alles Gold, was glänzt – in allen Bereichen. Es gab genügend Themen, bei denen nachjustiert wurde, nachjustiert werden musste. Ich erinnere an die Aufgabenübertragung für die Wartung der Bundes- und Landesstraßen –

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr richtig!)

mit einem hohen zweistelligen Defizit für die Landkreise. Ich erinnere an die strukturellen Probleme der Lebensmittelüberwachung, die Ihre Reform nicht gelöst hat; wir mussten auch im Bereich der Stellen der Lebensmittelkontrolleure gewaltig nachbessern. Ich erinnere auch an die Probleme in der Vermessungsverwaltung, in der durch die Privatisierung Einnahmen weggebrochen sind. Ich könnte eine ganze Reihe weiterer Probleme Ihrer Verwaltungsreform benennen, die wir jetzt korrigieren mussten.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sie können auch noch etwas zum Thema sagen!)

Für die Zukunft – um da Klarheit zu schaffen, meine Damen und Herren – gilt natürlich Folgendes: An eine Verwaltungsreform, deren Notwendigkeit wir definitiv nicht sehen und die wir auch definitiv nicht anstreben, müssten hohe Maßstäbe angelegt werden.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Aha!)

Sie ließe sich z. B. nur rechtfertigen, wenn eine Verwaltung unter allen denkbaren Gesichtspunkten der alten Struktur überlegen ist – in jeder Beziehung. Das wäre ein ganz wesentliches Kriterium. Eine Veränderung müsste zudem auch den Landeshaushalt sehr nachhaltig entlasten.

Wir sind definitiv nicht in dieser Situation. Deswegen gibt es auch keine Umbaupläne im Keller – weder bei uns noch bei den Kolleginnen und Kollegen von der SPD. Das, was Sie vermuten, ist also tatsächlich substanz- und gegenstandslos.

Aber, meine Damen und Herren, wir sollten uns darauf verständigen: Die Alternative zum Erhalt der Ergebnisse der bewährten Verwaltungsstrukturen heißt jetzt auch nicht, eine Käseglocke darüberzustülpen und gar nichts zu tun, sondern heißt, selbstverständlich behutsam und angepasst an die modernen Entwicklungen, bestehende Verwaltungsstrukturen weiterzuentwickeln und auch offen zu sein für Wünsche und Forderungen.

Nehmen wir doch einmal das Thema Reutlingen und den vielleicht kommenden Antrag einer Auskreisung. Mit diesem wird sich eine Landesregierung entlang der Verfassung seriös auseinandersetzen müssen.

So ist es denkbar und vorstellbar, dass z. B. auch in der nächsten Legislaturperiode ähnliche Begehren an uns herangetragen werden. Dafür müssen wir offen sein und kreativ damit umgehen und die Verwaltung verbessern.

Aber die von Ihnen vermutete Verwaltungsstrukturenreform findet definitiv nicht statt. Deswegen ist unser Änderungsantrag die richtige Antwort.

Sie scheinen sich ja quasi schon damit abgefunden zu haben, dass wir auch in der nächsten Legislaturperiode regieren. Denn nur dies erklärt auch Ihre Kleinlichkeit bei der Stellung Ihres Antrags und der Nachreichung eines Änderungsantrags zu unserem Änderungsantrag.

(Abg. Walter Heiler SPD: Genau!)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Schmiedel das Wort.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Zunächst einmal zeigt der Antrag, den Sie heute vorgelegt haben, dass der Opposition nicht wirklich etwas einfällt.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Denn wenn man das Ganze übersetzt, heißt das: „Alles ist gut, und es soll so bleiben.“ Das ist ein merkwürdiges Verständnis von Oppositionsarbeit.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Was wollen Sie denn ändern? – Abg. Thomas Blenke CDU: Wir haben Sie nur zitiert!)

(Claus Schmiedel)

Was steht im Mittelpunkt staatlichen Handelns? Im Mittelpunkt staatlichen Handelns steht eine gute Aufgabenerledigung, nicht die Struktur als Selbstzweck, sondern eine gute Aufgabenerledigung. Deshalb ist es wichtig – bei allen bewährten Strukturen verändern sich die Aufgaben –: Man muss ab und zu überprüfen, ob die Strukturen noch stimmen.

(Zuruf von der SPD: Nachdenken!)

Das hat man in den Siebzigerjahren mit der großen Gemeinde- und Kreisreform gemacht und die Strukturen den gewachsenen Aufgaben der Kommunen angepasst. Das hat Erwin Teufel 2004/2005 mit der Eingliederung der Sonderbehörden in die Regierungspräsidien und in die Landkreise getan.

(Zuruf von der CDU)

Da kann man sich auch vergaloppieren. Das haben Sie damals getan und große Unsicherheit bei der Polizei verbreitet. Im Gesetzgebungsverfahren haben Sie es dann noch einmal korrigiert und die Polizei nicht in die Landkreise eingegliedert, weil Sie gemerkt haben, dass das ein großer Fehler gewesen wäre. Die Schulämter haben Sie eingegliedert – und sie nach kurzer Zeit wieder ausgegliedert. Verlässlichkeit, Herr Kollege Hollenbach, sieht also anders aus. Weil wir an einer guten Aufgabenerledigung interessiert sind, stellen wir natürlich staatliche Verwaltungsstrukturen auf den Prüfstand.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Jetzt muss man doch zugeben, dass die Polizei in der alten Struktur nicht in der Lage gewesen ist, der Cyberkriminalität und der Bedrohung durch islamistischen Terror zu begegnen. Das gilt auch für die Aufklärung bei Wohnungseinbrüchen. Erst durch die Polizeistrukturenreform ist die Polizei in dieser Aufgabenerledigung massiv gestärkt worden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Lachen bei der CDU – Zuruf des Abg. Volker
Schebesta CDU – Weitere Zurufe von der CDU)

Sie haben den Denkmalschutz in die Regierungspräsidien eingegliedert. Doch was haben wir festgestellt? Nicht jedes Regierungspräsidium ist gleichermaßen in der Lage, zu jedem Thema, jedem Zeitalter, jeder thematischen Fragestellung den erforderlichen Sachverstand zu liefern. Deshalb haben wir ein Vor-Ort-Präsidium geschaffen, in dem Kompetenzen gebündelt werden, die dann im ganzen Land zur Verfügung stehen. Das sind notwendige Änderungen.

Wir haben übrigens etwas angepackt, was Sie liegen gelassen haben, obwohl es jedes Jahr einen dicken zweistelligen Millionenbetrag kostet. Sie haben es nicht geschafft, die IT-Struktur des Landes zu bündeln, weil sich das Finanzministerium mit dem Innenministerium nie einigen konnte. Wir haben das auf den Weg gebracht und hier verabschiedet. Wir werden einen hohen zweistelligen Millionenbetrag sparen, ohne dass die Bürger etwas merken, und die IT-Struktur wird sich gleichzeitig verbessern.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Volker Schebesta CDU: Was ist denn jetzt mit
den Regionalkreisen?)

Sie beziehen Ihren Antrag auf eine Äußerung von mir. Nachdem ich gefragt wurde: „Wie sieht es eigentlich aus?“, habe ich Folgendes gesagt: Wir haben ein Problem

(Abg. Volker Schebesta CDU: Bestimmt!)

mit unterschiedlich starken Kreisen und unterschiedlich starken Gemeinden. Die Lösung im heutigen Zeitalter liegt aber nicht mehr in einer schlichten Zusammenlegung, sondern sie liegt in einer besseren Zusammenarbeit.

Das Gesetz über kommunale Zusammenarbeit stammt aus dem Jahr 1974 und ist im Kern noch in diesem Zeitalter verhaftet. Deshalb werden wir das Thema „Unterschiedliche Leistungsstärken und daher unterschiedlich starke Aufgabenerfüllung“ dadurch lösen, dass wir die kommunale Zusammenarbeit stärken. Dazu hat die Regierung einen Gesetzentwurf verabschiedet, der derzeit in der Anhörung ist und ermöglichen soll, beispielsweise selbstständige Kommunalanstalten zu schaffen, auf deren Grundlage die Kommunen viel besser als im Zweckverband zusammenarbeiten können, sodass unterschiedliche Größen nicht mehr unterschiedliche Aufgabenerfüllungen mit sich bringen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Und dann brauchen wir keine Regionalkreise mehr!)

Das ist neben der Modernisierung einzelner Themen der eigentliche Kern. Was ich gesagt habe, gilt. Wo kommen wir denn hin, wenn wir das, was Herr Wolf irgendwo draußen sagt, hier im Parlament beschließen? Ein Mann, ein Wort; das gilt.

(Zurufe von der CDU)

Aber über jedes Stöckle springen wir nicht. Wir lassen es schon gar nicht zu, dass Sie nachher draußen herumrennen und sagen: Sie haben die Sozialdemokraten gezwungen, im Parlament von ihrer Konzeption abzurücken.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU – Lachen des
Abg. Guido Wolf CDU)

Wir haben eine klare Konzeption: die, die ich gerade beschrieben habe und die wir gesetzgeberisch auf den Weg bringen. Da können Sie dann zustimmen und zeigen, dass Sie die guten Vorschläge der Regierung zur besseren Aufgabenerledigung in Baden-Württemberg unterstützen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Professor Dr. Goll das Wort.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die baden-württembergische Verwaltung ist eine gute Verwaltung. Das brauchen wir nicht nacheinander zu betonen, weil wir Länderpatrioten sind, sondern es gab bekanntlich mehrere Untersuchungen, die der baden-württembergischen Verwaltung hohe Qualität bescheinigen, zuletzt sogar die höchste Qualität im Bundesvergleich überhaupt. Die Verwaltung kann natürlich nichts dafür, dass alles immer komplizierter wird und wir heute den kuriosen Zustand

(Dr. Ulrich Goll)

haben, dass „Dienst nach Vorschrift“ eine Streikform ist. Darauf weise ich immer hin.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Es gibt so viele Vorschriften, die die Verwaltung umzusetzen hat, Vorschriften, die sie nicht macht, aber umzusetzen hat und im Schnitt in einer sehr guten Weise umsetzt. Das verdient, betont zu werden.

Genauso stellen wir fest: Leider findet die baden-württembergische Verwaltung, jedenfalls was die Landeszuständigkeit angeht, nicht die Wertschätzung, die ihr für ihre gute Arbeit zustehen würde, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Denn hier diskutieren wir natürlich über Themen wie „Absenkung der Eingangsbesoldung“ und „Übertragung von Tarifabschlüssen“. Wir werden uns hüten, der Beamtenschaft die Wünsche von den Augen ablesen zu wollen. Das kann es nicht sein. Aber auf der anderen Seite stellen wir nüchtern fest, dass die Beamtenschaft im Land in einer nicht nachvollziehbaren Weise schlecht behandelt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Zu einer guten Verwaltung gehört sicher auch die Frage der Motivation, der Vergütung. Wenn Sie sich in der Verwaltung umhören, merken Sie: Gerade das Thema „Absenkung der Eingangsbesoldung“ hat es in sich. Das wird in diesen Tagen, Wochen und Monaten zu einem Qualitätsthema in der Verwaltung, ob man gute Leute bekommt oder nicht. Dazu gehören Bezahlung, Motivation und natürlich die richtige Struktur, um die es heute in dieser Debatte geht.

Es macht keinen Sinn, zur richtigen Struktur ein verwaltungswissenschaftliches Seminar zu veranstalten. Die Sache hat im Land ihre Vorgeschichte und ihre Geschichte. Es sind schon große Reformen genannt worden. Ich erwähne die aus meiner Sicht wichtigsten:

Erst gab es die große Gemeinde- und Kreisreform der Siebzigerjahre mit, aufs Ganze gesehen, ordentlichen Ergebnissen.

Dann kam die Reform von Erwin Teufel. Diese hat er sehr intensiv mit sich selbst und vermutlich auch mit einigen befreundeten Landräten abgestimmt. Da würde ich akzeptieren, wenn einer sagt: Da hätte man über Alternativen diskutieren können. Aber es gab auch keine zwingenden Alternativen, sondern einen sehr guten Vorschlag, und damals sind die Weichen gestellt worden. Der Zug ist damals mit dieser Reform in eine bestimmte Richtung – Stärkung der Landräte – abgefahren.

Dann kam die Reform mit der Bildung der Region Stuttgart. Auch da haben wir in der Folge gesehen – wenn man das als dritte große Reform bezeichnen will –, dass eine Übertragung auf andere Landesteile eigentlich nirgendwo auf große Liebe gestoßen ist, sodass die Region Stuttgart ein Solitär geblieben ist – sinnvoll in diesem Ballungsraum, aber nicht wirklich übertragbar auf andere Räume.

So haben wir gerade auch durch diese Reformen insgesamt eine ordentliche Struktur erreicht. Sie haben recht, das Bes-

sere ist immer der Feind des Guten. Deshalb finde ich den Änderungsantrag von Grün und Rot gar nicht so schlecht formuliert,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Der ist gut, nicht?)

wenn man daran erinnert, dass man natürlich immer über sinnvolle Reformen nachdenken muss. Das muss jeder; das wollen wir auch. Aber wenn ich den Antrag so lese, bin ich mir nicht ganz sicher – an die Kolleginnen und Kollegen von Grün und Rot gerichtet –, ob sie nicht doch bloß die Schotten für den Landtagswahlkampf dichtmachen

(Abg. Guido Wolf CDU: So ist es!)

und ob das nicht nur ein taktisch bestimmtes Verhalten ist. Denn immerhin haben Sie, lieber Herr Schmiedel, die große Reform, die uns ins Auge springt, vorher gelobt. Wenn diese Reform die Polizei nach Ihren Worten – Sie haben die Verbindung hergestellt – in die Lage versetzt, bei Wohnungseinbrüchen besonders gut zu ermitteln, frage ich mich schon, warum ich heute in der „Waiblinger Kreiszeitung“ wieder lese, dass wir bei nicht aufgeklärten Wohnungseinbrüchen einen Rekordstand haben. – Aber wohlgemerkt, Sie haben die Verbindung hergestellt.

(Zuruf des Abg. Hans-Martin Haller SPD)

Wenn Sie die Reform an diesem Ergebnis messen wollen, hat sie ein vernichtendes Urteil verdient.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Vor allem müssen Sie unser Misstrauen schon verstehen; denn wenn Sie handeln, wenn Sie eine Reform machen, geht sie genau in Richtung Regionalkreise und nicht in irgendeine andere Richtung. Dann geht sie in Richtung großer Einheiten. Bekanntlich soll man die Leute an ihren Taten und nicht an ihren Worten messen. Deswegen trauen wir der Geschichte nicht so ganz.

Ich halte fest: Wenn wir wissen wollen, was diese Regierung wirklich will, dann würden wir es wahrscheinlich nur erfahren, wenn sie die Gelegenheit bekäme, auch nächstes Jahr noch weiter zu regieren. Das, meine Damen und Herren, ist ein guter Grund – neben vielen anderen Gründen –, es nicht dazu kommen zu lassen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags. Zu dem Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6730, liegt der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD, Drucksache 15/7032, vor. Zu diesem Änderungsantrag hat die Fraktion der CDU den Änderungsantrag Drucksache 15/7034 gestellt, der Ihnen vor Kurzem auf den Tischen verteilt wurde.

Ich stelle zuerst den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/7034, der zu dem Änderungsantrag der Regie-

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

rungsfractionen gestellt wurde, zur Abstimmung. Dieser Änderungsantrag ergänzt den Änderungsantrag der Regierungsfractionen um einen Satz. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/7034, zum Änderungsantrag der Regierungsfractionen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

(Zurufe von der CDU – Unruhe)

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD, Drucksache 15/7032, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? –

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Zuruf von der CDU: Sonst hätten wir zugestimmt!)

Wer enthält sich? – Damit ist dem Änderungsantrag der Regierungsfractionen mehrheitlich zugestimmt.

Die Abstimmung über den ursprünglichen Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6730, hat sich erledigt.

Damit ist auch Tagesordnungspunkt 4 erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur – Menschen- und umweltgerechter Ausbau der Rheintalbahn – Großprojekt bis 2030 realisieren – Drucksache 15/6723 (Berichtigte Fassung)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Wolf.

(Zurufe: Ui!)

Abg. Guido Wolf CDU: Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Baden-Württemberg ist der wirtschaftliche Motor in Europa, und Wirtschaft braucht – das haben wir heute auch schon im Rahmen einer Aktuellen Debatte diskutiert – Logistik, sie braucht Verkehrsinfrastruktur. Es ist Aufgabe der Politik, auch optimale Rahmenbedingungen für diese wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen.

Auch wenn wir in diesem Hohen Haus in der Ausgestaltung der Rahmenbedingungen nicht immer einer Meinung sind, freue ich mich umso mehr, dass es gelungen ist, diesen gemeinsamen Antrag mit allen Fraktionen auf den Weg zu bringen.

Der Ausbau der Rheintalbahn ist – neben einem anderen Projekt hier ganz in der Nähe – wohl das wichtigste Schienenprojekt für Baden-Württemberg, Deutschland und Europa. Wir, die CDU, die wir immer für Stuttgart 21 waren, haben auch immer hinzugefügt, das eine zu tun, ohne das andere zu lassen. Das war von Anfang an das Bekenntnis auch zur Rheintalbahn.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Timm Kern
FDP/DVP)

Bei aller Euphorie für diesen wichtigen Schritt hatten wir jedoch immer auch die Menschen im Blick, die vor Ort betroffen sind. Denn gerade Stuttgart 21 hat uns gelehrt, natürlich immer auch die Akzeptanz der Menschen im Auge zu behalten, nicht an den Menschen vorbeizuplanen, ihre Sorgen mit einzubeziehen.

(Zurufe von den Grünen und der SPD)

Dieser Ausbau kann nur gelingen, wenn wir die Sorgen der Menschen ernst nehmen und den Ausbau so schonend wie möglich gestalten. Dass das nicht geschehen kann, ohne seitens des Landes Baden-Württemberg zusätzliches Geld in die Hand zu nehmen, war immer klar. Ich bin froh, dass die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen von SPD und Grünen in dieser Frage unsere Position zur hälftigen Kostenübernahme inzwischen teilen.

(Lachen bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist ja lächerlich!)

Minister Hermann hat davor lange den Standpunkt eingenommen, kein zusätzliches Geld für den Lärmschutz und eine optimierte Trassenführung zu geben. Noch vor der letzten Landtagswahl haben die Grünen die Unterstützung der Interessen der dortigen Region aktiv bekämpft. Der damalige Fraktionsvorsitzende Kretschmann wollte die Mitfinanzierung von S 21 verhindern und hat dafür die Rheintalbahn in Geiselhaft genommen und eine Mitfinanzierung strikt abgelehnt. Auch das gehört zur Wahrheit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von den Grünen)

Wir wollen Mitfinanzierung, um Menschenschutz zu betreiben, um der Zerschneidung der Gemeinden entgegenzuwirken. Beim Tunnel Offenburg ist die Antragstrasse nicht genehmigungsfähig; deshalb geht es hier auch nicht um eine Beteiligung des Landes. Das war schon ein Erfolg, den die CDU so beim Bund durchgesetzt hat.

(Lachen bei den Grünen und der SPD – Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Da schmückt sich jemand mit fremden Federn!)

Auch beim jetzt vorliegenden Antrag kam es durch unsere Initiative zu weiteren Gesprächen und vor allem zu einer nochmaligen Betrachtung der Planung.

Die CDU-geführte Landesregierung hat seinerzeit die sechs Kernforderungen der Region und der Bürgerinitiativen mitgetragen, und daran orientieren wir uns weiterhin. Schon deshalb ist es richtig, die Lärmbelastungen auf ein Minimum zu reduzieren. Dass Schienen durch die Ortslagen führen, macht beim Personenverkehr noch Sinn, beim Güterverkehr nicht. Der Tunnel in Offenburg muss kommen.

Was die autobahnparallele Trasse von Offenburg nach Riegel angeht, sind wir in gleicher Weise der Meinung, dass das der richtige Weg ist. Aber bei der Umsetzung müssen auch die Kommunen der Kappel-Grafenhausener Erklärung, also die Kommunen entlang der Autobahn, mitgenommen werden. Dass die Bündelung an der Autobahn nicht zu einer enormen Belastung für die Anliegerkommunen werden darf, liegt auf der Hand. Wenn Sie, Herr Minister, jetzt die Kommunen beim

(Guido Wolf)

Schallschutz zur Kasse bitten, dann ist das eine völlig neue Dimension. Das ist eine Ungleichbehandlung. Wir sagen klar: Was für diese Kernforderungen gilt, muss auch für die Abschnitte dazwischen gelten. Es darf keine zwei Klassen beim Lärmschutz geben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deshalb hat die CDU die von den Bürgerinitiativen und der Region entwickelte beste Lösung mit zusätzlichen Tiefanlagen in Müllheim und Auggen unterstützt. Die Kosten sind hoch. Aber wenn Sie, Herr Minister, diese Maßnahme jetzt in der Presse als unverhältnismäßig brandmarken, müssen Sie das erklären und die Fragen der Menschen vor Ort beantworten.

Meine Damen und Herren, die nächsten Entscheidungen zu den Abschnitten in Offenburg, Kenzingen und Herbolzheim sowie Müllheim/Auggen stehen jetzt an, und die Berechnungen liegen vor. Der Projektbeirat tagt am 26. Juni. Die Position des Landes muss vor der Projektbeiratssitzung klar sein. Sie, Herr Minister, müssen offene Fragen der Menschen und ihre Sorgen im Hinblick auf Lärm beantworten. Sie müssen sagen, was Sie mittragen und was nicht. Die Menschen vor Ort müssen darauf vertrauen können, dass die Politik in Bund und Land für sie eine gute Lösung findet

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Das ist eine politische Entscheidung des Parlaments!)

– auch für Sie, Frau Mielich, eine gute Lösung findet. So hoffe ich, dass wir mit der heutigen Debatte und unserem Antrag den Menschen im Rheintal geschlossen eine klare Botschaft aussenden können: Wir lassen euch nicht im Regen stehen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke und Dr. Ulrich Goll FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Schwarz.

(Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Jetzt wird es besser! – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene ist ein zentrales Anliegen unserer Koalition. Deswegen ist gerade der menschen- und umweltfreundliche viergleisige Ausbau der Rheintalbahn in Baden-Württemberg ganz wichtig und von großer Bedeutung.

335 Güterzüge werden pro Tag dort unterwegs sein; das sind 14 Güterzüge pro Stunde bzw., wenn Sie das umrechnen, alle vier Minuten ein Güterzug, der dort verkehrt. Wir unterstützen das, aber dafür ist es notwendig, dass es optimalen Lärmschutz und eine optimale Trassenführung gibt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir müssen auch noch einmal eines ganz klar zur Aufgabenteilung sagen: Es ist Aufgabe des Bundes und der Deutschen Bahn AG,

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Genau!)

Schienenwege zu planen, zu finanzieren, auszubauen und zu betreiben. Die Deutsche Bahn AG bekommt nämlich auch Geld dafür, dass sie das macht. Deswegen müssen wir diese klare Aufgabenzuordnung hier erst einmal festhalten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Guido Wolf CDU)

Deswegen, Herr Wolf, sind wir uns innerhalb der vier Fraktionen einig – Sie werden dem ja nachher zustimmen –, dass der Bund die Mittel für den menschen- und umweltfreundlichen Ausbau der Rheintalbahn zügig bereitstellen muss und dass wir Bund und Deutsche Bahn AG auffordern, zügig in die Planung zu gehen. Da wünsche ich mir, dass Sie Ihre Kontakte zum Bundesverkehrsminister und zum Bundesfinanzminister nutzen,

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Genau!)

damit es jetzt zügig weitergeht und es keinen weiteren in Berlin ausgelösten Stopp beim Ausbau der Rheintalbahn gibt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und des Staatssekretärs Peter Hofelich)

Es ist doch ein Armutszeugnis, dass die Bundesregierung sagt, sie könne das Jahr 2030 nicht halten, und das noch den Bürgerinitiativen und den Kommunen in die Schuhe schiebt. Das ist doch ein Armutszeugnis für den Bundesverkehrsminister, dass er so vorgeht. Das können wir nicht akzeptieren. Es muss hier bei der Rheintalbahn zügig vorangehen.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf von den Grünen)

Wir, das Land, helfen dem Bund,

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

dieses wichtige Schienenprojekt voranzubringen,

(Abg. Guido Wolf CDU: Das hat auch lange genug gedauert!)

dass einerseits die Interessen in der Raumschaft gebündelt werden, dass dort ein effektiver Interessenausgleich stattfindet und dass wir uns andererseits bereits heute freiwillig mit 125 Millionen € an zusätzlichen Lärmschutzmaßnahmen beteiligen. Wir sind uns hier über die Fraktionsgrenzen hinweg einig, dass wir uns künftig weiterhin beteiligen werden, wenn es um zusätzliche Maßnahmen geht, die über das gesetzliche Erfordernis hinausgehen.

Ich finde, Herr Minister Hermann, es ist ein toller Erfolg, was Sie bislang mit dem Bund hinbekommen haben. Wir konnten dazu in den letzten Wochen einiges in der Zeitung lesen. Wenn es tatsächlich gelingt, den Bund dazu zu bewegen, für alternative Trassenführungen, ja, auch für zusätzliche Lärmschutzmaßnahmen Gelder zur Verfügung zu stellen, und wenn wir, das Land, dasselbe tun, also ebenfalls Geld dafür geben, dann ist das ein toller Erfolg für ganz viele Bürgerinnen und Bürger in Südbaden, für eine gute Trassenführung und für einen guten Lärmschutz an der Rheintalbahn.

(Beifall bei den Grünen)

(Andreas Schwarz)

Wir müssen gut abgrenzen, was die originären Aufgaben der Deutschen Bahn AG und des Bundes sind. Der Tunnel in Offenburg – Herr Wolf, Sie haben ihn angesprochen – ist ganz klar Bundesaufgabe. Ich erwarte aber schon, dass auch wir, das Land, wenn durch den Tunnel in Offenburg jetzt insgesamt Einsparungen im Projekt beim Anschluss an die Trasse möglich werden, an diesen Einsparungen partizipieren. Diese Einsparungen muss der Bund mindestens hälftig dem Land Baden-Württemberg anrechnen.

(Beifall bei den Grünen)

Die autobahnparallele Trasse begrüßen wir. Sie führt dazu, dass wir in Lahr ein trimodales Terminal einrichten können. Das unterstützen wir.

Was ist jetzt zu tun? Der Bund muss seinen vertraglichen Verpflichtungen nachkommen. Die Deutsche Bahn AG muss die Trassenplanung, insbesondere die autobahnparallele Trasse, überarbeiten und diese Trassenplanung zur Planfeststellung vorlegen. Den Bund rufen wir auf, die Planungsmittel für den Tunnel in Offenburg freizugeben; denn nur dann kann mit dem Tunnel in Offenburg in die Planung gegangen werden. Schließlich sind die geänderten Trassenführungen – Tunnel in Offenburg, autobahnparallele Trasse – in den neuen Bundesverkehrswegeplan aufzunehmen. Wir, das Land, sind bereit, uns an den Kosten der autobahnparallelen Trasse zu beteiligen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

In den nächsten Wochen wird es weitere Verhandlungen geben.

Ich sage auch noch einmal ganz klar, was für uns nicht infrage kommt: Wir können uns nicht an Risikokosten beteiligen, die die Deutsche Bahn AG ausweist. Die muss die Deutsche Bahn AG selbst tragen. Wir können uns nicht an Umleitungsverkehr während der Bauzeit beteiligen – das ist auch eine klare Aufgabe der Deutschen Bahn AG –, und wir können uns nicht an Planungskosten beteiligen. Das sind ebenfalls Aufgaben der Deutschen Bahn AG.

Wir können uns beteiligen an zusätzlichem Lärmschutz, auch an zusätzlichem Lärmschutz, was den Abschnitt Müllheim/Auggen angeht –

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Genau!)

das ist ein ganz wichtiges Thema –, wir können uns an der autobahnparallelen Trasse beteiligen. Aber es gibt auch Kosten, beispielsweise Planungskosten, die originär der Deutschen Bahn AG anzurechnen sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin dankbar, dass es letztlich gelungen ist, hier einen interfraktionellen Antrag zu erstellen, dass auch die CDU-Fraktion, Frau Kollegin Razaavi, beim Entwurf, den Herr Drexler und ich zur Rheintalbahn vorgelegt haben, mitgegangen ist,

(Lachen des Abg. Guido Wolf CDU)

dass es gemeinsam gelungen ist, diesen Entschließungsantrag hinzubekommen. Ich freue mich über eine breite Zustimmung in diesem Haus zum menschen- und umweltfreundlichen Ausbau der Rheintalbahn.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zuruf von der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Schmiedel das Wort.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich, Herr Kollege Wolf, werden wir heute durch die gemeinsame Verabschiedung dieses Entschließungsantrags ein Signal der Geschlossenheit aussenden. Aber diese Geschlossenheit gab es nicht immer.

(Abg. Guido Wolf CDU: Das stimmt!)

– Sie haben gerade so getan, als wären Sie die Erfinder dieser Geschlossenheit.

(Abg. Guido Wolf CDU: Bezüglich der Finanzierung auf alle Fälle! – Weitere Zurufe von der CDU)

Es hat lange gedauert, bis die CDU dazu bereit war.

Was war der Fehler? Der Fehler lag in den Neunzigerjahren im Raumordnungsverfahren, als alle Körperschaften der Region der Festlegung zugestimmt haben, dass die zwei zusätzlichen Gleise entlang der bestehenden Gleise verlaufen sollten. Daraufhin hat die Bahn die Planfeststellung auf dieser Grundlage begonnen.

Die Entwicklung zeigt, dass wir gut daran tun, Raumordnungsverfahren ernster zu nehmen, nicht nur Bleistiftstriche zu betrachten, sondern auch das, was dann in der Realität in Sachen Lärmschutz und an „Wellen“ durch die Gemeinden folgt, zu bedenken. Als dann klar wurde, was kommt, gab es zu Recht Protest.

Wir haben dann 2007 – auf Einladung unseres Kollegen Christoph Bayer – vor Ort die Situation besichtigt, mit den Bürgerinitiativen besprochen und als Erste erklärt, dass wir bereit sind, uns mit eigenem Landesgeld an zusätzlichen, über die gesetzlich vorgeschriebenen Maßnahmen hinausgehenden Investitionen zugunsten der Bürger zu beteiligen.

(Zuruf des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

Ohne dieses wäre der Prozess überhaupt nicht in Gang gekommen – denn es ist völlig klar, dass wir hier nicht über Nasenwasser reden, sondern über Zusatzkosten in der Größenordnung von 2 Milliarden € –, wären weder Bahn noch Bund bereit gewesen, von der Planfeststellung abzuweichen; die wären vielmehr bei ihrer Antragstrasse geblieben. Es gab die ganz klare Aussage: „Ohne eigenen Beitrag des Landes gibt es nichts, bleiben wir dabei.“

Deswegen haben wir darauf gedrängt, haben im Jahr 2008 Anträge gestellt, haben im Jahr 2009 Anträge gestellt, die von der CDU jedoch immer abgelehnt wurden. Erst danach ist Oettinger als Ministerpräsident auf den Zug aufgesprungen,

(Zuruf des Abg. Andreas Deuschle CDU)

und deshalb war es möglich, dass wir dann 2011 hier zur ersten gemeinsamen Beschlussfassung kamen, mit der klar war: Wir beteiligen uns mit bis zu 50 % an den über die gesetzlichen Auflagen hinausgehenden Maßnahmen.

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Wie hieß denn der Bundesverkehrsminister damals?)

(Claus Schmiedel)

Jetzt will ich Ihnen einmal in aller Offenheit Folgendes sagen. Herr Kollege Schwarz, ich habe es gerade als nicht sehr glücklich empfunden: Wir haben hier einen Minister, der die Verhandlungen führt. Ich teile Ihre Einschätzung, dass er sie gut führt. Aber sich hier hinzustellen und da Ja, da Nein, da Nein und Bund zu sagen, das stört die Verhandlungen nur.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben volles Vertrauen, dass er diese Verhandlungen gut zu Ende bringt, und wir erwarten hier vor der Sommerpause ein Ergebnis.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP/DVP)

Auf der Grundlage dessen, was wir beschlossen haben, war es schon möglich, die Güterumfahrung Freiburg und die Bürgertrasse im Markgräflerland zu regeln. Der Offenburger Tunnel wird kommen – als reine Bundesaufgabe; teuer, aber so ist es nun einmal, weil es anders nicht genehmigt werden kann – und dann die autobahnparallele Trasse, bei der wir uns an den zusätzlichen Kosten beteiligen werden. Und auch beim Abschnitt Müllheim/Auggen muss etwas geschehen.

(Abg. Guido Wolf CDU: Ja, auch da muss was geschehen!)

Jetzt haben Sie sich gleich auf die beste Lösung festgelegt. Ich will nur einmal daran erinnern; dass die beste Lösung einmal unter dem Stichwort eingeführt wurde: Beste Lösung und kostet auch nicht mehr. In der Zwischenzeit wissen wir – Sie haben darauf hingewiesen –, dass die beste Lösung sehr teuer ist und wir erhebliche Zweifel haben, ob der Bund bei diesem Thema mitgeht. Denn wenn man es einmal umrechnet, sieht man: Es sind wenige Wohnungen, die bei der Realisierung zusätzlicher Schutzmaßnahmen statt der besten Lösung nicht so begünstigt sind wie bei der besten Lösung. Aber wenn pro Wohnung 1,5 Millionen € für den Lärmschutz anfallen, dann muss man schon fragen, ob da die Relation noch stimmt.

(Unruhe bei der CDU)

Wir werden sehen, was die Verhandlungen dann an Ergebnissen bringen werden.

Wir sind froh, dass es gelungen ist. Ich möchte mich noch einmal ausdrücklich bei Christoph Bayer und Wolfgang Drexler, die in den vergangenen Jahren vor Ort die Fahne hochgehalten haben,

(Vereinzelt Lachen bei der CDU)

für den engen Kontakt und die Begleitung des Projekts bedanken.

Wir sind froh, dass wir heute so weit sind, dass es erneut zu einer gemeinsamen Erklärung kommt. Aber, lieber Kollege Wolf, ich kann es nicht so stehen lassen, dass Sie so tun, als wären Sie der Erfinder des gesamten Prozesses.

(Zuruf des Abg. Guido Wolf CDU)

Vielmehr ging der Anstoß nun wirklich von der SPD aus.

(Lachen des Abg. Guido Wolf CDU)

Das können Sie in den Protokollen über die Sitzungen nachlesen, in denen über unsere Anträge abgestimmt wurde.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Wer hat's erfunden?)

Insgesamt, finde ich, können wir stolz auf das sein, was dort entstanden ist – mit Bürgerbeteiligung, auch mit der Bereitschaft der Bahn und des Bundes, sich einem Projektbeirat zu stellen und die einzelnen Abschnitte haarklein durchzugehen. Das ist ein Beteiligungsverfahren, das spät, das zu spät kam. Deshalb dauert es jetzt leider länger. Die Fertigstellung war einmal für 2018 geplant; das muss man sich einmal vorstellen. Jetzt reden wir über 2030.

Der Prozess, der dort stattgefunden hat, ist aber wirklich erste Sahne. Deshalb von dieser Stelle nochmals ein ganz herzliches Dankeschön an all die vielen Personen, die sich ehrenamtlich in den Initiativen, in der IG BOHR eingebracht und eine tolle Leistung für ihre Region und damit auch für unser Land erbracht haben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort Herrn Abg. Haußmann.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Die FDP/DVP-Landtagsfraktion anerkennt ausdrücklich die konstruktive Arbeit der Interessengemeinschaft BOHR mit allen Bürgerinitiativen, die damit verbunden sind, und der sie unterstützenden Gebietskörperschaften am südlichen Oberrhein.

Man sieht, was die Bürgerinitiativen in ehrenamtlicher Arbeit vor Ort geleistet haben – und zwar nicht in einer Fundamentalopposition, sondern in einer konstruktiven Art und Weise. Es ist wirklich anzuerkennen, in welcher Weise die Menschen vor Ort auch mit hoher Fachlichkeit dazu beigetragen haben, dass wir einen menschengerechten und umweltverträglichen Ausbau der für unser Land Baden-Württemberg so immens wichtigen Rheintalbahn vornehmen.

Charakteristisch und bundesweit vorbildlich ist dabei der von der BI MUT ausgehende integrierte Ansatz, der sich eben nicht nur auf den reinen Lärmschutz beschränkt, sondern viele weitere Komponenten über den Lärmschutz hinaus beinhaltet. Diesen integrierten Ansatz endlich umzusetzen liegt im ureigenen Interesse des Bundes und auch der Deutschen Bahn AG. Dies gilt sowohl für den Tunnel in Offenburg und seine Verknüpfung mit der autobahnparallelen Trasse nach Riegel wie auch für die Tieflage Hügellheim/Auggen mit dem kreuzungsfreien Knoten Auggen-Schliengen.

Die Bürgerinitiative „Bürgerbündnis Bahn Markgräflerland“ hat darauf hingewiesen, was zu der optimierten Kernforderung 6, zu der besten Lösung, gehört.

Es geht auch darum, dass das Land Baden-Württemberg bzw. der Verkehrsminister diese Themen aufgreift und mit in den Projektbeirat einbringt, der in der nächsten Woche tagt.

In diesem Zusammenhang halte ich es für ausgesprochen unglücklich und taktisch für völlig unklug, dass man von vorn-

(Jochen Haußmann)

herein sagt: „Das Land sieht keinen Nutzen darin, die optimierte Kernforderung 6 überhaupt anzugehen.“ Das ist eine schlechte Verhandlungstaktik. Wir stellen uns vor, dass der Verkehrsminister offen in den Projektbeirat hineingeht.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Minister Winfried Hermann unterhalten sich.)

Ich gehe davon aus, der Ministerpräsident wird es ihm gerade näher erläutern.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Vereinzelt Heiterkeit)

Insofern, Herr Ministerpräsident, einen herzlichen Dank dafür, dass Sie unseren Wünschen hier nochmals verstärkt Ausdruck verleihen.

Es geht hier um mehr als um den reinen Lärmschutz. Es geht um die getrennte Führung von Güterzügen und Zügen im Personennah- und Personenfernverkehr, es geht um die Führung von Güterzügen fernab des Bahnhofs Müllheim, und es geht um die Verschiebung des Knotens Hügelsheim, der die Kapazität des Katzenbergtunnels deutlich steigern wird.

Insofern sollte man den Lärmschutz bei der Bewertung der besten Lösung nicht als einzige Maßgabe betrachten, sondern man sollte alle anderen Aspekte mit dazunehmen.

Das Regierungspräsidium Freiburg hat die Antragstrasse der DB Netz sowohl für die Ortslage Offenburg als auch für den Knoten Buggingen als nicht genehmigungsfähig verworfen. Die richtige Konsequenz war, den Tunnel in Offenburg zu planen.

Für den Abschnitt Offenburg–Riegel und das Markgräflerland hat das Regierungspräsidium noch nicht entschieden. Die Entscheidung steht also noch aus. Insofern können wir durchaus davon ausgehen, dass die Deutsche Bahn vom Regierungspräsidium auch im Hinblick auf die autobahnparallele Trasse und die optimierte Kernforderung 6 darauf hingewiesen wird, dass die bestehende Planung so nicht umgesetzt werden kann.

Genau aus dieser Ablehnung heraus sollten wir auch im Projektbeirat sehr genau mitverhandeln, wenn es um die Mehrkosten geht. Es kann nicht sein, dass das Land für Mehrkosten aufkommt, die auch daraus resultieren, dass die Bahn zu nächst Planungen vorlegt, die gar nicht umsetzbar sind.

(Beifall der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE – Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Sehr gut!)

Insofern kann, glaube ich, eine Beteiligung des Landes nicht aus einer fehlgeplanten Antragstrasse heraus entstehen. Ich denke, da sind wir uns auch hier über alle Fraktionen hinweg einig. Diese Zusatzkosten liegen ausschließlich in der Verantwortung des Bundes und in der Verantwortung der Deutschen Bahn AG.

(Beifall der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Die FDP/DVP-Landtagsfraktion erwartet, dass sich der Bund, das Land, die Deutsche Bahn AG und die Region in einer gebündelten Entscheidung auf den Tunnel in Offenburg, auf die autobahnparallele Trasse zwischen Offenburg und Riegel und auf die Tieflage zwischen Hügelsheim und Auggen mit dem

kreuzungsfreien Anschluss an den Katzenbergtunnel einigen. Dies entspricht dann auch unseren Vorstellungen von einer umweltgerechten, betriebstauglichen, zukunftsweisenden und menschengerechten Rheintalbahn, die langfristig und dauerhaft erfolgreich ist.

Wir hoffen, dass die Planung und die Umsetzung schneller gehen als in den letzten 28 Jahren, seit dem Baubeginn 1987.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Hermann.

(Zuruf von der CDU: Oje!)

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe gemerkt, wie Sie alle aufmerksam beobachtet haben, was der Ministerpräsident mir gesagt hat.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf: Was hat er denn gesagt? – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Interessant war, wie er es gesagt hat! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wie er es gesagt hat!)

Es interessiert Sie total, was er mir gesagt hat. Deswegen fange ich genau damit an.

Sie haben gemerkt: Der Ministerpräsident war sehr verärgert,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das war grundgütig!)

und zwar deshalb verärgert, weil wir in vielen Bereichen der Verkehrspolitik, der Infrastrukturpolitik die Situation haben, dass der Bund die Länder hängen lässt und seiner eigenen Verpflichtung nicht wirklich nachkommt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Lachen bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf: So ist es bei Ihnen! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wir haben den Eindruck, dass der Ministerpräsident in Berlin keine Rolle spielt! – Abg. Peter Hauk CDU: Sie haben wohl einen Clown gegessen!)

– Ich weiß nicht, was es da zu lachen gibt.

(Zurufe – Glocke der Präsidentin)

Es ist so, dass

(Zurufe – Glocke der Präsidentin)

– ich habe jetzt das Wort – der Ausbau der Rheintalbahn eigentlich eine Aufgabe des Bundes ist. Die steht im Bundesverkehrswegeplan,

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

die ist quasi Bundesgesetz. Es ist zuallererst die Aufgabe des Bundes, diese Strecke auszubauen, und nicht die Aufgabe eines Bundeslands – damit das einmal ganz klar ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

(Minister Winfried Hermann)

Die Länder sind – ob das beim GVFG oder bei Regionalisierungsmitteln oder eben beim Schienenwegeausbau ist – komplett überfordert. Sie werden das nicht finanzieren können, wenn der Bund seinen Anteil nicht stemmt.

(Zuruf des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

Das, finde ich, gehört bei dieser Debatte auch zur Wahrheit.

Wenn Herr Wolf blumige Worte verwendet, ohne konkrete Zahlen zu nennen, nach dem Motto „Geld spielt keine Rolle, wir richten es schon“, ist das nicht verantwortungsvoll. Angesichts unserer knappen Ressourcen müssen wir uns genau überlegen: Was können wir, das Land, uns leisten? Wo können wir uns Beiträge leisten?

Dieser Landtag und diese Koalition haben übrigens klipp und klar gesagt: Die bisherige Planung, die die Bahn und der Bund für die Rheintalbahn vorgelegt haben, ist nicht umweltgerecht, ist nicht menschengerecht. Deswegen muss sie korrigiert werden.

Der Landtag hat übrigens gemeinsam beschlossen, dass wir das korrigieren wollen und dass wir auch einen Beitrag dazu leisten, aber nicht mit der Hälfte der Kosten insgesamt, sondern nur maximal der Hälfte der Kosten für Lärmschutzmaßnahmen und Maßnahmen, die der besseren Anpassung der Trasse auch an die Landschaft und an die Städte dienen. Diese Maßnahmen werden wir mit bis zu 50 % unterstützen, nicht mehr und nicht weniger. Dazu stehen wir.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Es doch völlig klar, dass auch für uns, das Land, diese Trasse von eminenter Bedeutung ist, weil es die größte und wichtigste Güterverkehrsstrasse auf der Schiene ist. Wir wollen, dass es mit dem Ausbau endlich vorangeht. Es war nicht diese Landesregierung, die jahrelang gebraucht hat, um überhaupt eine Umplanung beim Bund zu erreichen. Herr Wolf – dann höre ich auch schon auf mit der Kritik an Ihnen –, wenn man hierherkommt und sagt, es sei eine gemeinsame Leistung, und sich anschließend selbst die Feder an den Hut steckt, dann ist das daneben; denn wenn wir weiterkommen, dann, indem wir alle zusammen versuchen, es zu richten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Guido Wolf CDU: Schwer getroffen!)

Wir stehen vor wichtigen Entscheidungen, die wir in der nächsten Woche im Beirat hoffentlich fällen werden. Wir haben bereits zahlreiche vorbereitende Gespräche geführt und schon die ersten Möglichkeiten sondiert, und eines ist klar: Wir wollen insgesamt die Qualität dieser Trasse verbessern. Wir wollen insgesamt möglichst viel Anwohnerschutz machen und möglichst wenige naturbelastende Entscheidungen treffen.

Zur Geschichte möchte ich sagen: Wir haben im Jahr 2012 immerhin erreicht, dass wir im Bereich Freiburg den sogenannten Vollschutz beim Lärm bekommen, also eine Verbesserung des Lärmschutzes, eine teilweise Korrektur der Trasse. Wir haben im Markgräflerland die teilweise Tieferlegung der Trasse durchgesetzt. All dies haben wir übrigens in Verhandlungen mit Unterstützung des Landtags durchgesetzt. Das Land war bereit, die Hälfte der dadurch verursachten Mehr-

kosten von 250 Millionen € zu übernehmen. Das ist der bisherige Erfolg, und dies ist schon ziemlich gut und ziemlich viel.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir haben aber den Menschen in Offenburg sowie zwischen Offenburg und Freiburg immer gesagt, was der Standard ist und dass das, was wir für die Bürgerinnen und Bürger im Süden getan haben, auch für die gesamte Strecke gilt. Deshalb das Versprechen: Wir werden dafür sorgen, dass überall dieselben Standards gelten, also Vollschutz beim Lärm. Vollschutz heißt, dass man keine Schallschutzfenster benötigt, sondern durch aktiven Schallschutz alles getan wird, damit die Menschen dort noch angenehm weiterleben. Das ist unser Versprechen, und das haben wir bisher auch gehalten. Entlang dieser Linie habe ich auch alle diese Verhandlungen geführt.

Übrigens möchte ich noch einmal sagen: Die Offenburger Lösung, dass wir nun zu einem Tunnel kommen, war nicht selbstverständlich. Sie musste hart erkämpft werden. Fraktionsübergreifend in Offenburg, aber auch im Landtag und im Bundestag haben wir diese Forderung gestellt. Der Bund hat sich lange nicht bewegt, denn es ist auch klar: Dieser Tunnel kostet – das wissen wir jetzt – mindestens 1 Milliarde € mehr als die früher geplante Antragstrasse. Das ist nicht wenig. Wenn wir, bezogen auf das Land, sagen, wir müssen kostenbewusst denken, dann kann ich als Landesminister nicht so tun, als würde beim Bund das Geld aus der Steckdose kommen. Auch dort müssen die Infrastrukturprojekte finanziert werden. Deshalb muss man bei allen Forderungen immer auch maßvoll sein und fragen: Können wir uns das leisten? Wollen wir uns das leisten? Haben wir dafür das Geld?

Wir haben heute die Situation, dass der Bund für sich gesagt hat: Wir verhandeln mit euch nicht mehr über einzelne Aspekte, sondern wir schnüren ein Gesamtpaket für den ganzen Rest, damit sowohl der Bundestag als auch der Landtag wissen, was Sache ist und was am Ende finanziert werden muss. Egal, wer am Ende hier die Mehrheit hat und die neue Regierung stellt, alle müssen wissen, das ist ihre bzw. unsere Verantwortung im Parlament, zu sagen: Wenn wir dieses und jenes zusagen, wird es soundso viel kosten, und soundso hoch wäre dann der Anteil des Landes. Und dann heißt es auch, dies zu finanzieren.

Nun kommen wir zu den Entscheidungen, die jetzt im Projektbeirat anstehen.

Erstens die autobahnparallele Trasse, also heraus mit dem dritten und vierten Gleis aus den Orten, die heute durch den wirklich immensen Schienenlärm schwer belastet sind. Wer auch immer vor Ort war, der kann das kaum glauben. Man kann nicht miteinander reden, alle zwei Minuten ist Schweigen angesagt, weil man sich nicht mehr versteht. Deshalb ist klar: Wir brauchen die autobahnparallele Trasse. Das war aber nicht immer so, sondern die Bahn wollte es nicht, der Bund wollte es nicht, und übrigens hat es dafür auch keine politischen Mehrheiten gegeben.

Dies hat sich jetzt geändert. Inzwischen planen wir mit der Bahn und dem Bund zusammen die autobahnparallele Trasse, weil man erkannt hat, dass die andere Trasse politisch nicht durchsetzbar ist und unglaublich hohe Lärmschutzwände erfordern würde. Das kann man nicht wollen.

(Minister Winfried Herrmann)

Zweitens – das ist der schwierigere Punkt – der Abschnitt Müllheim/Auggen, eigentlich eine Altforderung, die schon lange erledigt war; das will ich einmal sagen. Lange bevor ich die Verantwortung übernommen habe, hat der Beirat damals gesagt: Müllheim/Auggen ist erledigt, da machen wir nichts mehr, das bleibt so wie geplant. Nach dieser Beschlusslage wäre einfach so wie geplant gebaut worden. Jetzt, da alle anderen Korrekturen fordern, sind genau jene gekommen und haben gesagt: Wir wollen aber auch noch dabei sein. Deshalb beschäftigen wir uns noch einmal damit. Claus Schmiedel hat sehr deutlich gesagt: Die beste Lösung hat auch uns zunächst überzeugt, weil gesagt wurde: Sie ist sehr viel besser, sie bietet sehr viel mehr Lärmschutz und kostet nicht mehr.

Nun haben wir es ein halbes Jahr lang auf Herz und Nieren geprüft und genau nachgerechnet. Es kommen am Ende 300 Millionen € Mehrkosten im Vergleich zur bisherigen Planung heraus. Die bisherige Planung ist planfeststellungsreif. Eine komplette Neuplanung würde vermutlich dazu führen, dass das Projekt um fünf Jahre verzögert wird, da es eine komplette Neuplanung darstellt.

Deshalb haben wir die Bahn aufgefordert, die alte Planung zu verbessern und zu zeigen, was möglich ist. Nun liegen zwei Alternativen auf dem Tisch: eine optimierte Antragstrassenplanung, bei der mit mehr als 30 Millionen € mehr Lärmschutz für die Anwohner entlang dieser Trasse betrieben wird, und eben die beste Lösung für 300 Millionen €. Nun müssen sich alle überlegen, welchen Schutz man sich leisten will: entweder die verbesserte Antragstrasse – plus 30 Millionen € – oder die andere Planung mit Tieferlegung, aber mit weitgehend gleichen Effekten, was Mehrkosten in Höhe von 300 Millionen € auslösen würde. Denn man muss wissen: Wenn man sich diesen Aufwand da leistet, muss man ihn sich auch woanders leisten. Außerdem gibt es eine Reihe anderer Forderungen, die man ebenfalls einlösen muss. Ich kann nur davor warnen, an nur einer Stelle wohlfeil das Geld auszugeben. Man muss vielmehr überall sauber abwägen, und es ist parlamentarische Verantwortung, dies zu tun. Das entscheidet nicht die Regierung, sondern Sie im Parlament entscheiden, wofür Sie Geld ausgeben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Genau!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Razavi?

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Herrmann: Bitte.

Abg. Nicole Razavi CDU: Herr Minister, Sie haben gerade die Unterschiede zwischen „besten Lösung“ und verbesserter Antragsplanung in Sachen Lärmschutz dargestellt. Aber es geht dabei nicht nur um den Lärmschutz, sondern ich glaube, es geht auch um weitere Fragen, die die Menschen vor Ort noch haben. Wenn Sie aus Kostengründen nun von der besseren Lösung Abstand nehmen, was wird dann mit dem Regionalverkehr? Denn dieser hätte durch die „beste Lösung“ durchaus deutliche Vorteile gehabt, und außerdem gäbe es auch beim Güterverkehr sowie in puncto Sicherheit deutliche Vorteile, weil mehr Güterzüge durch den Katzenbergtunnel fahren würden, was mit einer verbesserten Antragstrasse nicht möglich ist. Ich denke, diese Fragen müssen Sie den Men-

schen beantworten; denn das ist es, was die Menschen vor Ort kümmert und beschäftigt.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Herrmann: Vielen Dank. – Zunächst möchte ich deutlich machen: Es ist noch nicht entschieden, sondern wir haben die beiden Varianten abzuwägen. Nach den Plänen der Bahn, die ihre eigenen Antragstrassen erheblich verändert und verbessert hat, sind der Lärmschutz sowie die verkehrliche Leistungsfähigkeit beider Varianten in etwa gleich, und im Übrigen sind auch die anfangs zu Recht beklagten möglichen Störungen aufgrund von Gleisengpässen verringert, weil die Bahn im Zuge der neuen Planung auch die Kapazitäten erhöht. Das heißt, verkehrlich sind die beiden Alternativen gut vergleichbar, übrigens auch, was die Beförderung des Güterverkehrs im Katzenbergtunnel auf der neuen Trasse betrifft. Dies wollen wir aber ebenfalls noch einmal im Beirat besprechen, nur sehe ich im Moment noch keine klaren Vorteile für die eine Seite. Ich sehe nur, dass die eine Variante sehr viel teurer ist, und das muss man hier ansprechen.

Auch bei der autobahnparallelen Trasse ist es nicht so, dass dort alles schon in Butter wäre. Es gibt Forderungen, die zwischen 400 und 800 Millionen € Mehrkosten bedeuten würden. Wenn wir 800 Millionen € Mehrkosten zugestehen, dann heißt das, wir zahlen 400 Millionen €. Man muss sich überlegen, ob man in jedem Bereich sagt: „Das machen wir, wir übernehmen das, weil wir es richtig und gut finden“, oder ob man sagt: „Es gibt da eine gemeinsame Verantwortung.“ Ich sage dies, weil es angesprochen worden ist. Die Kommunen haben wirklich gut mitgearbeitet, auch die Regionen und die Kreise. Die Landrätinnen und Landräte haben die Cluster-Sitzung vorbereitet und koordiniert. Die Beiratssitzung wird in einem langen Prozess vorbereitet, und ich sage an dieser Stelle ausdrücklich: Allen möchte ich danken, die sich da so konstruktiv einbringen – allen, auch den Bürgerinitiativen.

(Beifall bei der SPD)

Aber eines ist all diesen Forderungen ebenfalls gemein: Jene, die die Forderungen aufstellen, sagen nie, dass sie es zahlen, sondern sie sagen immer: Das muss der Bund zahlen, das muss das Land zahlen, aber nicht die Region. Ich möchte dies an einer Stelle verdeutlichen, wo ich finde, dass das zu weit geht: Wir haben im Markgräflerland eine teure andere Variante – Teiltieferlegung – verwirklicht. Dort geht es jetzt um den Hochwasserschutz. Das Land hat gesagt: Okay, wir sind bereit, zusätzlich noch einmal 10 Millionen € für den Hochwasserschutz für Gewässer erster Ordnung auszugeben. Dann muss, finde ich, die Region auch bereit sein, die anderen 10 Millionen € für die Gewässer zweiter und dritter Ordnung mitzutragen. Denn es wäre etwas wohlfeil, immer Forderungen zu stellen, aber selbst keinen Beitrag zu leisten.

(Zuruf von der CDU: Kommunen!)

Das anzusprechen finde ich auch legitim. Wir überfordern da niemanden. Aber es gehört auch zur Wahrheit: Man kann nicht nur fordern, sondern man muss auch abwägen und muss auch die eigene Verantwortung wahrnehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Meine Damen und Herren, reden wir einmal über die Kosten. Im Minimalfall kostet es insgesamt 1,7 Milliarden € mehr.

(Minister Winfried Hermann)

Wenn alle Forderungen aufgegriffen werden, sind es 2,7 Milliarden € mehr. Wir müssen schauen, was wir da übernehmen, verantworten und tragen können.

Meine Verhandlungslinie war eindeutig die, die im Antrag von Ihnen allen formuliert worden ist, nämlich dass wir nur über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinausgehende, dem Lärm- und Menschenschutz dienende Maßnahmen mit unterstützen und genau schauen, was wir dort hineinrechnen können und was nicht. Da muss man aufpassen, dass einem vom Bund sozusagen nicht zu viel auf die Schippe geschoben wird. Sie können sicher sein, dass ich da aufpasse.

Auf der anderen Seite muss man auch sagen: Wir, das Land, waren ja mit der Auslöser dafür, dass alles geändert werden muss und teurer wird, weil es eben besser wird. Daher wird man am Ende nicht sagen können: Das ist aber alles Sache des Bundes. Das wird auch nicht gehen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das widerspricht doch Ihrem Eingangsstatement!)

Vielmehr müssen wir einen bestimmten Anteil übernehmen, wobei wir darauf achten müssen, ihn möglichst gering zu halten, um möglichst viel herauszuholen.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Das ist mein Ziel. Mir wäre es am liebsten, wenn wir eine Vereinbarung treffen würden, die einen klaren Kostendeckel vorsieht, sodass man am Ende nicht immer noch mehr zahlt, sondern das Land sagt: „Dazu sind wir bereit. Das werden wir machen.“

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich komme zum Schluss. Mir liegt sehr viel daran, dass wir hier wirklich einen überparteilichen Konsens hinbekommen, auch weil wir dadurch gegenüber dem Bund besser dastehen, und dass wir auch deutlich machen, was wir zu leisten bereit sind und was nicht. Dann können wir dazu beitragen, dass dieses Projekt auch wirklich vorangeht. Denn wir sind in erheblichem zeitlichen Verzug. Eigentlich müsste das Projekt 2018 fertig sein. Das sah einmal der Vertrag vor, den der Bund mit der Schweiz, mit Frankreich und Italien abgeschlossen hat.

Wenn wir heute Korrekturen vornehmen, müssen wir immer auch bedenken: Tragen die Korrekturen dazu bei, dass das Lärmelend von heute möglichst schnell beseitigt wird, oder kommen wir mit immer neuen Zahlen und Forderungen dazu, dass alles noch viel länger dauert und man am Ende überhaupt nicht fertig wird und keine Lösung hat? Das kann auch nicht das Ziel sein. Wir brauchen eine gute, konstruktive Lösung für das Land, für die Anwohner und natürlich auch für den Güterverkehr.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 15/6723 (Berichtigte Fassung), der in sie-

ben Ziffern verschiedene Ersuchen an die Landesregierung enthält. Sind Sie damit einverstanden, über den Antrag insgesamt abzustimmen? – Das ist der Fall.

Wer dem interfraktionellen Antrag Drucksache 15/6723 (Berichtigte Fassung) zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Antrag ist einstimmig zugestimmt.

(Vereinzelt Beifall)

Damit ist Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

Wir treten in die Mittagspause ein. Ich unterbreche die Sitzung bis 15:00 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:43 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 15:00 Uhr)

Präsident Wilfried Klenk: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen die Plenarsitzung fort.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Regierungsbefragung

Nach der Reihung kommt nun zuerst der SPD-Fraktion das Rederecht zu. – Bitte, Herr Abg. Sakellariou, zum Thema

W i r t s c h a f t s s c h u t z

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Baden-Württemberg ist ein Land von großer Wirtschaftskraft und hoher Innovationsfähigkeit. Das belegen die zahlreichen Weltmarktführer im Land, zu denen sowohl Global Players als auch kleine und mittlere Unternehmen gehören. Zu dieser Erfolgsbilanz leisten auch die herausragenden Forschungseinrichtungen und Hochschulen einen maßgeblichen Beitrag.

Das Know-how der Firmen und die Exzellenz der Bildungsinstitutionen wecken allerdings auch Begehrlichkeiten aufseiten Dritter. Konkurrierende Unternehmen aus aller Welt, aber auch fremde Staaten möchten hiervon sehr gern und möglichst kostengünstig profitieren. In Baden-Württemberg hat der Wirtschaftsschutz deshalb traditionell einen besonders hohen Stellenwert.

Deshalb frage ich jetzt die Landesregierung: Wie beurteilt die Landesregierung die Gefahr durch Wirtschaftsspionage für baden-württembergische Unternehmen?

Meine zweite Frage: Wie und in welchem Umfang hat das Landesamt für Verfassungsschutz im Bereich Wirtschaftsschutz baden-württembergische Unternehmen unterstützt?

Drittens: Wie versucht die Landesregierung, Unternehmen für die Gefahr von Wirtschaftsspionage weiter zu sensibilisieren?

Präsident Wilfried Klenk: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Innenminister Gall.

Innenminister Reinhold Gall: Herr Präsident, werte Kolleginnen, werte Kollegen! Ich denke, uns allen ist bewusst, dass für viele Staaten Spionage eine wichtige Informationsquelle darstellt; da spreche ich ganz einfach von der Lebenswirklichkeit und von den Erkenntnissen, die gegenwärtig immer wieder auch die Öffentlichkeit erreichen. Dies gilt schlicht und ergreifend deshalb, weil durch gezielte Spionage, gerade auch bei internationalen Konflikten, von denen wir in dieser Zeit ja nicht wenige haben, die jeweils eigene Position verbessert werden kann. Es ist Allgemeingut – dies gilt für andere Lebensbereiche ebenso –: Wer die Stärken und Schwächen seiner Gegner oder vermeintlichen Gegner kennt, kann sich darauf einstellen und kann diese Informationen auch entscheidend nutzen.

(Zuruf)

Jüngstes Beispiel hierfür ist die Ukrainekrise, die auf der weltpolitischen Bühne gerade sehr großen Raum einnimmt. Gerade auch in diesem Zusammenhang ist spürbar und erkennbar, dass umfangreiche russische Spionagetätigkeiten stattfinden. Als Land sind wir hierbei nicht unbedingt direkte Zielscheibe; vielmehr geht es in der Regel um von der NATO geplante Maßnahmen. Aber wir sind Teil der NATO; keine Frage.

Im Rahmen der nun verhängten Wirtschaftssanktionen gibt es aber durchaus auch Angriffspunkte bzw. Objekte von Ausspähungen; dies gilt für die Europäische Union ebenso wie für die einzelnen europäischen Länder als Teil der westlichen Staatengemeinschaft.

Im Kern, Kollege Sakellariou, ging es bei Ihren Fragen tatsächlich wohl eher um Wirtschaftsspionage. Manchmal gibt es aber durchaus auch Zusammenhänge und Verbindungen, gerade für ein Land wie Baden-Württemberg, das, wenn die Zahlen noch aktuell sind, 402 Weltmarktführer aufweist und das mit seinen zahlreichen Zentren für Forschung und Entwicklung sowie seinen Hochschul- und Forschungseinrichtungen über beträchtliches technisches Know-how verfügt. Deshalb ist Wirtschaftsspionage neben militärischer und politischer Spionage ein zentraler Bereich. Dies stellt eine Variante von Ausspähung dar, der das Land insgesamt ausgesetzt ist.

In Bezug auf die wirtschaftlichen Aspekte, gerade auch im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit unseres Landes und der Leistungsfähigkeit der Unternehmen und Betriebe im Land, stellen wir fest – das lässt sich übrigens auch dem aktuellen Bericht des Landesamts für Verfassungsschutz entnehmen –, dass es erhöhte Spionageaktivitäten vonseiten der Volksrepublik China gibt. Der Spionage durch Einrichtungen der VR China kommt eine nicht unbedeutende, ja tatsächlich eine bedeutende Rolle zu. Spionage erfolgt dabei in unterschiedlichster Weise: Es gibt elektronische Spionageangriffe, aber in einem gar nicht zu unterschätzenden Umfang auch die klassische, personengebundene Spionage. Das heißt, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden angezapft. Dies geschieht aufgrund der heute bestehenden technischen Möglichkeiten manchmal unwissentlich, es wird jedoch oft auch ganz gezielt vorgenommen. Dabei geht es also nicht um elektronische Angriffe, sondern es werden Menschen eingesetzt, die dann Spionage, auch Wirtschaftsspionage, betreiben.

Ich habe es bereits gesagt: Nicht immer ist dies für den Angegriffenen in seinem EDV-System – ich verweise hier auf die jüngsten Vorfälle im Bundestag – bzw. für seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf Anhieb erkennbar. Tatsache ist allerdings auch: Selbst da, wo es erkennbar ist, sind die Täter häufig nicht zu identifizieren.

(Zuruf)

Deshalb kommt es wirklich darauf an, dass man die Betroffenen – in diesem Fall sind es Unternehmen und Betriebe, gerade auch kleine und mittlere Betriebe – immer wieder für dieses Thema sensibilisiert und ihnen deutlich macht, dass es Möglichkeiten gibt, sich zu schützen. Man sollte reagieren, bevor das Kind, wie es im Volksmund heißt, in den Brunnen gefallen ist.

Als ich eben von den Tätern bzw. den nicht identifizierten Tätern sprach, wurde durch Zuruf das Stichwort „Freunde“ in den Raum geworfen. Es kommt tatsächlich darauf an, immer auch den sogenannten 360-Grad-Blick anzuwenden und auch einmal zu schauen, was denn eigentlich Verbündete so machen.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Genau!)

Dies gilt auch im Zusammenhang mit Wirtschaftsspionage; wir dürfen dies auf keinen Fall aus dem Blick verlieren.

Allerdings will ich auch sagen: Auch die Vorkommnisse um das Thema NSA haben bislang – dies gilt jedenfalls in einem Fall – nicht belegt, dass tatsächlich Nachrichtendienste sogar geholfen hätten, Wirtschaftsspionage zu betreiben. Ob ein entsprechender Nachweis noch erbracht werden kann, wird das parlamentarische Kontrollgremium oder der Untersuchungsausschuss eventuell noch zutage fördern.

Meine Damen und Herren, was war gefragt? Die zweite Frage lautete konkret: Was macht das Landesamt für Verfassungsschutz in Baden-Württemberg, um die Unternehmen entsprechend zu unterstützen?

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Wilfried Klenk: Herr Minister, Entschuldigung. Ihre Redezeit ist zu Ende. Es waren fünf Minuten.

(Abg. Matthias Pröfrock CDU: Das sind wir gar nicht mehr gewohnt!)

Gibt es weitere Fragen? – Für die CDU-Fraktion Kollege Blenke.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Wenn er jetzt eine Frage stellt, gehen die nächsten fünf Minuten los!)

Abg. Thomas Blenke CDU: Danke, Herr Präsident. – Herr Minister, die Frage, die Sie jetzt nicht mehr beantworten konnten, stelle ich Ihnen einfach noch einmal in etwas abgewandelter Form.

(Zuruf: Sehr gut!)

Es ging dabei um die Frage, was das Landesamt für Verfassungsschutz auch im beratenden Bereich tut. Das war meines

(Thomas Blenke)

Erachtens das, was der Kollege Sakellariou angesprochen hatte.

Ich möchte diese Frage noch einmal mit der Zielsetzung auf die mittelständische Wirtschaft hin formulieren: Geht das Landesamt für Verfassungsschutz aktiv auf die mittelständische Wirtschaft zu, um Beratung anzubieten, und in welchem Umfang wird auf der anderen Seite an das Landesamt für Verfassungsschutz vonseiten der Wirtschaft aktiv mit der Frage herangetreten, welche Sicherheitsrisiken es gibt und wie man sich schützen kann?

Daraus leitet sich für mich allerdings noch eine weitere Frage ab: Wir registrieren einen deutlichen Aufgabenzuwachs im Bereich des Verfassungsschutzes. Sie sprechen Wirtschaftskriminalität und Wirtschaftsspionage an. Wenn wir auch andere Felder wie etwa Linksextremismus und Rechtsextremismus, Salafismus und dergleichen anschauen, sehen wir, dass das Landesamt für Verfassungsschutz eine Behörde ist, die zunehmend Konjunktur hat.

Wie sehen Sie das Landesamt diesbezüglich auch mittelfristig personell aufgestellt? Wir haben hier schon einige Male über die Frage des Stellenabbaus bzw. des Wiederaufbaus von Stellen debattiert. Unter dem Strich steht ein leichtes Minus. Wie sehen Sie den Verfassungsschutz diesbezüglich personell aufgestellt? Inwieweit müssen wir da durch eine nochmalige personelle Stärkung des Verfassungsschutzes reagieren?

Darf ich, Herr Präsident, eigentlich eine dritte Frage stellen?

Präsident Wilfried Klenk: Sie dürfen Fragen stellen, und drei Minuten haben Sie zur Verfügung. Sie haben noch anderthalb Minuten, um Ihre Frage zu begründen und die Frage zu stellen.

Abg. Thomas Blenke CDU: Wunderbar. Dann möchte ich die dritte Frage gleich noch nachschieben. Danke schön dem hochmütigen Präsidenten.

(Zurufe)

– War das ein falsches Wort?

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Hochwohlgebornen!)

Sie wissen jedenfalls, was ich gemeint habe.

(Heiterkeit)

Herr Minister, Sie waren ja gerade vor nicht allzu langer Zeit gemeinsam mit dem Innenausschuss des Landtags in der Ukraine. Dort sind wie ein roter Faden sich durchziehend die Problemfälle mit der Korruption auf die Tagesordnung gekommen. Da besteht die Frage: Wie sind wir – auch unsere Sicherheitsbehörden – gegenüber korruptionsbedingten Attacken oder Angriffen aufgestellt, die sich bei uns dann auf die Wirtschaft auswirken könnten?

War das verständlich? – Danke.

Präsident Wilfried Klenk: Herr Minister, bitte.

Innenminister Reinhold Gall: Ich hatte keine Probleme, Herr Kollege Blenke, die Fragen zu verstehen. Ich habe aber ein

Problem damit, diese komplexen Fragen in fünf Minuten zu beantworten. Ich will es jedenfalls einmal versuchen.

Ihre erste Frage war tatsächlich noch einmal: Wie beraten wir, der Verfassungsschutz, aber auch z. B. das Landeskriminalamt sowie in anderen Fällen die Behörden die Betriebe in unserem Land? Ich nenne Ihnen einfach ein paar wenige Zahlen; dann wird es, glaube ich, schon deutlich. Der Verfassungsschutz hatte im zurückliegenden Jahr rund 600 Unternehmen in seinem Betreuungs- und Beratungsportfolio. Es gibt einen grundgesetzlichen Auftrag. Dort, wo dies tatsächlich stattfinden muss, gibt es einen Austausch, in dem es um sicherheitsrelevante und für die Infrastruktur relevante Unternehmen in unserem Land geht.

Wir haben Interesse daran, direkt mit den Unternehmen in Kontakt zu kommen; deshalb machen wir umfangreich Werbung. Wir führen von uns aus auch sogenannte Sensibilisierungsgespräche – ich hatte es angesprochen – mit dem Ziel, die Betriebe hierfür zu sensibilisieren und ihr Augenmerk darauf zu richten, die Beratung und Unterstützung wahrzunehmen, die wir bieten.

Wir selbst sind in Gremien tätig, beispielsweise im Sicherheitsforum Baden-Württemberg, einer Vereinigung auch aus Unternehmen, wobei wir unseren Sachverstand und unser Know-how entsprechend anbieten und zur Verfügung stellen. Wir führen Sensibilisierungsprogramme durch, im Rahmen derer wir einen Sicherheitspreis ausgeschrieben haben. Ich habe diesen kürzlich an zwei kleinere Betriebe verliehen, um deutlich zu machen, welche Möglichkeiten Mittelständler haben. Wir stellen fest, dass gerade auch die kleinen Unternehmen hier sensibel sind. Wenn wir gerade diese auszeichnen, wollen wir deutlich machen, dass man auch mit einem Mittlereinsatz, der nicht ins Unendliche steigt, etwas tun kann und dass die Kosten für den Einsatz von Mitteln, auch technischer Art, die auch dazu dienen, die eigenen Mitarbeiter zu befähigen, sich vor den Gefahren zu schützen, häufig geringer sind als die Kosten, die anfallen, wenn ein entsprechender Schadensfall eingetreten ist.

Nicht zuletzt richten wir hierzu am 21. Juli dieses Jahres im Neuen Schloss ein Symposium mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz aus. Adressaten sind gerade kleinere und mittlere Unternehmen, die bei diesem Themenkomplex, der uns wirklich wichtig ist, einbezogen werden sollen.

Was das Thema „Aufgabenfeld des Verfassungsschutzes“ anlangt, bin ich wirklich dankbar, dass immer wieder einmal darauf hingewiesen wird, dass zum Aufgabenportfolio des Verfassungsschutzes nicht nur das gehört, was man augenscheinlich immer im Fokus hat, sondern dass die Aufgaben wesentlich umfangreicher sind – gerade heute diskutieren wir über eine dieser Aufgaben –: Es gibt, wie gesagt, den Verfassungsauftrag, der zu erledigen ist, die Extremismusbekämpfung, den Auftrag, Seismograf zu sein, wahrzunehmen, wo sich im Land etwas entwickelt. Ferner geht es um die Bekämpfung von Wirtschaftsspionage sowie um Sicherheitsüberprüfungen, für die wir wirklich Personal brauchen. Dort geht es um Fälle, die abzarbeiten sind.

Ich habe noch nie einen Hehl daraus gemacht, dass das Landesamt für Verfassungsschutz so aufgestellt ist wie die anderen Landesbehörden auch, dass es nämlich im Vergleich mit

(Minister Reinhold Gall)

entsprechenden Behörden in anderen Ländern schlank aufgestellt ist. Wohlgernekt sind wir nicht nur im Verfassungsschutz, sondern auch in anderen Bereichen so aufgestellt. Wenn sich entsprechende Entwicklungen fortsetzen, muss man immer wieder auch über die Personalausstattung diskutieren. Das haben wir getan. Deshalb haben wir im Rahmen des Antiterrorpakets wieder entsprechende Stellen zuwachsen lassen.

Was das Thema Korruption anbelangt, Herr Kollege Blenke, versuchen wir, unsere Erfahrungen, die wir im Kampf gegen Korruption gemacht haben, beispielsweise auch in der Ukraine – Sie haben die Ukraine angesprochen –, gegenüber den Polizeibehörden einmal darzustellen und diesen Unterstützungsleistungen anzubieten, damit dieses Land stabile staatliche Rahmenbedingungen schaffen kann. Dies soll vor allem im Bereich der inneren Verwaltung, der Sicherheitsarchitektur – das Militär ist nicht unsere Aufgabe – erfolgen. Vor Ort konnten wir in Augenschein nehmen, dass dort gewaltige Umbrüche in diesen Bereichen, was Verwaltungsstrukturen, Sicherheitsstrukturen und Korruptionsverhinderung anlangt, bevorstehen. Wir beraten deshalb und sind hierbei auch gefragt, weil wir im Hinblick auf die Sicherheitsorgane in unserem Land gut aufgestellt sind.

Präsident Wilfried Klenk: Vielen Dank. – Gibt es Fragen vonseiten der Fraktion GRÜNE? – Nein. FDP/DVP? – Nein. SPD? – Nein. – Dann kommen wir wieder zur CDU.

Herr Kollege Zimmermann, bitte.

Abg. Karl Zimmermann CDU: Herr Minister, ich teile Ihre Sorgen und Ihre Ansichten dazu, woher die Gefahren kommen. Sie haben eben gesagt: Der Verfassungsauftrag ist vielfältig: Linksextremismus, Rechtsextremismus, Salafismus und jetzt auch Wirtschaftsspionage. Deshalb zwei Fragen.

Wie stehen Sie heute zu der noch vor wenigen Monaten verlautbarten Aussage und Forderung der Grünen, beim Verfassungsschutz 30 bis 50 % der Personalstellen abzubauen? Erachten Sie auch heute – Sie sagen, wir haben einen schlanken Apparat, nicht nur beim Verfassungsschutz, auch bei der Polizei, bei allen Sicherheitsorganen – das Personal gerade beim Verfassungsschutz in den genannten Bereichen, aber – speziell darum geht es heute – auch in der Bekämpfung der Wirtschaftsspionage für ausreichend genug, um sagen zu können: „Wir können präventiv, wir können operativ tätig werden, um die Sicherheit des Landes und die Sicherheit der Wirtschaft zu gewährleisten“? Oder meinen Sie wie ich, dass hier dringend zusätzliches Personal nötig wäre?

Präsident Wilfried Klenk: Herr Minister, bitte.

Innenminister Reinhold Gall: Ich will zur ersten Frage ganz einfach sagen, Herr Kollege Zimmermann, dass sich diese Frage gar nicht mehr stellt. Diese Regierung hat mit den Regierungsfractionen unter Beweis gestellt, beispielsweise beim Antiterrorpaket, dass man bereit ist, dort nachzusteuern, wo Bedarf gesehen wird. Dies haben wir getan. Damit war dieses Thema für mich beendet. Wir haben dort, wo wir es für dringend erforderlich gehalten haben, Personal aufwachsen lassen. Wie gesagt, Sicherheitsbehörden können immer ein wenig mehr Personal gebrauchen. Aber die Logik, mehr Personal bedeute ausdrücklich mehr Sicherheit, stimmt einfach

nicht. Es kommt immer darauf an, dass wir vernünftig vernetzt sind, vernünftig aufgestellt sind, was Strukturen anbelangt. Das haben wir mit der Polizeistrukturreform erreicht. Da haben wir ausgemerzt, was Sie der Polizei eingebrockt haben, nämlich Personalabbau, Rückzug aus der Fläche.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Widerspruch bei der CDU – Zuruf des Abg. Matthias Pröfrock CDU)

Gegenwärtig haben – das möchte ich so sagen – alle Landesbehörden, nicht nur die Sicherheitsbehörden, sondern auch die Regierungspräsidien, auch die Ministerien, im Prinzip einen schlanken Aufbau. Trotzdem wird im Vergleich mit anderen Ländern richtig gute Arbeit geleistet. Dafür sprechen tatsächlich alle Parameter.

Wir werden nun einfach die Situation beobachten, was das Thema Wirtschaftsspionage anbelangt, da das Thema nicht erst heute aufgeschlagen ist. In der Tat verändert sich die Cyberkriminalität, auch im Zusammenhang mit Spionage und Wirtschaftsspionage. Wir werden auch diese Entwicklung beobachten. Zu gegebener Zeit werden wir, wenn es erforderlich ist, auch nachsteuern.

Die Präsidentin des Landesamts für Verfassungsschutz hat vor wenigen Tagen bei der Landespressekonferenz im Rahmen der Vorstellung des Landesverfassungsschutzberichts gesagt, sie sei mit der Personalausstattung auch in diesem Bereich zufrieden. Der Verfassungsschutz kann seinen Aufgaben diesbezüglich nachkommen. Das heißt aber auch: Wir können die eigenen Sicherheitsbehörden nicht immer überfordern. Vielmehr kommt es auch in diesem Bereich darauf an, dass auch andere ihre Verantwortlichkeit erkennen. Das heißt, die Wirtschaft selbst muss Vorsorge leisten, die einzelnen Betriebe müssen Vorsorge leisten. Wir stellen im Prinzip die Grundlage zur Verfügung, was Beratung und Unterstützung anbelangt, und stehen als Ansprechpartner zur Verfügung.

Wir sind sehr aktiv, was Öffentlichkeitsarbeit anbelangt. Wir sind auf Messen unterwegs, sind in den Verbänden unterwegs, sind bei Einzelunternehmen unterwegs – ich verweise noch einmal auf das erwähnte Symposium –, und wir sind in den entsprechenden Gremien vertreten, die bundesweit vernetzt sind. Dass wir gut sind in diesem Bereich, mache ich schlicht und ergreifend auch daran fest, dass gerade unsere Leute in anderen Bundesländern und im Bund bis hin zum Bundesamt für Verfassungsschutz als Experten angefragt werden.

Das heißt, Stand heute will ich Ihre Frage so beantworten: Wir kommen mit dem Personal aus, das wir gegenwärtig haben.

Präsident Wilfried Klenk: Vielen Dank. – Gibt es weitere Zusatzfragen? Fraktion GRÜNE, FDP/DVP, SPD? – Nein. Dann kommt wieder die CDU dran.

Kollege Dr. Löffler.

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Herr Minister, Sie haben richtigerweise erkannt, dass Cybersicherheit zu den zentralen Herausforderungen unserer Politik in den nächsten Jahren zählt. Wir brauchen neue IT-Sicherheitsarchitekturen, wir brauchen neue Sicherheitssysteme für Informationstechnologie.

(Dr. Reinhard Löffler)

Jetzt hat der Ministerpräsident in einer Pressekonferenz erklärt, dass Cybersicherheit eine Hauptaufgabe einer Stabsstelle bei ihm im Staatsministerium sein soll. Sie sagen – ich meine, auch mit besseren Argumenten –, dass Cybersicherheit bei Ihnen, beim LKA oder beim Verfassungsschutz verortet werden soll. Wie lösen Sie den Konflikt innerhalb der Landesregierung, was konkret ist Ihr Aufgabenbereich bei der Cybersicherheit, und welche Aufgabe wird im Staatsministerium in Sachen Cybersicherheit wahrgenommen?

Präsident Wilfried Klenk: Herr Minister, bitte.

Innenminister Reinhold Gall: Herr Löffler, da gibt es überhaupt keinen Konflikt. Ich weiß gar nicht, woher Sie die Information oder die Erkenntnis haben.

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Ich habe vorhin davon gesprochen: Cybersicherheit und der Schutz vor Cyberangriffen in der digitalisierten Welt ist eine Gemeinschaftsaufgabe, zu der jeder in seinem Verantwortungs- und Zuständigkeitsbereich – Staat, Wirtschaft, die einzelnen Behörden – seinen Beitrag zu leisten hat. Dass wir uns da durchaus auch eine Vorreiterrolle zutrauen, dürfen Sie daran erkennen, dass wir die IT-Struktur des Landes Baden-Württemberg verändert haben.

Ich mache mal einen kleinen Rückblick auf das, was vorhin unter Tagesordnungspunkt 4 diskutiert worden ist: Veränderung der Verwaltung; es geht ja darum, nicht bei dem stehen zu bleiben, worauf man zu Recht stolz sein kann, sondern rechtzeitig zu erkennen, dass die IT-Struktur auch etwas mit Sicherheit zu tun hat. Das haben Sie, glaube ich, in der Vergangenheit auch selbst so gesehen. Diese Strukturveränderung hat etwas mit Sicherheit zu tun. Diese Strukturveränderung hat etwas damit zu tun, dass sich vieles digitalisiert, was wir schlicht und ergreifend immer unter das Schlagwort „Wirtschaft 4.0“ oder was auch immer stellen. Die Verwaltungen – das will ich damit sagen – betrachten intern beispielsweise Internetschnittstellen nicht mehr nur als Transportmittel – was die Landesverwaltung und übrigens auch Kommunalverwaltungen über Jahre und Jahrzehnte hinweg gemacht haben –, das ihre Arbeit erleichtert, sondern wissen, dass ein völlig anderer Ansatzpunkt gefunden werden muss.

Die Arbeit der Stabsstelle ist darauf gerichtet, dass im Prinzip Digitalisierung heute gerade für die jüngere Generation nicht nur Transportmedium ist, sondern etwas, dessen sie sich tagtäglich bedienen – ich nenne E-Government als Stichwort –, dass die digitale Welt als Arbeitsfeld gesehen wird.

Deshalb ist dies nichts anderes als eine Vernetzung der Aufgabenbereiche. Da muss man sich an der einen oder anderen Stelle – das will ich ausdrücklich sagen – noch finden. Denn Doppelstrukturen machen nun wirklich keinen Sinn, sondern es kommt darauf an, dass wir uns gegenseitig ergänzen. Wie wir die Schnittstellen diesbezüglich festlegen, werden wir in den kommenden Wochen und Monaten klären. Sie wissen, dass am 1. Juli der CIO seine Arbeit beginnt, und es gehört mit zu seinen Aufgaben, die IT-Sicherheitsstruktur und -architektur und die Aufgabengebiete aufeinander abzustimmen.

Präsident Wilfried Klenk: Mir liegen keine weiteren Zusatzfragen vor. Damit erkläre ich das erste Thema für abgeschlossen. – Herr Minister, vielen Dank.

Wir kommen nun zum zweiten Thema, beantragt von der CDU-Fraktion:

A s y l v e r f a h r e n

Ich darf das Wort dem Kollegen Pröfrock erteilen.

Abg. Matthias Pröfrock CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bund, Länder und Kommunen stehen vor großen Herausforderungen, was die Bewältigung der Flüchtlingslage angeht. Wir haben vonseiten der CDU-Fraktion bereits mit einer Großen Anfrage im Oktober 2013, in der Aktuellen Debatte im Juli 2014 und zuletzt noch in den Haushaltsberatungen im Dezember auf dieses Thema hingewiesen.

Unsere Forderungen an die Landesregierung waren: Führen Sie die Bezirksstellen für Asyl – Zusammenfassung von Landeserstaufnahmestelle, BAMF-Außenstelle und Verwaltungsgericht – wieder ein. Stimmen Sie der Erweiterung der Liste der sicheren Herkunftsstaaten zu, und führen Sie die Asylbewerber, die aus sicheren Herkunftsstaaten kommen, direkt aus der LEA zurück und verteilen Sie sie nicht aufs Land.

Wie war die Reaktion der Landesregierung? Nichts tun, zuschauen, abwiegeln, schönreden.

Wir haben die Landesregierung damals gefragt, was sie beispielsweise von der Wiedereinführung der Bezirksstellen für Asyl hält, und es kamen drei Antworten.

Erstens: Aufgrund der Zahl der Entscheider sei das BAMF nicht in der Lage, dieses Thema abzudecken. Dazu kann man heute nur feststellen: Das stimmt nicht. Das BAMF hat massiv aufgestockt: 2 000 zusätzliche Stellen,

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

zuletzt 750 neue Stellen in den Haushaltsberatungen im Mai beschlossen. Die Stellen sind da; das BAMF stellt das Personal zur Verfügung. Laut einer dpa-Meldung gibt es ein Pilotprojekt für Karlsruhe. Dort sind zusätzlich 30 Mitarbeiter allein für das Thema Kosovo eingestellt worden.

(Abg. Nikolaus Tschenk GRÜNE: Frage!)

Zweiter Punkt: Es stehe gar keine Unterbringungs Kapazität beispielsweise in Form von leer stehenden Kasernen zur Verfügung. Da muss ich nur nach Ellwangen schauen, da kann ich nach Meßstetten schauen, da kann ich auch nach Ulm schauen. Da sind diese Kapazitäten vorhanden und werden zum Teil von der Landesregierung überhaupt nicht abgerufen.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Und der dritte Punkt war: Solche Entscheidungen würden im Land nicht auf Akzeptanz stoßen.

(Abg. Nikolaus Tschenk GRÜNE: Wo ist die Frage?)

– Wie Frage? Ich habe drei Minuten Zeit, das zu begründen.

Präsident Wilfried Klenk: Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist eine Regierungsbefragung, und der Kollege hat drei Minuten Zeit, eine Frage zu stellen und diese auch zu begründen. Dabei ist er gerade.

(Abg. Walter Heiler SPD: Er hat drei Minuten! – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Abg. Matthias Präfroock CDU: Der dritte Punkt war: Entsprechende Standortentscheidungen dürften zudem kaum auf Akzeptanz stoßen. Auch das kann ich im Land überhaupt nicht erkennen. Im Gegenteil, man hat im Schulterchluss zwischen Land und Landkreisen bzw. Kommunen dafür gesorgt, dass in Meßstetten und in Ellwangen vor Ort genau diese Akzeptanz geschaffen wurde. Dennoch haben Sie lange nicht gehandelt.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Jetzt kommt plötzlich die dpa-Meldung: Aus der Bezirksstelle für Asyl wird ein Cluster; man möge doch bitte LEA, BAMF-Außenstelle und das Verwaltungsgericht vor Ort zusammenführen, damit man schneller die Verfahren abschließen könne. Anschließend heißt es dann noch: Die Flüchtlinge würden dann auch nicht zwischendurch von der Erstaufnahmestelle in andere Unterbringungen im Land gebracht.

Drei Kernforderungen der CDU-Fraktion sind erfüllt worden. Ich frage Sie jetzt: Was hat Sie alle zu diesem Sinneswandel gebracht? Was hat sich geändert zwischen dem Dezember 2013, als Sie die Große Anfrage beantwortet haben, und heute? Warum haben Sie nicht früher gehandelt?

Präsident Wilfried Klenk: Das Wort für die Landesregierung erteile ich Herrn Innenminister Gall.

Innenminister Reinhold Gall: Herr Präsident, werte Kolleginnen und werte Kollegen! Man kann sich manchmal schon wundern – das will ich sagen, Herr Präfroock –, wie Sie mit diesem Thema umgehen, wie Sie Sachverhalte aus dem Jahr 2013 mit aktuellen Entwicklungen vermischen. Es ist wirklich unverkennbar, was Sie beabsichtigen mit solchen Wortmeldungen, mit solchen Äußerungen und mit solchen Unterstellungen, die Landesregierung habe nicht gehandelt.

(Abg. Matthias Präfroock CDU: Oder zu spät!)

Ich will da wirklich an ein Wort der Bundeskanzlerin erinnern, die ja Ihr Parteibuch besitzt

(Abg. Peter Hauk CDU: Ja, Gott sei Dank!)

und die bei diesem Thema eine völlig andere Sprache anschlägt, die ihrer Verantwortung jedenfalls dergestalt gerecht wird, dass sie sprachlich sauber agiert, indem sie bei diesem Thema ausdrücklich von einer Verantwortungsgemeinschaft spricht. Wir alle wissen doch, denke ich, dass wir vor einer enormen Herausforderung stehen, dass sich Flüchtlingsströme auf der ganzen Welt so entwickelt haben, wie wir es 2013, Herr Präfroock, noch nicht absehen konnten,

(Abg. Matthias Präfroock CDU: Das war mein erster Satz!)

jedenfalls nicht in dieser Dimension und in dieser Geschwindigkeit. Wir wissen doch auch, dass alle Prognosen, auf die dann auch entsprechende Entscheidungsmaßnahmen und bestimmte Handlungen der Landesregierung, auch der Kommunen und der verantwortlichen Landkreise, abgestellt haben, auf Zahlen basieren, die uns der Bund zur Verfügung gestellt hat und die nicht einmal richtig gewesen sind – das will ich ausdrücklich sagen –, weil – da steckt jetzt kein Vorwurf drin;

auch das will ich ausdrücklich sagen – bestimmte Entwicklungen auf der Welt einfach nicht vorhersehbar gewesen sind.

Ich denke jetzt an das, was aktuell auf dem Mittelmeer gemacht wird, nämlich umfangreiche Rettungsaktionen in den zurückliegenden Monaten. Dies führt natürlich dazu, dass mehr Menschen untergebracht werden müssen, als dies hat prognostiziert werden können. Das muss man dann einfach auch akzeptieren.

Deshalb fände ich es wirklich angebracht, wenn wir gemeinsam an Lösungen orientiert wären und uns nicht mit Fragen aufhalten würden wie: Warum haben Sie 2013 nicht gemacht, was wir für richtig erachtet haben? Wir hatten zwischenzeitlich nämlich auch wieder einmal eine Situation, bei der auch wir tatsächlich davon ausgingen, dass die Plätze, die in den LEAs oder in den BEAs geschaffen worden sind, auf mittlere Frist noch ausreichend sein werden, dass wir die Ziele, die wir uns in Bund-Länder-Arbeitskommissionen gemeinsam über alle Parteigrenzen hinweg gegeben haben, was beispielsweise Verfahrensbeschleunigung anlangt, was die Diskussion um sichere Herkunftsstaaten anlangt, erreichen werden. Das alles sind ja Bausteine, um mit der Situation irgendwie halbwegs vernünftig – ich muss es leider so sagen – fertigzuwerden. Da sind wir in vielen Bereichen gemeinsam unterwegs.

Morgen wird ein erneutes Gespräch der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten stattfinden, bei dem man sich über weitere Aktionen unterhalten wird, darüber, wo denn was gemacht werden kann, um mit der Situation umzugehen.

Dass die Landesregierung gehandelt hat, dass sie beispielsweise eine Ausweitung der Liste der sicheren Herkunftsstaaten unterstützt hat, sollten Sie hier nicht unterschlagen, ebenso dass wir im Rahmen unserer Möglichkeiten eine Verfahrensbeschleunigung gemacht haben, dass wir uns in einem guten Miteinander mit den Kommunen einig gewesen sind, dass die Menschen, die dann von den Regierungspräsidien auf die Stadt- und Landkreise verteilt werden, auch in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden können. Das sind doch alles große Gemeinschaftsleistungen gewesen. Da können Sie doch nicht so tun, als ob in den zurückliegenden Wochen und Monaten nichts passiert wäre.

(Abg. Matthias Präfroock CDU: Nur zu spät!)

Aber, wie gesagt, ich sehe hier in der Tat eine Dramatik, wenn Menschen vor der LEA stehen und die Vorgänge nicht bearbeitet werden können. Da sollten wir uns auch nicht gegenseitig irgendwie die Schuld zuschieben.

Wenn Sie jetzt beispielsweise behaupten, das BAMF hätte Stellen zur Verfügung gestellt, dann muss ich dem einfach widersprechen. Bisher war das nämlich nichts anderes als eine Absichtserklärung, weil beispielsweise noch die haushalterische Umsetzung fehlte. Selbst wenn die Stellen geschaffen wären, fehlten immer noch die Personen.

Wenn die Bearbeitung von Asylverfahren in Baden-Württemberg länger dauert als in anderen Bundesländern, dann haben das nicht wir zu verantworten, sondern das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Denn es ist ausschließlich dessen Aufgabe, mit dem Thema fertigzuwerden. Ich weise da nicht

(Minister Reinhold Gall)

mit dem Finger auf andere, wie Sie das tun. Das ist aber so vereinbart worden. Die personellen Ressourcen müssen erst einmal zur Verfügung stehen, damit auch wir in diesem Punkt besser werden können.

Ich will aber auch ausdrücklich sagen: Es wird nicht genügen, die Asylverfahren zu beschleunigen bzw. einer schnelleren Lösung zuzuführen. Angesichts der Tatsache, dass pro Tag Hunderte, Aberhunderte von Menschen zu uns kommen, liegt es nun wirklich auf der Hand, dass es selbst bei abgeschlossenen Asylverfahren schlicht und ergreifend weder logistisch noch aus humanitären oder anderen Gründen machbar ist, die Menschen in dem Umfang zurückzuführen. Logistisch ist es völlig undenkbar, dass das Land pro Tag 500 Menschen in die Herkunftsländer zurückführt. Denn dazu bedarf es der Mitarbeit vieler anderer. Außerdem leben wir in einem Rechtsstaat. Es können daher Rechtsmittel eingelegt werden. Im Prinzip müssen wir auch mit den Herkunftsländern vereinbaren, dass und wer zurückgeführt wird. Das sind Verwaltungsabläufe, die nicht so einfach aus dem Ärmel geschüttelt werden können.

Wenn wir uns einig werden, dass dies die Rahmenbedingungen sind, unter denen gearbeitet werden muss, dann können wir uns eigentlich solche Frage-Antwort-Spiele wie jetzt sparen. Vielmehr sollten wir uns gemeinsam bemühen, herauszufinden, an welchen Stellschrauben es noch Veränderungsbedarf gibt. Es gibt Veränderungsbedarf. Das sehe ich ausdrücklich so. Lassen Sie uns darüber reden, wie wir dann entsprechend mit der Situation umgehen.

(Glocke des Präsidenten – Abg. Matthias Präfrock
CDU: Sagen Sie doch einmal etwas dazu!)

Präsident Wilfried Klenk: Das Wort für eine Zusatzfrage für die Fraktion GRÜNE erteile ich dem Kollegen Lede Abal.

Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sehr geehrter Herr Gall, zunächst einmal vielen Dank für die Antwort. Ich denke, dass Sie zu dem, was das Zusammenspiel von Bundes- und Landesebene angeht, zu Recht auf die Notwendigkeit der Zusammenarbeit hingewiesen haben. An dieser Stelle möchte ich noch einmal ansetzen.

Vergangene Woche hatten wir im Integrationsausschuss Besuch vom Präsidenten des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Das wird jetzt den Mitgliedern des Innenausschusses und auch Ihnen so nicht geläufig sein. Vielleicht können Sie aber darlegen oder gegebenenfalls schriftlich nachreichen, welche Zusagen es von der Bundesregierung dazu gegeben hat, in welchem Ausmaß aufgestockt werden soll und wo das Bundesamt konkrete Ansätze für eine verbesserte Zusammenarbeit sieht, z. B. auch, was die Übergänge zum schriftlichen Verfahren angeht. Es gab verschiedene Priorisierungen unterschiedlicher Gruppen. Es gab das schriftliche Verfahren, gerade bei Herkunftsländern mit einer sehr eindeutigen Rechtslage.

Vielleicht können Sie auch noch etwas dazu sagen, wie sich das Ganze hinsichtlich der Kapazitäten in der Erstaufnahme dadurch entwickelt hat, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Karlsruhe bei der Aufnahme von Verfahren, bei der Entgegennahme von Anträgen einen Bearbeitungsrückstau hat, und welche Informationen Ihnen dazu vorliegen.

Innenminister Reinhold Gall: Das kann ich. Es gibt einen erheblichen Bearbeitungsrückstau, der erst einmal abgebaut werden muss.

In der Tat haben wir miteinander Vereinbarungen getroffen. Man muss aber, wie gesagt, auch anerkennen, dass selbst das, was vereinbart worden ist, nicht immer 1 : 1 umsetzbar ist. Denn wenn man mehr Personal haben möchte, dann muss dieses Personal erst einmal – ich benutze nun einmal die Sprache des Innenministers – rekrutiert werden. Das heißt, es muss auf dem freien Markt erst einmal versucht werden, dieses zu gewinnen.

Häufig machen wir die Erfahrung, dass wir hierfür zwar Menschen finden, diese aber nach 14 Tagen, drei oder vier Wochen wieder abspringen, weil die Arbeit eine enorme Belastung mit sich bringt. Das ist keine Frage. Selbst wenn Stellen geschaffen sind und Geld zur Verfügung steht, bleibt es schwierig. Ich sage einmal, es scheitert nicht am Geld. Denn es ist uns allen bewusst, dass es nicht darum geht, Finanzlasten hin- und herzuschieben. Wir müssen die finanziellen Spielräume auch nutzen. Aber selbst wenn man sie nutzen könnte, bekommen wir nicht das entsprechende Personal.

Deswegen bezahlen wir auf Landesebene beispielsweise diejenigen, die sich aus den Landesverwaltungen, aus den Regierungspräsidien heraus bereit erklären, im Regierungspräsidium Karlsruhe hier Unterstützung zu leisten, einen Zuschlag, wie es in den Neunzigerjahren – ein paar ältere Kollegen werden sich noch daran erinnern – auch üblich war. Dadurch soll wertgeschätzt werden, was dort an Arbeit geleistet wird. Von Entlohnung kann bei der Größenordnung, die das Land zur Verfügung stellen kann, nicht gesprochen werden. Es soll jedenfalls honoriert werden, dass diese Menschen bereit sind, diese Aufgabe zumindest zeitweise zu übernehmen.

Über Monate hinweg waren Polizeibeamtinnen und -beamte der Bereitschaftspolizei in der LEA, um die Erstaufnahme durchzuführen. Zwischen Bund und Ländern ist die konzentrierte Aktion „Kosovo“ zur beschleunigten Rückführung vereinbart worden. Das sind alles Maßnahmen, die getroffen worden sind.

Herr Kollege Lede Abal, wir haben die Verfahrensabläufe verbessert, die Schnittstellen zwischen BAMF, Ersterfassung und allem, was erforderlich ist. Das fängt an bei vermeintlich banalen Dingen wie: Wo sind sie denn eigentlich in der LEA verortet? Gibt es da lange Wege? Gibt es dort Möglichkeiten, die Fristen, die Aufnahme, die Erfassung, vielleicht auch die Gesundheitsuntersuchung und all das, was ich genannt habe, so zu konzentrieren, dass alles ein bisschen schneller geht? Das haben wir gemacht.

Wir merken jetzt gerade anhand der aktuellen Entwicklung und Situation, dass die LEAs deutlich überlastet sind. Man muss schon auch wissen, dass manches, was gut gemeint ist, in der Lebenswirklichkeit nicht immer gut funktioniert.

Mit der konzentrierten Aktion „Kosovo“ wollte man durch eine schnellere Rückführung beispielsweise auch ein Zeichen setzen, dass es sich nicht lohnt, den Weg nach Deutschland auf sich zu nehmen. Wir haben uns auch eine Signalwirkung für die freiwillige Rückkehr versprochen, wenn wir die Menschen quasi an die Hand nehmen, sie aufklären, sie informie-

(Minister Reinhold Gall)

ren, sie entsprechend beraten. Die freiwillige Rückkehr zu beschleunigen war kein Erfolg. Das muss ich sagen. Daran gibt es nun auch überhaupt kein Interesse mehr. Im zurückliegenden Jahr waren – die Hausnummer mag auf 100 stimmen oder auch nicht – nur 3 000 Menschen bereit, freiwillig auszureisen. Bei allen anderen mussten oder müssen staatliche Maßnahmen greifen.

Daran wird aber deutlich, dass wir uns entsprechend mühen. Ich halte die Absicht für richtig, die Gruppen, für die wir wirklich zu über 99 % annehmen können, dass sie kein Bleiberecht haben, direkt aus der LEA zurückführen. Das bedeutet logischerweise, dass diese Plätze in der LEA für die anderen dann blockiert sind.

(Abg. Matthias Präfrock CDU: Den Vorschlag habe ich im Dezember schon gemacht!)

Die Lage in den LEAs ist nun mehr als angespannt. Deshalb ist das Integrationsministerium auf allen Ebenen bemüht und bereit, entsprechend Flächen für eine Unterbringung zu suchen. Dafür bedarf es aber auch der Bereitschaft aller, sich der Verantwortung bewusst zu werden, das Land bei dieser Aufgabe zu unterstützen.

Da wissen Sie schon auch aus eigener Erfahrung, wie ich denke, dass dieses Unterfangen keineswegs leicht ist. Es gibt Vorbehalte und Widerstände. Es bedarf sehr großer Überzeugungsarbeit.

(Zuruf des Abg. Matthias Präfrock CDU)

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie hier mithelfen würden.

Präsident Wilfried Klenk: Gibt es weitere Fragen von der SPD oder der FDP/DVP? – Nein.

Dann käme wieder der Kollege von der CDU, Herr Abg. Präfrock, an die Reihe.

Abg. Matthias Präfrock CDU: Herr Minister, dass es sich hier um eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Kommunen handelt, war mein erster Satz. Dass wir uns im Landtag von Baden-Württemberg die baden-württembergischen Behörden vornehmen, ist, wie ich meine, eine bare Selbstverständlichkeit. Ich verstehe gar nicht, wie Sie sich darüber aufregen können.

Innenminister Reinhold Gall: Ich rege mich doch gar nicht auf.

Abg. Matthias Präfrock CDU: Die Entwicklung war seit Jahren absehbar. Ihr Vorschlag, direkt aus der LEA zurückführen, stammt vom Oktober letzten Jahres. Ich habe ihn hier in der Haushaltsdebatte im Dezember vorgetragen.

Innenminister Reinhold Gall: Das machen wir doch.

Abg. Matthias Präfrock CDU: Was ist denn in der Zeit passiert? Was ist jetzt der Unterschied – das frage ich jetzt noch einmal – zwischen einem Cluster und einer Bezirksstelle für Asyl? Das Staatsministerium erklärte in einem Pressegespräch, dass ein Cluster prima sei und eine Bezirksstelle für Asyl schon immer schlecht gewesen sei. Können Sie mir bitte erläutern, wie es dazu kommt?

Innenminister Reinhold Gall: Sehen Sie, Sie sind schon wieder auf dem Nebengleis. Wir streiten uns doch nicht über Begrifflichkeiten, sondern wir bemühen uns doch, Organisationsstrukturen und Einheiten zu schaffen, die im Prinzip dem gerecht werden, was Sie offensichtlich auch wollen, nämlich dass wir Verfahren beschleunigen, dass wir im Prinzip die beteiligten Stellen möglichst alle an einem Ort konzentrieren, damit wir schnelle Entscheidungs- und Umsetzungswege haben. Ob dies dann Bezirksstelle oder Cluster heißt – ich sage es Ihnen ganz salopp –, das halte ich nun wirklich für nebensächlich.

Es kommt darauf an, dass wir Organisationsstrukturen schaffen, die gewährleisten, dass wir schnelle Verfahren haben und dass wir die Menschen, die offensichtlich und augenscheinlich kein Bleiberecht haben, die sich nicht auf das Grundrecht auf Asyl berufen können, so schnell wie möglich in die Herkunftsländer zurückführen. Jedenfalls habe ich dies als gemeinsames Ziel betrachtet. Ich jedenfalls versuche, meinen Teil dazu beizutragen – der mag an der einen oder anderen Stelle kritisiert werden, aber wohlgerne von mehreren Seiten, wie ich gelegentlich feststelle –, aber letztendlich haben wir alle in unserem Bereich – jeder in seinem Bereich – unseren Anteil zu leisten.

Ich kann es beispielsweise deutlich machen, was Rückführungen anbelangt. Auch dazu höre ich immer wieder Äußerungen, die schlicht und ergreifend nicht der Wahrheit entsprechen. Stand Mitte Juni dieses Jahres liegt die Größenordnung der Rückführungen bei 75 % der Gesamtzahl der Rückführungen im Jahr 2014. Wir verschlechtern uns da nicht.

(Zuruf des Abg. Matthias Präfrock CDU)

Wir setzen kontinuierlich das fort, was wir uns vorgenommen haben. Wie gesagt: Rückführungen sollen so schnell wie irgend möglich stattfinden. Aber auch das liegt nicht immer in unserem Ermessen. Sie kennen die Rechtsmöglichkeiten, die bestehen. Sie alle kennen die Varianten, die wir vorfinden: keine Pässe mehr, das Geltendmachen von Krankheitsgründen, auch die Nichtkooperationsbereitschaft mancher Herkunftsländer – das gehört schlicht und ergreifend auch dazu. Wir können keine Menschen zurückführen, wenn die Herkunftsländer oder in dem Fall dann die Zielländer nicht bereit sind, diese Leute aufzunehmen. Das bedarf nun einmal umfangreicher Abstimmungsgespräche; mit manchen funktioniert es richtig gut, mit anderen weniger gut.

Das sind einfach die Rahmenbedingungen, die tagtäglich in der Lebenswirklichkeit vorzufinden sind und die uns nicht dabei unterstützen, noch mehr zu tun. Nur am Rande sei bemerkt: Es gibt zwischenzeitlich auch schon Fluggesellschaften, die uns dabei nicht unterstützen. Das heißt, wir haben tatsächlich auch manchmal Probleme, für entsprechende Zwecke Flugzeuge zu chartern, um rückführen zu können. Auch das gehört zur Wahrheit.

Präsident Wilfried Klenk: Eine weitere Zwischenfrage, Kollege Mack.

Abg. Winfried Mack CDU: Herr Minister, Frau Krebs hat, als wir vorhin die Frage gestellt haben, auf ihrem Handy tippend den Saal verlassen. Das hängt sicher damit zusammen, dass sie am 31. Oktober 2014, also vor fast acht Monaten, in der „Badischen Zeitung“ erklärt hat, das rückwärtsgerandete

(Winfried Mack)

Konzept der Bezirksstellen für Asyl, das die CDU und der Landkreistag forderten, könne man nicht verwirklichen, es sei gescheitert, das Staatsministerium habe eine andere Weisheit.

Mittlerweile sind acht Monate vergangen. Es ist viel Zeit verspielt worden. Das ist ein massives Versäumnis der Landesregierung, wenngleich wir uns darin einig sind, dass das Thema Balkan bearbeitet werden muss. Wenn nur 0,1 % der Asylbewerber eine Anerkennungschance haben, dann muss systematisch zurückgeführt werden. Deswegen sind diese Bezirksstellen für Asyl notwendig, und es muss aus den LEAs heraus abgeschoben werden.

Daraus ergeben sich zwei Fragen: Erste Frage: In Ellwangen beispielsweise hat die Regierung vor vier Monaten schriftlich in einem öffentlich-rechtlichen Vertrag versichert, dass niemals mehr als 1 000 Menschen in der LEA sind. Heute sind es weit über 1 000 Menschen, und vor Ort wird das als Vertragsbruch der grün-roten Landesregierung gewertet. Was wollen Sie tun, damit diese LEAs nicht auch weiterhin überfüllt sind?

Zweite Frage: Wie schaffen Sie es, die Verfahren effizienter zu machen? Die Flüchtlinge werden derzeit in einer LEA dreimal registriert: Wenn sie dort ankommen, werden sie bei European Homecare registriert – das ist der Unterbringungsbereich –, dann werden sie beim Gesundheitsamt ein zweites Mal registriert, und erst, wenn sie das hinter sich haben, werden sie ein drittes Mal registriert, nämlich beim BAMF. Erst dann wird der Daumen genommen.

Das Ganze sehe ich natürlich auch als Sicherheitsrisiko. Sie haben selbst gesagt, dass kriminelle Strukturen Flüchtlingsunterkünfte nutzen, um von da aus ihr Handwerk zu betreiben. Wenn die Flüchtlinge erst nach 14 Tagen oder drei Wochen vom BAMF registriert werden und vorher keine echte Registrierung erfolgt, weil zunächst die Verfahren bei European Homecare, beim Gesundheitsamt usw. ablaufen, dann können diese Strukturen genutzt werden, und – so wurde mir das auch berichtet – dann verschwinden auch einige wieder, bis das BAMF am Zuge ist. Daher glaube ich, dass da erhebliche Missstände bestehen bis hin zu dem, was Ellmau gebracht hat, dass nämlich 10 555 ausländerrechtliche Verstöße festgestellt wurden.

Das führt mich dann noch zu der Frage: Was wird denn von den Sicherheitsbehörden gegen die Schleuserkriminalität getan?

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Wilfried Klenk: Herr Abg. Mack, die Zeit ist zu Ende. – Herr Minister, bitte.

Innenminister Reinhold Gall: Ich finde es schon hochinteressant, wie die Problematik der Unterbringung – es ist eine Problematik – schon wieder mit Kriminalität verknüpft wird,

(Abg. Winfried Mack CDU: Nein, das sind Ihre Worte!)

wenn auch nur unterschwellig oder sogar so, dass in der Tat nicht missverstanden werden kann, was Sie, Herr Kollege Mack, zum Ausdruck bringen wollten.

(Abg. Winfried Mack CDU: Ich habe Sie zitiert!)

Ich will ausdrücklich sagen: Ich wundere mich auch, welche Zusammenhänge Sie herstellen, wenn die Staatsministerin mit dem Handy den Saal verlässt. Ich finde, das wird wiederum der Ernsthaftigkeit des Themas nicht gerecht. Aber dann kann man doch solche Bemerkungen bleiben lassen. Das will ich damit einfach zum Ausdruck bringen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Warum haben denn die Durchsuchungen stattgefunden?)

Ich will ausdrücklich sagen: Von Missständen, wie Sie sie jetzt hier in den Raum stellen wollten, will ich auch nicht sprechen. Wir haben eine schwierige Situation vor Ort – das ist überhaupt keine Frage –, aber wir haben auch Verbesserungsmöglichkeiten; auch das ist völlig klar.

Weil Sie immer wieder versuchen, es zuzuspitzen – die Zuspitzung hat immer nur eine Richtung; das spüre ich schon –, lege ich Wert auf die Feststellung: Gerade weil das Verfahren so, wie Sie es geschildert haben – dass wiederholt erfasst werden musste, dass nicht das passiert, was man beispielsweise machen könnte, nämlich eine Erfassungsstelle einzurichten, von der die Daten an die anderen Beteiligten gegeben werden –, teilweise deshalb nicht erfolgt, weil es eine Betriebsvereinbarung des Betriebsrats des BAMF mit dem BAMF gibt, wonach die Verfahren nicht bearbeitet werden, bevor die Gesundheitsuntersuchung nicht stattgefunden hat, gerade deshalb habe ich die Bitte: Nutzen Sie einmal Ihre Kontakte zum Bundesinnenminister, um ihn zu bitten, mit dem Hauptpersonal in seinem Haus in Kontakt zu treten und zu fragen, ob es eigentlich zu verantworten ist, zu sagen: „Wir beschäftigen uns mit den Menschen zunächst einmal gar nicht, das sollen erst einmal diejenigen machen, die im Land Baden-Württemberg mit den Menschen zu tun haben, und dann erst unsere Leute.“

Das zeigt, es gibt – das will ich ausdrücklich sagen – im Verwaltungsablauf nach wie vor Verbesserungsbedarf; keine Frage. Aber machen wir uns nichts vor: Auch wenn uns dies alles gelingt, dann wird uns die Dimension der Flüchtlingsströme vor enorme Herausforderungen stellen.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

– Ja, das haben Sie gesagt. – Die Vereinbarungen in Ellwangen und in Meßstetten sind getroffen worden, um den Menschen eine Zahl vor Augen zu führen, mit wie vielen Menschen in den Unterbringungsstellen zu rechnen ist. Aber wir haben nun einmal die Situation, dass die Zahlen, die prognostiziert worden sind, nicht gestimmt haben, dass deutlich mehr Menschen zu uns kommen, als wir erwartet haben. Von Ihnen kenne ich übrigens auch keine Zahl. Ich nehme für mich in Anspruch, einer der wenigen zu sein, die die Zahlen, die das BAMF genannt hat, immer wieder infrage gestellt haben. Wir haben immer wieder darauf gedrängt, dass man versucht, sich – in der Feuerwehrsprache ausgedrückt – vor der Lage zu befinden. Das haben wir gemacht.

Was ist zu tun? Keine Frage: Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, um zusätzliche Unterbringungskapazitäten zu finden und zu schaffen. Wenn Sie von Missständen reden, dann möchte ich schon noch einmal sagen: Ja, die Zustände in den LEAs sind alles andere als optimal. Aber dann rate ich Ihnen, einen Blick beispielsweise in eine LEA oder BEA in Bayern zu werfen. Da sieht die Welt nämlich ein bisschen anders aus – das heißt im Klartext: schlechter – als bei uns. Ich

(Minister Reinhold Gall)

will damit nur sagen: Wir haben eine Problematik in ganz Deutschland, in allen Bundesländern, die wir nur lösen können, wenn wir gemeinsam an Lösungen arbeiten und nicht immer nur an der einen oder anderen Stelle suchen, wer da vielleicht einen Fehler gemacht hat, wer da vielleicht drei Monate zu spät reagiert hat.

Wie gesagt: Wenn wir auf allen Ebenen Unterstützung bekommen, beispielsweise auf Ebene der Verbände, der Kirchen, der Gewerkschaften – Ich spreche jetzt einfach von Immobilien, die zur Verfügung stehen. Ich habe vor Monaten schon einmal gesagt: Dann fällt halt einmal das eine oder andere Weiterbildungsangebot, egal, in welcher Einrichtung, für ein halbes Jahr aus; denn dort könnten wir relativ schnell Unterbringungskapazitäten schaffen,

(Zuruf: Richtig!)

dort ist die Infrastruktur vorhanden. Da sind alle gefordert, quer durch alle gesellschaftlichen Schichten hindurch, ihren Beitrag zu leisten. Dann könnten wir meines Erachtens auch die Situation in den bestehenden LEAs entschärfen.

Präsident Wilfried Klenk: Vielen Dank. – Eine weitere Zusatzfrage, Kollege Lede Abal.

Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Herr Minister Gall, Sie haben jetzt dankenswerterweise mehrfach darauf abgehoben, dass das Zusammenspiel der verschiedenen Ebenen notwendig ist und es auch wenig sinnvoll ist, sich gegenseitig mit Vorwürfen zu überziehen. Ich finde es deshalb auch besonders schade, dass der Kollege Mack jetzt so stark kritisiert, dass das BAMF zwei Wochen braucht, bis dort Flüchtlinge registriert werden. Das ist insofern schade, als das BAMF im Rahmen seiner Möglichkeiten alle Ressourcen nutzt, um die Registrierung von Flüchtlingen zu ermöglichen.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

– Ja, das haben Sie so gesagt. Das ist ein Eigentor, das Sie eben nebenbei geschossen haben. Das ist halt Ihr Problem.

Aber die Frage, die ich an Sie richten möchte, ist: Der Kollege Mack hat noch etwas anderes behauptet, nämlich dass es drei Registrierungen gebe. Ich habe mir die Abläufe in LEAs angeschaut. Mir sind bisher nur zwei Registrierungen bekannt, nämlich eine Registrierung bei der LEA selbst, die für die Unterbringung und die Versorgung wichtig ist, und eine weitere Registrierung beim Bundesamt. Es gibt dazwischen noch eine Gesundheitsuntersuchung, die aus meiner Sicht aber keine Registrierung ist, sondern es ist eben notwendig, sich dafür einen Termin zu beschaffen.

(Zuruf des Abg. Matthias Pröfrock CDU)

– Ja, es ist keine Registrierung.

Vielleicht können Sie, wenn Ihnen dazu etwas vorliegt, noch einmal darauf verweisen, dass die beiden unterschiedlichen Registrierungen auch deshalb notwendig und vorgeschrieben sind, weil es sich um unterschiedliche Datensysteme handelt. Auch ist aufgrund bestimmter Vorgaben des Datenschutzauftrags, der auf die Einhaltung der Datenschutzvorschriften achtet, der Austausch von Daten nicht ohne Weiteres möglich.

Präsident Wilfried Klenk: Herr Minister, bitte.

Innenminister Reinhold Gall: Herr Lede Abal, Sie haben jetzt einen Punkt angesprochen, der zu denen gehört, bei denen ich vorhin auch sagte: Das, was uns gelegentlich vermeintlich als großes bürokratisches Hindernis oder was auch immer erscheint, hat eben auch bestimmte Gründe. Das hat nichts mit Unfähigkeit oder mit mangelndem Willen zur Zusammenarbeit zu tun,

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

sondern es gibt einfach auch gesetzliche Rahmenbedingungen, überhaupt keine Frage. Das Thema Fingerabdrücke, Datenabgleiche – das habe ich hier unterschwellig mitschwingen hören – ist eben nicht so zu behandeln, wie Sie sich das vielleicht gern vorstellen.

In der Tat – ich will Probleme auch nicht beschönigen – stehen wir auch vor dem Problem, dass wir schon jetzt Menschen an den LEAs vorbei unterbringen müssen, was dann natürlich die Erfassung wiederum erschwert. Deshalb haben wir seitens der Polizei beispielsweise Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ausländerbehörden vor Ort befähigt, dies zu tun.

Aber das alles bedarf im Prinzip erst einer Anlaufphase. Es muss Handlungssicherheit hergestellt werden, es muss entsprechend überprüft und im Vorfeld organisiert werden.

Ich will damit ausdrücklich sagen: Das sind Stellschrauben, die wir erkannt haben. Da wird versucht, entsprechende Veränderungen herbeizuführen. Aber die Maßnahmen greifen nun einmal nicht von heute auf morgen.

Gleichwohl will ich noch einmal darauf hinweisen: Selbst wenn wir dies alles verbessern, bleibt das Problem der Rückführung bestehen, weil man Menschen nicht in der – ich benutze den Begriff jetzt einmal wirklich – Masse zurückführen kann, wie sie tagtäglich bei uns „aufschlagen“. Wenn 500 Menschen am Tag kommen, haben wir keine Arbeitskapazität, um dies entsprechend umzusetzen.

Wir müssen Prioritäten setzen. Das haben wir gemacht. Das machen wir, weil wir auch Zeichen setzen wollten – das sage ich unumwunden –, die allerdings bisher nicht insoweit Früchte getragen haben, wie jedenfalls ich es mir erhofft hätte.

Deshalb kommt es jetzt, glaube ich, darauf an, über unterschiedliche Möglichkeiten und Maßnahmen in Ruhe noch einmal zu diskutieren. Mit Ruhe meine ich Sachlichkeit – nichts überstürzen. Ich erhoffe mir deshalb vom morgigen Gipfel bei der Kanzlerin, dass sich die Regierungschefs auf weitere Parameter einigen, durch die wir auch Handlungsmöglichkeiten haben, dies entsprechend umzusetzen.

Ich will ausdrücklich noch einmal sagen: Bei der ganzen Thematik „Wann bearbeitet das BAMF, wie lange braucht das BAMF?“ haben wir überhaupt keine Möglichkeiten und Kompetenzen, weil dies ausdrücklich eine Bundesangelegenheit ist. Da arbeiten wir im Zweifel – jedenfalls im Bereich der Abschiebung – nur auf Weisung und als Aufgabenerfüller für den Bund, und das BAMF ist eine Einrichtung des Bundes – nicht mehr und nicht weniger.

Präsident Wilfried Klenk: Herr Minister, vielen Dank. – Die Regierungsbefragung ist damit beendet.

Punkt 6 der Tagesordnung ist erledigt.

(Präsident Wilfried Klenk)

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Schülerwettbewerb des Landtags zur Förderung der politischen Bildung – Drucksache 15/6794

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Das Wort erteile ich Frau Kollegin Kurtz für die CDU-Fraktion.

Abg. Sabine Kurtz CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Landtag richtet seit 1957 einen Schülerwettbewerb zur politischen Bildung aus. Dieser Wettbewerb hat sich zu einem richtigen Erfolgsmodell entwickelt. Wir haben ihn auch immer weiterentwickelt.

Wir Beiratsmitglieder geben uns immer viel Mühe, für die jungen Menschen aktuelle Themen zur Auswahl zu stellen. Auch die Palette der Formen haben wir immer weiterentwickelt, und sie ist mittlerweile sehr vielfältig und breit. Neben den klassischen Aufsätzen und Reportagen, die man in Einzel- oder in Gruppenarbeit abgeben kann, kann man mittlerweile auch ein Lied, eine Website oder sogar einen Videoclip einreichen.

Es gibt einen kompetenten Kreis von Juroren, die die eingereichten Arbeiten sichten und bewerten. Hinter den Kulissen wird sehr geräuschlos Großartiges geleistet.

Es ist auch an der Zeit, all denjenigen, die den Landtag, die uns alle dabei unterstützen, hier einmal Danke schön zu sagen.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Ich will das gern auch einmal namentlich tun und Frau Monika Greiner von der Landeszentrale für politische Bildung mit ihrem Team nennen. Ich möchte ihr ganz herzlich danken. Bei der Landtagsverwaltung wiederum ist Frau Elisabeth Krause sehr rührig und sehr unterstützend dabei.

Außerdem haben wir im Beirat viele externe Mitglieder, Lehrerinnen und Lehrer und Profis, die ständig in engem Kontakt zu der jungen Generation stehen und dicht an ihr dran sind.

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Am vergangenen Donnerstag haben wir wieder eine sehr schöne Feierstunde erlebt. Da konnten wir die Preise an die erstplatzierten Preisträger überreichen. Dabei wird uns immer wieder vor Augen geführt, dass wir es mit einer jungen, neugierigen und sehr interessierten Generation zu tun haben und dass sich die jungen Menschen durchaus für gesellschaftliche und politische Themen begeistern lassen.

Es sind jährlich ungefähr 3 000 bis 4 000 Schülerinnen und Schüler aus ungefähr 150 Schulen, die sich beteiligen. Sie werden unterstützt und motiviert von Lehrkräften, die das Ganze zusätzlich zu ihrem Unterricht begleiten. Auch ihnen gilt ein ganz ausdrücklicher Dank. Denn ohne diese Beglei-

tung würden wir nicht immer so hervorragende Arbeiten zu sehen bekommen.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Wir können uns also freuen, dass es dem Landtag gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung immer wieder gelingt, junge Menschen auf Politik neugierig zu machen. Viele bleiben anschließend auch der Landeszentrale für politische Bildung verbunden und nutzen deren Angebote und Fortbildungsveranstaltungen.

Frau Greiner schafft es auch immer wieder – Sie haben es vielleicht gemerkt, wenn wir hier im Landtag Veranstaltungen haben –, auch ehemalige Teilnehmerinnen oder Teilnehmer zu bewegen, einen Part bei diesem Festakt zu übernehmen. So ist auch eine gewisse Nachhaltigkeit unseres Schülerwettbewerbs gesichert.

Aber nichts ist so gut, dass es nicht noch besser werden könnte. Wir müssen feststellen: Es gibt neue Herausforderungen. Mittlerweile gibt es viele Wettbewerbe, die sich an Schülerinnen und Schüler richten. Wir stehen hier also in einer gewissen Konkurrenz. Die Schullandschaft verändert sich, und damit verändern sich auch die Teilnehmerzahlen und die Bereitschaft der Lehrkräfte, das Ganze zu unterstützen. Die Freizeit für die jungen Leute wird knapper. Auch hier stehen wir in einer gewissen Konkurrenz.

Ich will hier auch deutlich sagen: Es gibt weiße Flecken auf der Landkarte von Baden-Württemberg. Es gibt noch immer Landkreise oder Wahlkreise, liebe Kolleginnen und Kollegen, in denen keine Schule am Schülerwettbewerb teilnimmt.

Deswegen bringen wir heute auch diesen gemeinsamen Antrag ein. Einerseits wollen wir hier im Haus und bei den Kolleginnen und Kollegen dafür werben, den Schülerwettbewerb noch stärker in der Öffentlichkeit bewusst zu machen. Wir wollen mit unserem gemeinsamen Antrag einen Anstoß geben, einmal eine Art Bestandsaufnahme zu machen: Wie hat sich der Schülerwettbewerb entwickelt, wie sehen die Teilnehmerzahlen aus usw.?

Wir wollen diese Bestandsaufnahme zur Grundlage machen, um anschließend im Schulausschuss gemeinsam zu überlegen: Wie können wir den Schülerwettbewerb noch besser ausrichten und aufstellen? Es gibt Ideen, die im Raum stehen. Gerade der Herr Landtagspräsident hat schon die eine oder andere Idee hervorgebracht, die es zu diskutieren gilt.

Ich bin optimistisch, dass wir dann den Schülerwettbewerb langfristig stabil halten können, freue mich auf die vertiefte Diskussion und darüber, dass wir diesen Antrag, für den ich herzlich um Unterstützung bitte, gemeinsam so einig einbringen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Boser das Wort.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Schülerwettbewerb des Landtags von Baden-Württemberg startet in diesem Jahr zum 58. Mal.

(Sandra Boser)

Wie jedes Jahr haben Schülerinnen und Schüler aus ganz Baden-Württemberg die Möglichkeit, die unterschiedlichsten Beiträge zu aktuellen politischen Themen im Landtag einzureichen, bewertet zu werden und dafür tolle Preise zu erlangen. Damit ist der Schülerwettbewerb ein wichtiges Angebot für die politische Bildung an den Schulen in Baden-Württemberg.

Wenn man die Beiträge als Beirats- oder Jurymitglied vorgelegt bekommt, sieht man, was für tolle Ideen im Land stecken, was für tolle Ideen die Schülerinnen und Schüler haben und wie engagiert sie mit politischen Themen umgehen und sich den unterschiedlichsten Fragen stellen. Ich kann sagen, es begeistert wirklich jedes Jahr, was für Beiträge aus allen Schularten in Baden-Württemberg an uns herangetragen werden, mit welchem Engagement die Schulen dabei sind. Dafür lohnt es sich, diesen Schülerwettbewerb nachhaltig zu unterstützen.

In den vergangenen Jahren ist die Zahl der Wettbewerbe für die Schülerinnen und Schüler – Frau Kurtz hat es schon angesprochen – weiter angestiegen. Auf Bundes- und europäischer Ebene werden die unterschiedlichsten Wettbewerbe ausgeschrieben, was auch richtig ist. Denn sie stellen das Spektrum dar, das Deutschland bietet, etwa in der Computertechnik oder in der kulturellen Bildung. Das bedeutet aber auch, dass unser Schülerwettbewerb im Land immer mehr in eine Konkurrenzsituation gelangt. Daher brauchen wir neue Ideen, wie wir diesen Wettbewerb in die Zukunft bringen können.

Für Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen wird es immer schwieriger, aus dem komplexen Angebot an Wettbewerben das Angebot herauszunehmen, das zu ihrer Schule, zu ihren Schülerinnen und Schülern passt. Dadurch, wie gesagt, befindet sich unser Schülerwettbewerb zunehmend in einer Konkurrenzsituation. Daher ist es ein Erfolg, dass wir in den vergangenen Jahren die weißen Flecken im Land deutlich reduzieren konnten. Wir haben in den letzten vier Jahren durch das Engagement aller Kolleginnen und Kollegen die Zahl der Schulen und die Zahl der Wahlkreise, die sich am Wettbewerb beteiligen, steigern können.

Ich möchte an dieser Stelle den Kolleginnen und Kollegen hier im Landtag meinen Dank aussprechen, dass sie sich vor Ort dafür engagieren und es uns dadurch gelungen ist, die Zahl der teilnehmenden Schulen zu steigern.

Aber es ist für uns wichtig, herauszufinden, wie wir diese Entwicklung weiter voranbringen können, um eine positive Entwicklung des Schülerwettbewerbs zu fördern. Daher haben wir diesen Antrag, den wir heute in den Landtag einbringen, gemeinsam auf den Weg gebracht, um herauszufinden, was für Möglichkeiten es gibt, um diesen Wettbewerb weiter zu unterstützen, wie wir ihn in die Zukunft tragen können und wie wir Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer für diesen Wettbewerb des Landtags begeistern können.

Dieser Antrag soll auch eine Unterstützung für das Team rund um den Schülerwettbewerb sein. Ich möchte an dieser Stelle Frau Greiner und der Landeszentrale für politische Bildung meinen Dank dafür aussprechen, dass sie jedes Jahr so engagiert die Arbeit bestreiten.

Wie ich sehe, ist auch eine der Förderpreisträgerinnen des vergangenen Jahres heute mit dabei, die im Moment ein Prakti-

kum bei der Landeszentrale für politische Bildung ablegt. Das heißt, auch der Schülerwettbewerb bietet weitere Möglichkeiten für die jungen Leute, um sich politisch zu engagieren. Ich kann sagen, dass mich gerade ihr Beitrag sehr begeistert hat und ich ihr an dieser Stelle alles Gute für die Zukunft wünschen möchte.

Mit neuen Beiträgen wie beispielsweise Comics – Frau Kurtz hat auch die anderen Beiträge schon angesprochen – konnten wir auch erreichen, dass sich andere Schülerinnen und Schüler, die sich vielleicht durch eine Reportage oder durch eine Umfrage nicht so angesprochen fühlen, verstärkt am Wettbewerb beteiligen.

Es gilt nach wie vor, auch eine Ansprache für die männliche Generation zu finden. Es ist nach wie vor so, dass vor allem Beiträge von jungen Frauen eingereicht werden. Wir wollen auch über Möglichkeiten wie beispielsweise über die Gestaltung einer Homepage, über die Gestaltung von Videos, über Comics Angebote schaffen, damit wir auch die jungen Männer stärker für den Wettbewerb des Landtags interessieren. Wir wollen den Wettbewerb des Landtags natürlich als politische Bildung in die Zukunft tragen. Dazu braucht er eine breite Unterstützung.

Ich möchte die Kolleginnen und Kollegen dazu aufrufen, diesen Wettbewerb weiter zu unterstützen. Wir haben den neuen Wettbewerb vor drei Wochen gestartet. Gehen Sie an Ihre Schulen, und werben Sie für den Wettbewerb des Landtags von Baden-Württemberg. Wir, der Beirat, sind für Anregungen offen. Der Antrag, den die Fraktionen heute einbringen, soll Möglichkeiten schaffen. Wenn Sie aber Rückmeldungen aus Schulen bekommen, wie wir diesen Wettbewerb weiter positiv gestalten können, gehen Sie auf uns zu. Ich freue mich nach wie vor über die Arbeit, die dieser Beirat leistet und die dieser Wettbewerb mitbringt.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erlaube ich Herrn Abg. Bayer das Wort.

Abg. Christoph Bayer SPD: Danke schön. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieses Herauslocken von Jugendlichen aus ihrem Schneckenhaus – das Emblem des Schülerwettbewerbs seit vielen Jahren – ist eine Erfolgsgeschichte; das wurde schon mehrmals gesagt. Man muss sich das einmal vorstellen: Ende der Fünfzigerjahre des vergangenen Jahrhunderts ist dieser Wettbewerb aus der Taufe gehoben worden, und es gibt ihn noch immer. Wenn ein solcher Wettbewerb sich so lange am Markt behaupten kann und es immer wieder schafft, den Nerv der Jugendlichen zu treffen, ist da schon Herausragendes geleistet worden, insbesondere dann, wenn man weiß, wie schnell sich Jugendwelten ändern. Deswegen kann man die Leistung derjenigen, die diesen Wettbewerb am Laufen halten, nicht hoch genug veranschlagen.

Wir alle wissen: Bei jedem Format politischer Bildung kann man nicht alle Zielgruppen in gleichem Umfang erreichen. Das ist völlig unmöglich. Es gibt immer Bildungshemmnisse. Zu der Zeit, als der Schülerwettbewerb begann, hat man – das wissen wahrscheinlich die wenigsten von Ihnen noch aus eigener Anschauung, aber ich weiß es; das ist dem Alter ge-

(Christoph Bayer)

schuldet – bei Bildungshemmnissen gesagt: katholisch, Mädchen vom Lande. Das „katholische Landmädchen“ hat eigentlich alles in sich getragen, was Bildung verhindert. Heute würde man das völlig anders formulieren: männliche Jugendliche in Ballungsgebieten mit Migrationshintergrund – das Paradebeispiel zur Konglomeration von Bildungshindernissen.

Aber anders als bei vielen anderen Anbietern und Veranstaltungen haben es die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim Schülerwettbewerb – den Beirat möchte ich ausdrücklich einschließen – immer und immer wieder geschafft, genau das zum Thema zu machen, und zwar systematisch, inhaltlich und über die gesamte Strecke.

Auch die Preisträgerreisen, von denen noch gar nicht gesprochen wurde, sind eigentlich eine Nummer für sich und eine tolle Gelegenheit für Politiker, mit Jugendlichen über Schulartgrenzen hinweg in Kontakt zu kommen. Ich habe zweimal persönlich teilgenommen. Das ist eine bombastische Herausforderung didaktischer Art, pädagogischer Art.

Also auch von diesem Blickwinkel aus einen herzlichen Dank. Dieser wurde schon mehrfach ausgesprochen. Ich möchte mich auch für meine Fraktion diesem Dank anschließen. Frau Greiner, Frau Krause, mein Dank an Sie für Ihr Engagement, für Ihr Durchhaltevermögen und vor allem für Ihre nie versiegende Kreativität.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Auch der weitere Erfolgsfaktor wurde schon genannt. Deswegen möchte ich ihn nur streifen: die Methoden- und Inhaltsvielfalt, eben nicht nur starre Erörterungen, sondern das ganze Spektrum von Möglichkeiten, von dem auch jetzt schon die Rede war.

All das ermöglicht überhaupt erst, dass sich Jugendliche an solchen Themen abarbeiten können, was ja beabsichtigt ist. Die Themen sind durchaus herausfordernd; jedenfalls treffen sie den Nerv der Zeit. Es sind auch Themen dabei, über die nachzudenken sich auch für Abgeordnete lohnen würde. Ich blicke einmal ein bisschen augenzwinkernd auf unsere Plenarsitzungen, auf unsere Ausschusssitzungen, auf unsere Fraktionssitzungen und nenne Ihnen einmal ein Thema der aktuellen Umfrage: „Immer online – Geht ein Leben ohne Facebook und Co.?“ Oder ein anderes Thema für eine Erörterung – auch nicht schlecht, das einmal zwischen Abgeordneten zu diskutieren –: „Kann ich auch mit jemandem befreundet sein, der total andere Meinungen hat?“ Wie dem auch sei: Das sind interessante Themen.

Ich möchte mich meinen Vorrednern anschließen: Der Schülerwettbewerb des Landtags muss viel stärker als bisher unsere gemeinsame Veranstaltung werden, und zwar nicht nur dann, wenn wir uns neben die Preisträgerinnen und Preisträger zum Pressefoto aufstellen dürfen. Das ist natürlich schön, aber es wäre gut, eine kontinuierliche Information in die Landkreise hineinzutragen.

Ich begrüße auch für meine Fraktion diesen Beschlussantrag sehr. Bestandsgarantie, Bestandsaufnahme, Aktivitätssteigerung – alles tolle Anliegen. Auch die notwendige Frischzellenkur, die daraus entspringen soll, findet natürlich meine Zustimmung. Denn in der unübersehbaren Flut von Wettbewer-

ben, die auf die Schulen einprasseln, braucht man Alleinstellungsmerkmale, braucht man einen besonderen Pep, der dann auch Lehrer und Schüler dazu bewegt, teilzunehmen.

Wir sollten überhaupt alles irgendwie Mögliche tun, um politische Bildung in all ihren Facetten zu unterstützen – zielgruppenadäquat, experimentierfreudig – und sie auch in der Fläche zu halten – denn das ist keine ganz einfache Operation –, und zwar ganz besonders dann, wenn es sich um politische Bildung im öffentlichen Auftrag handelt. Das ist hier bei diesem Wettbewerb, den Landeszentrale und Landtag gemeinsam planen und umsetzen, der Fall.

Ich glaube, dass wir insgesamt – das ist jetzt auch der Hinweis des Bildungspolitikers – mehr als bisher darauf achten sollten, dass in allen organisierten Bildungsprozessen die Bereiche der sozialen und der politischen Bildung aufgewertet und verstärkt werden. Ansonsten droht – das ist ein sehr berechtigtes Szenario – eine bildungspolitische Engführung auf Fächer, insbesondere auf die Fächer ...

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Abg. Christoph Bayer SPD: ... – ja, okay, ich bin sofort fertig –, die eine besondere PISA-Relevanz haben. Darüber müssen wir deutlich hinausgehen.

Wir unterstützen diesen Antrag sehr. Er gibt einen Impuls zur Aufwertung der politischen Bildung. Ich bin gespannt auf die Vorschläge, und noch begieriger bin ich, zu erfahren, wie diese Vorschläge von Ihnen allen dann in die Wahlkreise hineingetragen werden.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen sowie der Abg. Sabine Kurtz CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Kern.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schön, dass wir bei diesem Thema wirklich fraktionsübergreifend alle an einem Strang ziehen, dass wir uns bei diesem Thema einig sind. Zu Recht haben meine Vorrednerinnen, hat mein Vorredner diesen bedeutenden Schülerwettbewerb entsprechend gelobt, zu Recht haben sie die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung herausgehoben. Dem kann sich die FDP/DVP-Landtagsfraktion nur vollumfänglich anschließen.

Unter dem Motto „komm heraus, mach mit.“ findet seit 1957 der Schülerwettbewerb des Landtags zur Förderung der politischen Bildung statt. Jedes Jahr beteiligen sich zwischen 3 500 und 4 000 Schülerinnen und Schüler am Wettbewerb. Ja, einmischen kann Spaß machen und sogar Anerkennung bringen; so fasst es die Homepage zusammen. Dem können wir uns anschließen. Diese Erfahrungen sollten Kinder und Jugendliche schon frühzeitig machen. Denn gerade den Erwachsenen von morgen wollen wir doch deutlich machen: Unsere Demokratie lebt davon, dass sich Menschen einmischen wollen und auch einmischen dürfen.

(Dr. Timm Kern)

Dass dieses Ziel in allererster Linie dem Landtag am Herzen liegen sollte, versteht sich von selbst. Ich darf an dieser Stelle Theodor Heuss zitieren:

Demokratie ist keine Glücksversicherung, sondern das Ergebnis politischer Bildung und demokratischer Gesinnung.

Der Schülerwettbewerb des Landtags zur Förderung der politischen Bildung erfreut sich Gott sei Dank jedes Jahr konstanter und guter Beteiligung. Seit 1957 haben bereits über 130 000 Jugendliche Wettbewerbsbeiträge eingereicht. Mit der Homepage zum Schülerwettbewerb hat die Landeszentrale für politische Bildung bereits sehr gute Vorarbeit geleistet. Sie gibt damit den Teilnehmern nützliche Tipps und Checklisten zur Hand. Gerade diese Hilfestellung zeichnet die Homepage aus und macht den Teilnehmern Mut, die Herausforderung anzunehmen und einen selbst gestalteten Beitrag einzu-reichen.

Auch im Bereich der neuen Medien ist die Landeszentrale für politische Bildung in Baden-Württemberg aktiv. Auf Facebook können sich junge Menschen über aktuelle Veranstaltungen und Neuigkeiten informieren. Auch das neue Seminarformat „Breaking News“ zeigt, dass sich der Schülerwettbewerb gezielt an dem orientiert, was sich Schulen, Jugendliche und Lehrkräfte wünschen, nämlich im Rahmen von Workshops auch topaktuelle Themen zu behandeln.

Darüber hinaus sind auch die einzelnen Schulen aufgefordert, die Jugendlichen zur Teilnahme zu motivieren. Entsprechend wichtig erscheint es mir darum, die einzelnen Schulen auch zukünftig mit professionellem Informationsmaterial zu versorgen und den Lehrkräften so frühzeitig die Möglichkeit zu geben, den Wettbewerb in die Unterrichtsplanung mit einzu-beziehen. Dabei ist natürlich hilfreich, wenn die vorgegebenen Themenstellungen so gestaltet sind, dass es den Lehrkräften möglich ist, die Themen ohne großen Mehraufwand in den Unterricht zu integrieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Grundlagen stehen, und wir hoffen, mit unserem interfraktionellen Antrag zu einer noch größeren Bekanntheit des Schülerwettbewerbs beitragen zu können. Deshalb ist es richtig, wenn wir auch nach bisher nicht ausgeschöpften Potenzialen fragen, um die Teilnehmerzahl weiter zu stärken.

Den Antrag sollten wir aber auch als Appell an uns Abgeordnete selbst verstehen: Lassen Sie uns uns im Rahmen unserer Möglichkeiten dafür einsetzen, dass die Bekanntheit des Wettbewerbs in allen Teilen Baden-Württembergs noch gesteigert wird. Wir alle sollten daher die persönlichen Kontakte mit den Schülerinnen und Schülern nutzen, z. B. im Rahmen des Europatags, des Jugendlandtags oder wenn uns Schulklassen hier besuchen, um intensive Werbung für diesen Schülerwettbewerb zu machen.

Wer von Ihnen bisher nur eine vage Vorstellung von diesem Wettbewerb hat, kann sich ohne Schwierigkeiten auf der hervorragenden Homepage des Wettbewerbs informieren und dort erfahren, was die Jugendlichen mit ihren Arbeiten bisher geleistet haben. Dieses Potenzial muss auch in Zukunft entdeckt und gefördert werden.

Ich danke Ihnen allen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU, der Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Stoch.

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich möchte die Chance nutzen, an dieser Stelle allen vier hier im Landtag vertretenen Fraktionen herzlich zu danken.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Er kann ja richtig nett zu uns sein!)

Ich danke den Fraktionen herzlich, dass sie diesen anspruchsvollen und wichtigen Wettbewerb zur politischen Bildung junger Menschen bereits seit nun annähernd 60 Jahren zu Ihrem Herzstück gemacht haben. Insofern freut es mich, dass wir auch zukünftig – das zeigt Ihr Antrag – die Überlegungen anstellen wollen: Wie können wir mehr junge Menschen für Politik, für politische Bildung und damit für Demokratie und unser Staatswesen interessieren?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dass wir bei diesem Wettbewerb nicht von einem Selbstzweck reden, dürfte jedem klar sein. Ich halte den Schülerwettbewerb des Landtags zur Förderung der politischen Bildung für wichtig, weil er Schülerinnen und Schüler dazu auffordert, sich mit den politischen und gesellschaftlichen Themen unserer Zeit und unserer Tage intensiv auseinanderzusetzen. Gerade in Zeiten, in denen sich bei Kommunalwahlen – wie jüngst in Mannheim – überhaupt nur 30 % der Wahlberechtigten auf den Weg zur Wahlurne machen, halte ich jede Idee, wie wir junge Menschen für gesellschaftlich und politisch relevante Themen interessieren können, für lohnenswerte Arbeit und damit für eine Investition in unser Staatswesen und in unsere Demokratie.

Wenn wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit diesem Wettbewerb rund 3 500 bis 4 000 Schüler erreichen, halte ich das für eine sehr beachtliche Resonanz. Aber natürlich ist nichts so gut, dass es nicht noch verbessert werden könnte. Deshalb müssen wir uns natürlich – das tun die Landtagsfraktionen; das wird auch in diesem Antrag deutlich – Gedanken darüber machen, wie wir den Wettbewerb für die Zukunft noch attraktiver machen können und wie dieser Wettbewerb auch unter den vielen Wettbewerben, die von Institutionen, Stiftungen, Parteien oder anderen Gruppierungen ins Leben gerufen wurden, herausstechen kann.

Es ist ein bisschen so wie im Bund, wo sich die Parteien auch den Kopf zerbrechen, wie wir auf zurückgehende Wahlbeteiligungen reagieren. Es geht auf allen Ebenen und in allen Altersstufen darum, die Beteiligung an der Demokratie, am Nachdenken über unser Gemeinwesen zu erhöhen, weil eine lebendige Demokratie vom Mitmachen aller Menschen und gerade auch der jungen Generation lebt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, dass wir hier gerade auch im Bereich unserer Schulen und im Bildungsbereich insgesamt wichtige Schritte erkennen können. Wir wollen an unseren Schulen durch den neuen Bildungsplan auch das Thema Demokratieerziehung deutlich verstärken. Wir wollen erreichen, dass Schülerinnen und Schüler ihre Umwelt als einen Bereich begreifen und erkennen können, an dem sie auch mitgestalten können.

(Minister Andreas Stoch)

Deswegen haben wir auch die Beteiligungsrechte von Schülerinnen und Schülern gerade dort, wo es um das Thema Schule geht – ich verweise auf die Veränderungen bei der Schulkonferenz –, gestärkt. Wir wollen, dass junge Menschen aktiv zum Mitmachen angehalten werden. Ich unterstütze alle Bestrebungen, dass wir an möglichst vielen Schulen unseres Landes diesen Wettbewerb in Zukunft noch prominenter vertreten, damit noch mehr Schülerinnen und Schüler unseres Landes an diesem wichtigen Wettbewerb teilnehmen können.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich wünsche Ihnen alles Gute bei der Fortführung dieses Wettbewerbs, und ich wünsche natürlich auch der Landeszentrale für politische Bildung alles Gute dabei, viele junge Menschen für diesen Wettbewerb zu begeistern.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU –
Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Bullinger?

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Ja.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Vielen Dank, Frau Präsidentin, dass Sie meine Wortmeldung noch entdeckt haben.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Wir alle drei.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Minister, Sie haben diese Sache gerade sehr gelobt. Ich stelle mir die Frage: Die jungen Menschen sind vor allem digital unterwegs. Die Schulen sind zum Teil sehr, sehr unterschiedlich ausgerüstet, glaube ich. Es gibt Schulen im ländlichen Raum, die ganz top sind, aber auch viele, die aufgrund fehlender Kapazitäten bei der Ausrüstung überhaupt nicht an diesen neuen Medien teilhaben können. Glauben Sie, dass hier auch eine gewisse Chancenungleichheit besteht, und was wollen Sie tun, damit uns das Instrument der Digitalisierung auch an den Schulen vorwärtsbringt?

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Herr Abg. Bullinger, wie Ihnen ganz sicher bekannt ist, ist die Frage der technischen Ausstattung von Schulen ein wichtiges Thema. Es ist insbesondere aber ein Thema, das die Schulträger betrifft. Das heißt, wir sind derzeit natürlich mit den kommunalen Landesverbänden, insbesondere mit dem Städtetag und dem Gemeindetag, im Gespräch. Denn wenn wir uns, gerade bezogen auf den neuen Bildungsplan, intensiv mit dem Thema Medienbildung beschäftigen, dann ist das der eine Teil der Wahrheit, nämlich die Definition des Inhalts. Aber dieser Inhalt kann nur dann umgesetzt werden, wenn die technischen Voraussetzungen gegeben sind. Deswegen ist das natürlich eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung.

Wir wollen, dass sich die Lehrkräfte diesem Thema inhaltlich zuwenden können, aber natürlich wollen wir auch erreichen, dass die Kommunen ihren Beitrag dahin gehend leisten, dass wir an hervorragend ausgestatteten Schulen diese Themen auch wirklich zeitgemäß und im Sinne der Schülerinnen und Schüler umsetzen können.

Herzlichen Dank.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags, der in vier Abschnitte untergliedert ist. Sind Sie damit einverstanden, über den Antrag insgesamt abzustimmen? – Das ist der Fall.

Wer dem interfraktionellen Antrag Drucksache 15/6794 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Antrag ist einstimmig zugestimmt worden.

Punkt 7 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe jetzt **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur – Die Reform der Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), insbesondere die Mittelverteilung gemäß § 45 a Personenbeförderungsgesetz – verschoben? – Drucksache 15/5077 (Geänderte Fassung)

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Abg. Köberle.

Abg. Rudolf Köberle CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Warum steht heute unser Antrag vom April 2014, der die Reform der Finanzierung des ÖPNV betrifft, auf der Tagesordnung?

(Abg. Walter Heiler SPD: Das hat sich jeder gefragt!)

– Ja, das will ich Ihnen jetzt sagen. Er steht deshalb auf der Tagesordnung, weil wir weniger denn je Klarheit darüber haben, wie es in dieser Sache weitergeht,

(Abg. Walter Heiler SPD: Ach, Herr Köberle!)

obwohl eine Reform dringend notwendig wäre und die Schiefelage der bisherigen Regelung immer deutlicher wird.

Im grün-roten Koalitionsvertrag von 2011 steht wörtlich:

In Anknüpfung an die erfolgreiche Regionalisierung des SPNV wollen wir im Dialog mit den Beteiligten eine schlüssige Reform der ÖPNV-Finanzierung entwickeln.

Von diesem Ziel sind Sie weiter weg denn je.

Sie tragen aber die Verantwortung für eine Reformierung der ÖPNV-Finanzierung und für eine Neugestaltung der Mittelverteilung für den Schülerverkehr. Diese Mittel sind – wesentlich mehr als die eigentliche Busförderung in Höhe von 10 Millionen € – das entscheidende Unterstützungssystem für einen guten, flächendeckenden Busverkehr, im ländlichen Raum weitgehend sogar die Voraussetzung dafür.

Gründe für die notwendige Reform sind nicht nur die EU-Verordnung 1370/2007, sondern auch die demografische Entwicklung und die Veränderungen in der Schullandschaft sowie die Tatsache, dass die Ausgleichszahlungen immer weniger die Wirklichkeit der Verkehre abbilden.

(Rudolf Köberle)

2013 gingen Sie endlich an die Herausforderung einer Reform, und es ließ sich zunächst auch ganz gut an: Alle Beteiligten an einem Tisch, die bekannte Linie des Hörens und Gehörtwerdens, alle Betroffenen machten engagiert mit, weil alle die Notwendigkeit einer Reform sahen.

Dass der Weg zur Reform kein Spaziergang werden würde, liegt in der Natur der Sache. Dass die guten Ansätze aber bald in einem Fiasko endeten, hat das Verkehrsministerium, haben Sie, verehrter Herr Minister, zu verantworten. Sie haben einen hohen, einen unangemessenen Zeitdruck aufgebaut, weil Ihren Ankündigungen die Zeit davonlief. Aber dieser Zeitdruck war der Schwierigkeit der Sache alles andere als angemessen. Es fehlten die notwendigen Zahlen, Daten und Fakten als Grundlage für ein neues System und für notwendige Modellrechnungen, und – aber das kennt man auch von anderen Anhörungs- und Beteiligungsinszenierungen – die Beteiligten am runden Tisch hatten sehr schnell das Gefühl, dass das Verkehrsministerium von Anfang an ein eigenes Modell durchsetzen wollte – nennen wir es mal „Hickmann-Modell“ –, ein Modell, das vielleicht in die Landschaft von Brandenburg passt, aber nicht für die ÖPNV-Strukturen in Baden-Württemberg geeignet ist.

Der ÖPNV in der Fläche Baden-Württembergs lässt sich nur mit den starken mittelständischen Busunternehmen in unserem Land sichern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die mehr als 600 Unternehmen sind das Rückgrat des ÖPNV in der Fläche. Deshalb gibt es überhaupt keinen Grund – dazu gehört auch nicht die vorgeschobene EU-Verordnung 1370/2007 – für einen Systemwechsel weg von den Unternehmen und hin zu den Aufgabenträgern.

2015, ein Dreivierteljahr vor Ablauf Ihrer Regierungsverantwortung,

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen)

stehen Sie bei der ÖPNV-Förderung vor einem Scherbenhaufen. Die Beteiligten sind sich bei aller Unterschiedlichkeit der Interessen und der Betroffenheiten einig bei der Ablehnung von Stil, Verfahren und Inhalten Ihres ÖPNV-Kurses.

Seit einem Jahr herrscht nun Funkstille, und der Zeitfahrplan, den Sie in der Stellungnahme zu unserem Antrag als „zweite Runde“ darstellen, ist reine Fantasie.

Wir von der CDU fordern Sie auf, den Beteiligungsprozess wiederaufzunehmen und ohne Vorgaben und Zeitdruck eine konsensfähige, eine mittelstandsfreundliche und eine nachhaltige Reform auf den Weg zu bringen, die Ihren eigenen Zielen gerecht wird und dem ÖPNV in Baden-Württemberg eine gute Zukunft gibt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Schwarz.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit 2011 bauen wir den öffentlichen

Nahverkehr in Baden-Württemberg aus, um allen Menschen in unserem Land flächendeckend Zugang zu Mobilität zu ermöglichen. Gezielt stärken wir Busse und Bahnen als ökologische Verkehrsträger. Der Bus ist ein wichtiger Teil einer Mobilitätskette. Er ist ein sehr ökologisches Verkehrsmittel. Er hat eine wichtige Funktion einerseits als Zubringer zum Schienenverkehr und andererseits für die Feinerschließung in der Fläche. Kurzum: Der Busverkehr gewährleistet die Mobilität in unserem Bundesland.

Unser Ziel ist ganz klar: Baden-Württemberg soll zum Busland Nummer 1 werden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Von einer Mobilitätsgarantie und einem Stundentakt im Busverkehr können alle Fahrgäste profitieren. Alle Fahrgäste würden von einem besseren, einem zuverlässigen Takt sowie von einem dichten Verkehrsnetz profitieren.

Wir sind stolz darauf, dass wir in Baden-Württemberg eine vielfältige Struktur an Busunternehmen haben und viele mittelständische Busunternehmen gute Leistungen erbringen.

Baden-Württemberg stellt jährlich rund 200 Millionen € für die Schülerbeförderung mit dem öffentlichen Nahverkehr, dem Busverkehr zur Verfügung. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, Grün-Rot geht noch weiter: In diesem Doppelhaushalt haben wir die Busförderung auf 15 Millionen € erhöht, damit neue Fahrzeuge angeschafft werden können. Auch das ist ein wichtiger Beitrag, um Baden-Württemberg zum Busland Nummer 1 zu machen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir freuen uns, dass es erstmals gelungen ist, dass das Land in die Förderung von Expressbuslinien, also von schnellen Regionalbuslinien, einsteigt. Orte ohne Schienenanschluss können so besser miteinander verbunden werden. Auch wichtige Verkehrsdrehscheiben wie unser Landesflughafen erhalten damit eine verbesserte Anbindung. Mit einem Sonderprogramm für den Ausbau von barrierefreien Bushaltestellen mit einem Volumen von 5 Millionen € leisten wir ebenfalls einen wichtigen Beitrag, um Baden-Württemberg zum Busland Nummer 1 zu machen.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Gleichwohl besteht, was die Finanzierung des Busverkehrs angeht, Handlungsbedarf. Ab 2019 gilt eine neue EU-Verordnung. Der Bedarf zur Veränderung ist offenkundig. Die bisherige Finanzierung kann so nicht fortgeführt werden. Denn die bisherige Finanzierung des Busverkehrs hängt sehr stark von der Schülerbeförderung ab. Klar ist: Wenn Schülerzahlen zurückgehen, wenn wir einen demografischen Wandel haben und wenn eine regionale Schulentwicklungsplanung in Baden-Württemberg Einzug hält, müssen wir auch über die ÖPNV-Finanzierung reden. Wir müssen sie an den demografischen Wandel anpassen.

Für uns ist ganz klar: Verkehrsunternehmen brauchen Rechts- und Planungssicherheit, sie brauchen eine beständige Grundfinanzierung, um sich weiterentwickeln zu können. Auch das gehört dazu, um Baden-Württemberg zum Busland Nummer 1 zu machen.

(Andreas Schwarz)

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP meldet sich.)

Die Zahlen, auf denen die Pauschalierung bislang beruht, sind veraltet. Diese Zahlen stammen aus dem Jahr 2008. Die bisherige Finanzierung ist daher nicht mehr sachgerecht, nicht mehr rechtssicher. Sie ist beihilferechtlich bedenklich. Man muss sie daher überarbeiten.

(Glocke der Präsidentin)

– Ich lasse die Zwischenfrage gleich zu.

Unser Ziel ist ganz klar: Wir wollen die ÖPNV-Finanzierung nutzen, um die gute Zusammenarbeit mit den mittelständischen Busunternehmen fortzuführen, ihnen Planungssicherheit zu geben und einen Anreiz zur Weiterentwicklung des öffentlichen Nahverkehrs zu setzen. Das sind wichtige Beiträge, um Baden-Württemberg zum Busland Nummer 1 zu machen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Abg. Dr. Bullinger, bitte Ihre Zwischenfrage.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Lieber Herr Kollege Schwarz, Sie schwärmen vom Busland. Ich finde diese Idee hervorragend. Könnten Sie einmal ein paar Worte dazu sagen, wie das im ländlichen Raum aussehen soll? In vielen Weilern erreichen Sie schon heute nur – wenn überhaupt – einmal oder zweimal am Tag einen Bus, und zwar den Schulbus. Wie wollen Sie das finanziell darstellen, wenn Sie für die älteren Menschen ein Angebot machen wollen? Könnten Sie dazu einmal ein paar Sätze sagen, wie da dann die Finanzierung aussehen müsste und ob nicht der Individualverkehr mit Alternativen – Elektroauto oder Rufbusse – sinnvoller wäre als das, was Sie sich hier sehr schön ausmalen? Das, was Sie beschreiben, ist sicherlich für die Ballungsgebiete klasse, aber bezogen auf den ländlichen Raum habe ich da erhöhte Zweifel.

(Zuruf des Abg. Georg Nelius SPD)

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Kollege Bullinger, gerade im ländlichen Raum hat doch der Busverkehr eine ganz hohe Bedeutung und ist wichtig. Viele Landkreise – sie sind ja Aufgabenträger für den Busverkehr – engagieren sich dort, stellen Nahverkehrspläne auf, damit in den jeweiligen Regionen auch die entsprechenden Angebote vorgehalten werden. Das Land unterstützt dies u. a. durch die Mittel nach § 45 a des Personenbeförderungsgesetzes.

Aber für uns ist klar: Wenn die Schülerzahlen zurückgehen, kann doch die Finanzierung des ÖPNV künftig nicht nur am Ausbildungsverkehr, an Schülerzahlen festgemacht werden. Da braucht man eine grundständige Finanzierung, um diesen Unternehmen Planungssicherheit zu geben.

Herr Kollege, wir gehen sogar noch weiter: Wir unterstützen durch ein Kompetenzzentrum, das wir bei der Nahverkehrsgesellschaft geschaffen haben, Bürgerbuskonzepte sowie andere bedarfsgesteuerte Verkehre. Es gibt also viele Ideen, um den öffentlichen Verkehr im ländlichen Raum attraktiv zu ma-

chen. Bislang sind wir da auf einem guten Weg, um Baden-Württemberg zum Busland Nummer 1 zu machen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf des
Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Haller.

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben ein Problem, und Sie von der CDU haben vor einem Jahr befürchtet, dass wir es unter Zeitdruck lösen wollten. Sie forderten uns damals auf, ohne Zeitdruck eine konsensfähige nachhaltige Reform zu machen. Genau das machen wir.

Vor einem Jahr gab es, wie heute Abend, eine Veranstaltung des VDV. Herr Schwarz und ich haben dort erklärt: Wir haben ein Ziel, wir können und vor allem wollen es jedoch so nicht umsetzen, sondern wir wollen den Dialog weiterführen, um zu versuchen, einen Konsens zu erreichen. Genau das ist der Fall. Deswegen haben wir noch heute keine vorlegbare Reform.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Weil das, was Sie fordern, bereits erledigt ist, sehe ich den Antrag eigentlich als etwas gegenstandslos an.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Wir haben klipp und klar nicht das Ziel, diese Reform in dieser Legislaturperiode auf Teufel komm raus durchzuexerzieren. Denn uns sind der Dialog und der Konsens mit den Betroffenen wichtiger. Wir, Rot-Grün oder Grün-Rot – besser natürlich Rot-Grün –, brauchen natürlich auch in der nächsten Legislaturperiode eine Aufgabe. Da können Sie völlig beruhigt sein.

(Zurufe von der CDU und der FDP/DVP, u. a. Abg.
Karl Zimmermann CDU: Ich kenne eine bessere Kombination!)

Uns zwei trifft es dann nicht mehr, Herr Köberle; wir können es dann aus der Ferne betrachten.

Man muss manchmal auch so ehrlich sein und sagen: „So war es nicht ganz machbar.“ Ich finde es sogar gut und nicht schlimm, dass Politik sagt: „Wir sind bereit, den Dialog fortzuführen“ und nicht sagt: „Jetzt ist Schluss. Nur weil die Legislaturperiode dem Ende zugeht, pochen wir darauf und setzen das einfach durch.“

Noch einmal ganz kurz zur Sache selbst. Klar ist, dass die Pauschalierung nicht mehr befriedigend ist, auch rechtlich und finanziell nicht. Die Kernfrage ist doch: Wer erhält das Geld? Darum geht es. Geld ist Macht. Erhalten es die Aufgabenträger, oder erhalten es – wie derzeit – die Unternehmer?

Da ist man länderbezogen gespalten. Die Antwort auf die Frage unterscheidet sich nicht unbedingt immer nach SPD und CDU. Es hängt von den Bedingungen ab. Ich kenne Landräte, die inzwischen der CDU beigetreten sind und fordern, dass das Geld an die Aufgabenträger gezahlt werden soll. Es gibt

(Hans-Martin Haller)

nicht den monolithischen Block, sodass man sagen könnte: „Es gibt nur eine Lösung.“ Vielmehr muss man sich die Situation anschauen. Genau das ist die Kernaufgabe, nämlich alle zusammenzubringen, um das Ziel zu erreichen, diese mittelständischen Unternehmen weiter zu erhalten – denn sie leben von dieser Förderung –, und dies zusammen mit dem Aufgabenträger. Das ist eine, wie Sie selbst schreiben – ich zitiere einfach –, „hochkomplexe Aufgabe“, eine schwierige Aufgabe. Dafür muss man sich eben Zeit lassen, Zeit nehmen, auch aus Respekt vor denjenigen, die dieses Geld haben. Deswegen haben wir das sozusagen auf die Fahrbahn gesetzt. Aber wir geben nicht Vollgas, sondern wir wollen alle mitnehmen.

In diesem Sinn: Wir halten Wort gegenüber den mittelständischen Unternehmen. Sie können getrost sein: Unser Finanz- und Wirtschaftsminister wird seinen Finger immer darauf halten, dass diese mittelständischen Unternehmen in ihrer Existenz nicht bedroht werden. Das ist erklärtes Ziel. Das wird auch der Verkehrsminister so sehen; er sieht es so.

Es ist schön, dass wir aufgrund dieses Antrags nochmals darüber reden. Das können wir heute Abend auch noch einmal in einer weiteren Runde.

Wir brauchen eine Reform, die ÖPNV und Schülerverkehre finanziell und rechtlich zusammenführt, aber bitte ohne Zeitdruck.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich dem Abg. Haußmann das Wort.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs ist in der Tat eine komplexe Materie. Sie greift in viele Themenkomplexe ein. In § 45 a, der in diesem Antrag genannt wurde, geht es darum, dass die entsprechenden Unternehmen Geld für die Ausbildungsverkehre bekommen. Das sind seit annähernd zehn Jahren 196,5 Millionen € pro Jahr, und es findet in der Tat insbesondere im ländlichen Raum eine erhebliche Verlagerung, ein Rückgang bei der Schüler- und Ausbildungsbeförderung statt, was es natürlich nicht einfach macht, eine neue Struktur zu schaffen.

Das Verkehrsministerium, der Verkehrsminister ist sehr dynamisch in dieses Thema hineingegangen, auch mit einem eigenen Modell, einer sogenannten Kommunalisierung mit Leitplanken, und es gab doch erhebliche Unsicherheiten und Schwächen in der Datenerfassung. Als der Widerstand sehr groß geworden ist, hat man es wieder auf die Seite gepackt. Aber es ist in der Tat eine ganz elementare Finanzierungsgrundlage für unseren ÖPNV, und wir dürfen nicht vergessen, dass wir in Baden-Württemberg gerade im Busbereich eine mittelständische Struktur haben, wie es sie in keinem anderen Bundesland gibt: viele inhabergeführte Unternehmen, bei denen die Existenz natürlich davon abhängt, ob die Einnahmen aus der Schüler- bzw. Ausbildungsbeförderung deutlich zurückgehen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Mit anderen Worten: Dabei geht es um die Existenz vieler Unternehmen, und wenn diese nicht mehr vorhanden wären und es niemanden mehr gäbe, der die Leistungen anbietet, dann müssten der Staat oder öffentliche Auftraggeber dort einspringen, und dann wäre es mit Sicherheit nicht besser.

Wenn wir uns in anderen Verbänden umschaun, dann sehen wir, wie sich dort die Einnahmen verändern. Wenn man sich den Verkehrsverbund Stuttgart anschaut, sieht man: Er hatte im Jahr 2003 286 Millionen € Einnahmen und im Jahr 2012 408 Millionen € Einnahmen. Es gibt also Bereiche, in denen sich die Einnahmenentwicklung sehr dynamisch darstellt.

Uns ist es wichtig, auch weiterhin auf die sogenannte Eigenwirtschaftlichkeit zu setzen, das heißt auch, dass Unternehmen das Geld direkt erhalten, damit sie ihrer unternehmerischen Aufgabe gerecht werden können, und vor allem, dass wir eine planbare Regelung finden, die über die nächsten zehn Jahre sichergestellt wird; denn wenn es darum geht, große Investitionen in Busse zu tätigen, dann hilft es nichts, wenn die Finanzierung nur über zwei oder drei Jahre gesichert ist und man nicht weiß, wie es danach weitergeht. Insofern muss diese Reform Planungssicherheit beinhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir teilen durchaus die Meinung, man sollte sich lieber etwas mehr Zeit lassen: Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit. Es gibt durchaus einige Punkte, die man einbauen sollte. Es gibt die Förderung von Verkehrsverbänden; dies sind fast 50 Millionen € aus dem Landshaushalt und aus Regionalisierungsmitteln. Diese Verbundförderung läuft 2018 aus, und deshalb sollten diese beiden Themen in die Neuregelung der ÖPNV-Finanzierung einbezogen werden.

Dennoch greift das Verkehrsministerium immer wieder neue Themen auf, die aus unserer Sicht als Teil des Gesamtpakets zu betrachten sind. Ich möchte hierzu die Regiobuslinien ansprechen, die man für 2015 und 2016 für 9 Millionen € ins Leben gerufen hat und die in Baden-Württemberg den ÖPNV in den Bereichen verstärken sollen, in denen keine ausreichende Schieneninfrastruktur zur Verfügung steht. Aber auch hier gibt es viele Unwägbarkeiten. Das Regiobuslinienkonzept, das sich in der Konzeptionsphase befindet, ist von den bereitgestellten Geldern her nicht ausreichend. Es gibt erhebliche Fragen, und wir müssen feststellen: Es wäre aus unserer Sicht wesentlich besser, dies in ein Gesamtpaket hineinzunehmen; denn die Ausschreibungen der Regiobuslinien sind aus unserer Sicht sehr unübersichtlich und nicht durchdacht und stehen möglicherweise im Wettbewerb zur ÖPNV-Finanzierung.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Es wurde das Förderprogramm „Barrierefreiheit“ aufgerufen, und die Busförderung wurde aufgestockt. All dies sind Themen, die man vom Grundsatz her mittragen kann. Aber ich denke, man sollte zunächst einmal bei der Grundlage beginnen, was die ÖPNV-Finanzierung betrifft, und dann die anderen Dinge einbeziehen. Das wäre besser. Sonst schnürt man nur Einzelpakete, die dann möglicherweise nicht zusammenpassen. Insofern habe ich das Gefühl, man betreibt immer wieder eine Ankündigungspolitik, setzt irgendeinen neuen Baustein hinein; aber beim Grundsatz, der für die mittelständischen

(Jochen Haußmann)

schen Busunternehmen in unserem Land wichtig ist, verschiebt man die Entscheidung bis nach der Landtagswahl. Wenn es unangenehm wird, packt man es wieder in die Schublade und hofft, dass es nach der nächsten Wahl vielleicht doch funktioniert und man die Kommunalisierung durchführen kann. So sollte eine Politik für den ÖPNV in Baden-Württemberg nicht aussehen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Hermann.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich spreche heute gern über die Notwendigkeit der Reform der finanziellen Grundlagen für den ÖPNV, weil wir wirklich davon überzeugt sind, dass wir den ÖPNV im ganzen Land stärken müssen und dass wir insbesondere den ÖPNV auf der Straße, also den Busverkehr, entwickeln und fördern müssen, weil dies der ÖPNV im ländlichen Raum ist. Dort wird nicht so viel Schienenverkehr unterwegs sein, dort wird es keine S-Bahn geben, sondern dort kommt es darauf an, dass der Busverkehr gut ist. Insofern stelle ich fest, dass sich alle hier im Parlament dafür ausgesprochen haben, dass man es macht.

Herr Haußmann sagte am Ende, wir würden nur vieles ankündigen. Das ist leider ein Verkennen der Realität; denn wir haben nicht nur angekündigt, sondern jetzt über vier Jahre hinweg die Busförderung konsequent weiter fortgesetzt. Wir haben ein Sonderprogramm „Barrierefreiheit“ aufgelegt. Wir starten neu mit den Regiobuslinien. Sie sagen, es gäbe kein Konzept. Wir haben ein Konzept: Wir starten mit Versuchslinien. Wir haben die Kreise eingeladen, selbst Vorschläge zu machen, wir haben aber auch ein eigenes Konzept. Auch hier gibt es eine klare konzeptionelle Grundlage. Wir haben ein Kompetenzzentrum für bedarfsgesteuerte, angepasste Verkehre im ländlichen Raum eingerichtet. Wir fördern die Verbände. All dies dient nur einem Zweck: den ÖPNV auch im ländlichen Raum zu erhalten und weiterzuentwickeln. Da kann man doch nicht sagen, wir kündigten nur an. Hier wird doch die Wirklichkeitswahrnehmung verweigert.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wir sprechen heute über die Finanzierung. Dazu hat uns Herr Köberle eine – das muss ich schon sagen – etwas merkwürdige Aufforderung formuliert. Genau genommen haben Sie gesagt: „Herr Hermann, sorgen Sie doch endlich mal dafür, dass die Altlast, die ich zehn Jahre habe liegen lassen, endlich beseitigt wird.“

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen)

Das war Ihre Aufforderung. Sie hatten jahrzehntelang Zeit, dies zu tun. Gleichzeitig haben Sie in Ihrer Rede behauptet, durch meinen Zeitdruck hätte ich das Scheitern herbeigeführt – was wiederum auch falsch ist. Ich werde es aber gern im Laufe meiner Rede aufklären.

Worum geht es eigentlich? Wir haben das sogenannte Personenbeförderungsgesetz. § 45 a ist dazu da – historisch gese-

hen –, die Ausgleichszahlungen an Unternehmen dafür zu tätigen, dass sie Schüler befördern, die nicht den vollen Fahrpreis zahlen. Das ist der Hintergrund. Das Land Baden-Württemberg zahlt dafür ungefähr 200 Millionen € pro Jahr an Busunternehmen, heute pauschaliert. Die Pauschalierung ist übrigens in Ihrer Regierungszeit vorgenommen worden. Seit 2007 erfolgt die Zahlung pauschaliert, seit 2000 ist es der gleiche Betrag, also inzwischen über 15 Jahre lang ist es immer der gleiche Betrag.

Auch dies war für uns Anlass, endlich die Organisation und das Verfahren so zu ändern, dass es vorwärtsgeht und insgesamt mehr Mittel für den ÖPNV zur Verfügung gestellt werden. Denn eines ist doch klar: Ein ÖPNV, der faktisch über die Schülerfahrkartenbezuschung finanziert ist, ist nicht demografiefest. Wir brauchen eine andere, grundständige Förderung, um einen ÖPNV im ländlichen Raum aufbauen zu können, der nicht davon abhängt, ob die Schülerzahlen hochgehen oder heruntergehen oder die Schüler sogar wegfallen. Das ist der eigentliche Anstoß gewesen, warum wir das Ganze machen.

Der zweite Anstoß war, dass die Pauschalierung, die Sie vorgenommen haben, zwar praktisch und einfach war, aber zwei erhebliche Nachteile aufweist. Erstens ist sie europarechtswidrig, wie wir inzwischen eindeutig wissen; deswegen müssen wir sie verändern. Zweitens ist sie gar nicht innovationsfreundlich, weil nur diejenigen, die schon bisher die Mittel bekommen haben, weiterhin die Mittel bekommen, aber für neue Angebote nichts bereitgestellt werden kann, weil alle Mittel schon vergeben sind. Der Kuchen ist verteilt.

Das ist der Grund, warum wir dringend diese Reform in Angriff nehmen mussten. Das haben wir angekündigt. Wir haben uns auch nicht gescheut, diese schwierige Aufgabe, vor der Sie übrigens zurückgeschreckt sind, anzunehmen. Wir haben in einem aufwendigen Teilnahmeverfahren, das es in diesem Bereich noch nie gegeben hat, die Omnibusunternehmen eingeladen, die kommunalen Landesverbände eingeladen,

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

eine professionelle Moderation vornehmen lassen, viele Arbeitsgruppen eingesetzt und Workshops durchgeführt. Alle konnten sich einbringen, die Umweltverbände wie auch die Bürgermeister und die Landräte. Alle hatten die Chance, sich einzubringen, auch der Verband Baden-Württembergischer Omnibusunternehmer.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Das haben Sie nie gemacht. Uns jetzt vorzuwerfen, wir hätten die Leute nicht beteiligt, ist einfach daneben. Wir haben alle beteiligt. Nur ist dabei deutlich geworden, dass jede Seite sozusagen ein eigenes Interesse hat. Wir haben erst einmal gar kein eigenes Modell vorgeschlagen, sondern wir haben die verschiedenen Interessengruppen ihre Modelle vorschlagen lassen. Dabei ist herausgekommen, dass keine Interessengruppe in der Lage ist, ein Modell vorzuschlagen, das von den anderen akzeptiert wird. Daraus haben wir dann ein Modell konstruiert, das alle verschiedenen Interessenlagen berücksichtigen soll. Das war das, was Sie als „MVI-Modell“ bezeichnet haben. Das haben wir in die Diskussion gebracht, weil es übrigens auch die meiste Zustimmung hatte.

(Minister Winfried Hermann)

Was ist das Besondere an diesem Modell? Was hat sich geändert? Ein Element ist u. a., dass wir die Steuerungsfähigkeit der Landkreise und Kommunen stärken wollen. Sie können uns ja gerade nicht vorwerfen, Herr Köberle, wir würden die privaten Unternehmen heraushalten und stattdessen Kompetenzen an die Landkreise abgeben. In Ihrem ÖPNV-Gesetz, das wir übernommen haben – an dieser Stelle übrigens gern –, steht ausdrücklich drin, dass die Kommunen, also die Landkreise und kreisfreien Städte, für den ÖPNV im Straßenbereich verantwortlich sind. Diese Steuerungskompetenz haben Sie ihnen gesetzlich zugeschrieben. Aber Sie haben ihnen nie Geld und Möglichkeiten für die Wahrnehmung gegeben. Insofern war das sozusagen ein papiernes Gesetz. Wir erfüllen dieses Gesetz mit Leben. Deshalb müssen wir die bisherigen Strukturen ändern.

Was streben wir an? Wir wollen, wie gesagt, die Steuerungsmöglichkeiten eines ganzheitlichen Angebots in der Fläche im ländlichen Raum stärker – ich sage bewusst „stärker“ – den Kommunen zuschreiben. Das wollen wir zusammen mit den Unternehmen machen, aber es ihnen nicht ausschließlich überlassen, wie das heute teilweise der Fall ist. Die heutigen Bedingungen sind so, dass manche Unternehmen bestimmte Linien bedienen, die für sie rentabel sind. Aber das ist kein ganzheitliches Angebot. Die nicht rentablen Verbindungen werden nicht angeboten. Auch die kommunalen Landesverbände mahnen an, dass man dies verbessern muss.

Wir haben übrigens den Unternehmen einen Mittelstandspakt angeboten, weil wir mit der Kraft der Unternehmen, mit ihrer Eigenwirtschaftlichkeit durchaus weiterarbeiten wollen, aber es muss besser koordiniert und besser gesteuert werden. Das war das eigentliche Ziel dieses Prozesses.

Jetzt komme ich zu der Frage: Warum ist es gescheitert, oder warum haben wir es jetzt nicht fertiggebracht? Nachdem ich gesagt hatte, dass ich gern in dieser Legislaturperiode damit fertig werden möchte, kamen die Widerstände, vor allem vom Verband Baden-Württembergischer Omnibusunternehmer, von einzelnen Unternehmen. Da unser Anspruch war, es möglichst im Konsens zu lösen, haben wir den Zeitdruck herausgenommen, haben nochmals eine Suchschleife, nochmals einen Diskurs gemacht. Wir haben aber auch deutlich gemacht: Die Reform muss kommen. Wir brauchen eine europarechtskonforme Reform. Wir wollen die Grundlagen für einen besseren ÖPNV auf der Straße schaffen. Ich glaube übrigens auch, dass wir dafür mehr Mittel brauchen. Jeder muss wissen: Wenn die Reform kommt, wird man nicht umhinkommen, etwas mehr Geld ins System zu geben. Denn nach 15 Jahren reicht das Geld nicht mehr aus.

An dieser Stelle haben wir uns jetzt verständigt. Wir halten fest, worauf wir uns bisher verständigt haben. Wir halten fest, wo es noch Dissens gibt. Es ist die Aufgabe des nächsten Landtags und der nächsten Regierung, das richtig umzusetzen. Ehrlich gesagt: Ich hätte es gern schon in dieser Legislaturperiode gemacht, habe mich aber sozusagen ein Stück weit dem massiven Widerstand des WBO gebeugt. Denn ich will nicht gegen diejenigen arbeiten, die dort organisiert sind, sondern mit ihnen, weil sie Träger des ÖPNV im ländlichen Raum sind. Ich will, dass sie da mitmachen. Ich bin mir relativ sicher, dass wir da im nächsten Jahr sehr viel weiter kommen, weil man auch dort weiß, dass man den rechtlich nicht halt-

baren Zustand nicht mehr länger aufrechterhalten kann, sondern sich da einfinden muss.

In diesem Sinn bin ich zuversichtlich, dass wir eine gute Reform hinbekommen. Denn klar ist doch eines: Wir müssen angesichts des demografischen Wandels auch die finanziellen Grundlagen für den ÖPNV im ländlichen Raum verbessern.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Köberle.

Abg. Rudolf Köberle CDU: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Lieber Herr Minister, im Unterschied zu Herrn Schwarz haben Sie wenigstens etwas zum Thema gesagt. Dafür bin ich schon einmal dankbar. Darüber kann man sich vertieft unterhalten. Man kann da ein Stück weit gleicher Meinung sein und in dem einen oder anderen Thema unterschiedlicher Meinung sein.

Aber eines, lieber Herr Minister, halte ich einfach für nicht angemessen. Sie sagen, wir hätten zehn Jahre Zeit gehabt, hier eine Reform vorzunehmen. Sie wissen ganz genau, dass für jede notwendige Reform ein bestimmter Zeitpunkt der richtige ist. Manche Themen entwickeln sich im Laufe der Jahre, werden dann zum Problem und müssen dann einer Reform zugeführt werden.

Wir hatten 2007 – übrigens im Konsens mit den Betroffenen – die Pauschalierung eingeführt. Das war 2007 ein richtiger Schritt. Dass dann aber 2010, 2011, 2012, 2013 die Schiefelage immer deutlicher wurde, hat Sie dann in Regierungsverantwortung vor eine neue Aufgabe gestellt. Das wäre uns genauso ergangen, wenn wir in Regierungsverantwortung geblieben wären. Also: Alles zu seiner Zeit. Das betrifft natürlich auch Reformen.

Der Kollege Schwarz hat hier eine Jubelarie über das Busland Baden-Württemberg angestimmt. Das ging eigentlich komplett am Thema vorbei. Ihre Ausführungen, Herr Schwarz, gingen an unserem Antrag völlig vorbei. Ich bin bloß dankbar, dass Sie nicht auch noch behauptet haben, dass nach 2011 der Omnibus erfunden worden wäre. Das ist eindeutig schon einige Jahre vorher passiert.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Kernpunkt des Themas, lieber Kollege Schwarz und lieber Herr Minister, ist ja Ihr Anspruch, anders zu regieren, als wir es getan haben, in die Betroffenen hineinzuhören. Wenn Sie bei diesem Thema in die Betroffenen hineinhören, dann stellen Sie ganz deutlich einen sehr großen Frust darüber fest, wie mit diesem Thema umgegangen wurde. Das hat schon mit der Frage der zeitlichen Taktung zu tun. Sie haben massiv Druck gemacht. Ich verstehe das ein Stück weit. Sie wollten einen Schritt vorankommen. Da steckt auch etwas Ungeduld dahinter. Aber in dieser Situation war dieses Vorgehen eigentlich ziemlich ungeeignet.

Wenn Sie jetzt sagen, wir hätten nun alle Zeit der Welt, dann sollten Sie uns vielleicht auch noch sagen, was momentan geschieht. Wenn nämlich gar nichts geschieht, dann kommen wir auch nicht vorwärts. Ich habe den Eindruck, dass seit dem

(Rudolf Köberle)

Scheitern des runden Tisches in dieser Sache nichts mehr passiert. Auch das macht die Betroffenen zunehmend unruhig, weil sie natürlich genauso Planungssicherheit und Zukunftssicherheit haben wollen wie wir, die wir in der Politik Verantwortung tragen.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 15/5077 (Geänderte Fassung).

Abschnitt I des Antrags ist ein Berichtsteil und kann für erledigt erklärt werden.

Abschnitt II des Antrags ist ein Beschlussteil, der ein Ersuchen an die Landesregierung enthält. Wird Abstimmung über Abschnitt II gewünscht? – Das ist der Fall. Wer Abschnitt II zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? –

(Abg. Peter Hauk CDU: Warum?)

Enthaltungen? – Damit ist Abschnitt II mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Peter Hauk CDU: Warum? – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist immer so! – Gegenruf des Abg. Peter Hauk CDU: Was ist das für eine Antwort?)

Somit ist Punkt 8 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – Inklusion in der Polizei – Drucksache 15/5120

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung erteile ich für die SPD-Fraktion Herrn Abg. Hinderer.

Abg. Rainer Hinderer SPD: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Für das Gelingen der Inklusion von Menschen mit einer Behinderung sehe ich drei wesentliche Handlungsfelder, die es in den Blickpunkt der Landespolitik zu nehmen gilt. Das ist zum Ersten die Inklusion in der Bildung auf allen Ebenen, zum Zweiten die Inklusion im Bereich des Wohnens und zum Dritten die Inklusion in der Arbeitswelt.

Bei der Entwicklung und Ausgestaltung einer inklusiven Arbeitswelt hat das Land als größter Arbeitgeber im Land sicher Vorbildcharakter. Dies gilt selbstverständlich auch für den Bereich der Innenverwaltung, für den Bereich der Polizei mit ihrem nach der Lehrerschaft und der Wissenschaft drittgrößten Personalkörper unter den Landesbediensteten.

Mehr als 1 400 Beschäftigte mit einer Schwerbehinderung oder gleichgestellte Personen leisten bei der Polizei ihren Dienst. Da gilt es zunächst festzuhalten: Sowohl im gesamten Bereich der Innenverwaltung mit 6 % als auch im Bereich der Polizei im engeren Sinn mit über 5 % wurde in den Jahren 2013 und 2014 die gesetzliche Schwerbehindertenquote erreicht. Das ist positiv.

Sicher ist eine behinderungsgerechte Ausgestaltung von Arbeitsplätzen im Polizeivollzugsdienst mit besonderen Anforderungen verbunden. Im Einsatzbereich gibt es mitunter auch Grenzen, beispielsweise im Hinblick auf das Erfordernis größtmöglicher körperlicher Leistungsfähigkeit. Aber auch hier gibt es immer wieder Ausnahmen, die zeigen, dass eine Behinderung der uneingeschränkten Polizeidienstfähigkeit nicht im Weg steht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vielleicht erinnern Sie sich an das Beispiel, das durch die Presse ging: Ein aufgrund einer Unterschenkelamputation behinderter Polizist bekam dennoch eine uneingeschränkte Polizeidienstfähigkeit bescheinigt. Dies sind positive Beispiele, die es auch immer wieder zu würdigen und in der Öffentlichkeit vorzustellen gilt.

Zudem gibt es eine ganze Menge von polizeilichen Handlungsfeldern, wo durch Kopfarbeit physische Einschränkungen hervorragend kompensiert werden können. Ich denke z. B. an den gesamten Bereich der Bekämpfung der Cyberkriminalität, die zunehmend an Bedeutung gewinnt. Hier können eine Vielzahl von Expertinnen und Experten beschäftigt werden, die nicht dem Polizeivollzugsdienst angehören. Für die Einstellung in den Landesdienst ist daher in diesem Fall auch nicht den gesundheitlichen Anforderungen der Polizeidienstvorschrift 300 vollumfänglich Rechnung zu tragen.

Wir möchten die Stellungnahme der Landesregierung zum Anlass nehmen, alle Verantwortlichen in der Polizei zu ermuntern, mit gutem Willen, mit Kreativität und mit Verantwortungsbewusstsein dafür Sorge zu tragen, dass auch weiterhin Menschen mit einer Behinderung im Polizeidienst eine geeignete Verwendung finden und die Einsatzmöglichkeiten weiter ausgebaut werden.

Dazu gehört für uns auch die Bereitstellung einer geeigneten Infrastruktur. Das fängt bei den Hilfsmitteln an und geht bis hin zur Barrierefreiheit von Dienststellen und IT-Anwendungen. Wir bitten darum, dass dort, wo saniert, umgebaut oder neu gebaut wird oder wo neue Software zum Einsatz kommt, immer auch dem Aspekt der Barrierefreiheit in hohem Maß Rechnung getragen wird.

Gerade im Kontext der erforderlichen Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der Polizeistrukturereform bieten sich gute Möglichkeiten, in Sachen Barrierefreiheit weitere Schritte voranzukommen.

Im Übrigen dürfen wir an dieser Stelle dankend feststellen, dass bei der Umsetzung der Polizeistrukturereform durch das vorbildliche Interessenbekundungsverfahren den Belangen von schwerbehinderten Bediensteten in hohem Umfang Rechnung getragen wurde. Uns sind mit Blick auf Polizistinnen und Polizisten sowie auf die weiteren Polizeibesetzten, die mit einem Handicap leben müssen, keine besonderen Härten bekannt geworden. Auch vonseiten der Hauptschwerbe-

(Rainer Hinderer)

hindertenvertretung, die eng in die Projektarbeit zur sozial verträglichen Umsetzung der Polizeireform eingebunden war, sind uns keinerlei Klagen bekannt.

Deshalb möchte ich für die SPD-Fraktion abschließend unserem Innenminister und der Polizeiführung für die Berücksichtigung der besonderen Belange der schwerbehinderten Beschäftigten in der Polizei und ganz speziell der schwerbehinderten Polizistinnen und Polizisten danken.

Ganz herzlich danken wir auch allen Schwerbehindertenvertreterinnen und -vertretern, die sich mit großem Engagement für die Interessen ihrer Kolleginnen und Kollegen einsetzen. Wir wünschen uns, dass diese mit ihrem professionellen Einsatz dazu beitragen werden, dass in den Dienststellen und Einrichtungen der Polizei die Beschäftigungsquote von Schwerbehinderten auch in den kommenden Jahren erfüllt und vielleicht sogar noch etwas gesteigert werden kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf von der SPD: Bravo!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion – –

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Oh, ein Wechsel!
– Vereinzelt Heiterkeit)

Für die CDU-Fraktion

(Abg. Thomas Blenke CDU zur SPD: Ich habe schon schwer geschluckt! Aber ihr sicher auch! – Gegenruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ja!)

erteile ich das Wort Herrn Abg. Blenke.

Abg. Thomas Blenke CDU: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Seit dem Jahr 2008 berichtet die Landesregierung bereits – seinerzeit auf Antrag der CDU-Fraktion – jährlich über die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen in der Landesverwaltung. Der Hintergrund war für uns Antragsteller seinerzeit, dass wir hinsichtlich der Gestaltung einer inklusiven Arbeitswelt durchaus eine Vorbildfunktion der Landesverwaltung sehen. Insofern ist es durchaus anzuerkennen und positiv, dass die SPD-Fraktion hier einmal eine Abfrage speziell für die Polizei initiiert hat. Denn – Kollege Hinderer hat es eben schon ausgeführt – die Polizei ist mit anderen Verwaltungsbereichen bezüglich ihrer beruflichen Anforderungen nicht vergleichbar.

Deshalb ist auch die Einstellung in den Polizeivollzugsdienst speziell geregelt, und zwar in einer Polizeidienstvorschrift. Die Polizei wäre nicht die Polizei, wenn sie hierfür nicht auch eine Abkürzung hätte: PDV 300 heißt diese Vorschrift. Darin ist geregelt, dass die Erfüllung besonderer Anforderungen an die körperliche und geistige Leistungsfähigkeit sowie an die seelische Belastbarkeit Einstellungsvoraussetzung für die Bewerber ist. Dies gilt damit für den größten Teil des Personalkörpers der Polizei. Es sind Einstellungshürden, die Menschen mit Behinderung zumindest in sehr vielen Fällen nur schwer überwinden können.

Damit gilt für den größten Teil des Personalkörpers der Polizei, nämlich für den Vollzugsdienst, dass es hauptsächlich darum geht, eine Weiterbeschäftigung für den Fall sicherzustellen,

dass während des laufenden Dienstes eine Beeinträchtigung auftritt, die nicht mehr die volle Polizeidienstfähigkeit im Vollzugsdienst gewährleistet.

Vor diesem Hintergrund ist es ein wenig verwunderlich, aber ausdrücklich anzuerkennen, dass die Polizei dennoch die gesetzlich geforderte Quote für die Beschäftigung von Schwerbehinderten im Großen und Ganzen praktisch erfüllt. Ich entnehme die entsprechenden Zahlen der Stellungnahme zum Antrag; ich weiß nicht, warum diese Zahlen etwas von denen abweichen, die Sie, Kollege Hinderer, nannten. Demnach waren es 2012 4,89 % – gerade knapp verfehlt – und 2013 5,23 % – Quote gerade erfüllt. Das ist in Ordnung; da kann man nichts sagen. Dies schaffen übrigens gar nicht alle Verwaltungsbereiche; dies wird bei der Betrachtung klar.

Dies bestätigt, dass es eine langjährige Entwicklung ist. Diese Entwicklung hat nicht erst in den vergangenen vier Jahren eingesetzt, sondern es ist ein langjähriger Prozess, der nun zu dieser Schwerbehindertenquote bei der Polizei führen konnte. Das hat weder etwas mit Grün-Rot zu tun, noch hat es irgendetwas mit der Polizeireform zu tun; das möchte ich ausdrücklich sagen. Es ist vielmehr eine langjährige Entwicklung, die bei der Polizei stattfindet und die positiv zu bewerten ist.

Ich möchte anregen, zu prüfen, ob man künftig gerade im Bereich des Spezialistentums das Augenmerk noch gezielter darauf richten kann, Schwerbehinderte bereits bei der Einstellung besonders zu berücksichtigen. Eben hatte ich erwähnt, dass es bislang überwiegend um Fälle ging, in denen während des Dienstes eine Behinderung eintritt. Ich halte es inzwischen aber für sinnvoll, bereits bei der Einstellung entsprechende Möglichkeiten zu finden, etwa dann, wenn es um Tätigkeiten von Spezialisten geht. Ich will ein Beispiel nennen: Ein hoch spezialisierter IT-Experte bei der Polizei kann seine Tätigkeit sehr wohl auch im Rollstuhl ausüben und für den Polizeivollzugsdienst wertvolle und sinnvolle Dienste leisten. Wir bitten darum, hierauf einfach ein Augenmerk zu richten.

Im Übrigen fragen Sie in Ihrem Antrag, in dem Sie sich zur Umsetzung der Polizeireform nach den Belangen der Schwerbehinderten erkundigen, mit Verlaub, eigentlich Selbstverständlichkeiten ab. Es ist doch eine Selbstverständlichkeit, dass bei der Umsetzung einer Reform Belange von Schwerbehinderten berücksichtigt werden. Es wäre schlimm, wenn dies nicht geschehen wäre.

In diesem Punkt, muss ich sagen, haben Sie es bei der Polizeireform richtig gemacht. Ich darf aus der Stellungnahme des Innenministeriums zitieren. Auf die Frage, wie es bei der Polizeireform umgesetzt wurde, schrieben Sie:

Die im früheren Reformvorhaben der Landesregierung (Sonderbehörden-Eingliederung, Verwaltungsreform) festgelegten Standards waren auch für die Umsetzung der Polizeistrukturereform maßgebend.

Es war sinnvoll, sich dessen zu bedienen. Das ist keine Erfindung der Polizeireform, das ist auch keine Erfindung der derzeitigen Regierung, sondern es ist eine Selbstverständlichkeit, so vorzugehen. Insofern hätten Sie dies eigentlich nicht extra fragen müssen.

(Beifall bei der CDU)

(Thomas Blenke)

Ich möchte abschließend eine Anregung und einen Wunsch äußern. In der letzten Frage der SPD wird nach einer Aufgliederung gefragt, welche Behinderungen durch Berufsunfälle ausgelöst wurden. Nun gehört zu Berufsunfällen leider immer häufiger auch der Fall, dass eine solche Behinderung aufgrund von Gewalt gegen Polizeibeamte verursacht wird. Dies wird bislang nicht gesondert erfasst. Das hat mit Sicherheit auch datenschutzrechtliche Gründe wegen der individuellen Rechte der Bediensteten. Gleichwohl wäre es sinnvoll und wünschenswert, wenn man hierzu eine entsprechende Auflistung und Statistiken hätte. Deswegen, Herr Minister, regen wir an – vielleicht können Sie uns hierzu einen Satz sagen –, dass Sie prüfen, ob man in anonymisierter Form, sodass keine datenschutzrechtlichen Probleme auftauchen, aufnimmt, welche Behinderungen durch Dienstunfälle und insbesondere durch Gewalt gegen Polizeibeamte ausgelöst wurden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Frau Abg. Häffner.

Abg. Petra Häffner GRÜNE: Sehr geehrte Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Inklusion ist mir in den letzten vier Jahren als polizeipolitische Sprecherin wahrlich selten begegnet. Ich bin aber dankbar dafür, dass wir es heute als Thema hier im Landtag haben.

Seit dem Regierungswechsel stellt die grün-rote Landesregierung die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen und die Erstellung eines Landesaktionsplans ins Zentrum der Politik für Menschen mit Behinderungen.

Inklusion ist bei der Polizei ein ernst zu nehmendes Thema. Heute will ich es aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachten. Generell müssen wir bei der Polizei die Bereiche Vollzug und Nichtvollzug getrennt betrachten. Denn für beide gelten unterschiedliche Richtlinien.

Im Bereich Nichtvollzug arbeiten bei der Polizei, wie übrigens auch in anderen Landesbehörden, auf vielen unterschiedlichen Positionen Schwerbehinderte. In der Verwaltung lassen sich Arbeitsplätze finden bzw. einrichten, die für die jeweils betroffenen Menschen eine optimale Voraussetzung für die Ausübung ihres Berufs darstellen. Als Beispiel möchte ich einen Sehbehinderten nennen, der dann mithilfe eines größeren Bildschirms arbeiten kann, der ihm auch bereitgestellt wird.

In der Arbeitswelt geht es jedoch nicht nur um körperliche Behinderungen, sondern vermehrt auch um psychische Behinderungen, die es in der Gesellschaft gibt. Auch diese Menschen sollen in die Arbeitswelt integriert werden und ihren Fähigkeiten und Möglichkeiten entsprechend eingesetzt werden. In diesem Zusammenhang ist es spannend, dass erst vor wenigen Wochen die IBM dadurch auf sich aufmerksam gemacht hat, dass dort Arbeitsplätze speziell für Menschen mit Autismus eingerichtet wurden. Die IBM erkannte, dass gerade diese Menschen besondere Fähigkeiten haben, die für die Entwicklung von Computerprogrammen genial sind. Dabei sind

die hohe Intelligenz und die Konzentrationsfähigkeit zu nennen. Im Gegenzug dazu macht die IBM Folgendes: Sie richtet die Arbeitszeiten sowie die Arbeitsplätze dementsprechend ein. Damit wird sie gezielt den Bedürfnissen dieser Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gerecht.

Dies ist ein gutes Beispiel dafür, wie Menschen mit Handicap in die Arbeitswelt integriert werden.

(Beifall bei den Grünen)

Schauen wir uns den Vollzugsdienst bei der Polizei an. Dazu hat der Kollege Blenke bereits gesagt, dass es bei einer Bewerbung für die Anwärterinnen und Anwärter hohe Anforderungen an die Gesundheit dieser Personen gibt. Dies hat auch berechtigte Gründe.

Die Polizeidienstvorschrift 300 ist vorhin schon genannt worden. Darin heißt es, dass der Vollzugsbeamte „zu jeder Zeit an jedem Ort einsetzbar sein muss“. Um allen Situationen, die der Polizeidienst unseren Beamtinnen und Beamten abverlangt, gerecht zu werden, ist eine gute körperliche und psychische Fitness von immenser Bedeutung. Das wird übrigens auch von Beschäftigten in anderen Berufen wie Lokomotivführern, Piloten usw. abverlangt.

Ich möchte dies an einem Beispiel verdeutlichen: Nehmen wir einen Menschen, der an Epilepsie leidet und schon seit Jahren keinen Anfall mehr hat, weil er gut eingestellt ist. Würde dieser Mensch in einem Schichtdienst arbeiten und hätte dann daraufhin auch Nachtdienst – –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Hundeführer!)

– Bitte?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Hundeführer!)

– Ja.

Der erste Faktor, um einen Anfall auszulösen, ist der Entzug von Schlaf. Der zweite Faktor würde hinzukommen, wenn dann ein Fall zu bearbeiten ist und eben Adrenalin und Stress steigen. Der dritte Reiz, der einen Anfall auslösen könnte, wäre dann wegen der Lichtreize des Blaulichts die Fahrt mit dem Polizeiauto. Was geschehen würde, wenn dieser Mensch während des Einsatzes einen Anfall bekommen würde, brauche ich hier nicht weiter auszuführen.

Eine wichtige Frage ist aber, was die Polizei mit den Beamtinnen und Beamten, die während ihres Arbeitslebens durch Erkrankung oder Unfall in die Situation der Schwerbehinderung kommen, macht. Darauf hat die Polizei gute Antworten. Schließlich sind tatsächlich 5 % der Polizeiangehörigen Schwerbehinderte. In diesen Fällen werden dann spezielle Schulungslehrgänge angeboten, um sich dann dementsprechend in Spezialthemen ausbilden zu lassen, um mit dem Restvermögen, was noch vorhanden ist, in weiteren Arbeitsfeldern eingesetzt werden zu können. Hierbei sind zu nennen: die Kriminaltechnik, die Lehrtätigkeit oder aber auch die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität.

Wichtig ist es ferner, dass man auch sieht, dass es bei Schwerbehinderungen auch Unterschiede gibt. Auch der Kollege Blenke hat ein solches Beispiel genannt. Es gibt einen Beam-

(Petra Häffner)

ten mit einer Unterschenkelamputation, der wieder die volle körperliche Einsatzfähigkeit erreicht hat. Dies war möglich durch Rehamaßnahmen, durch die enge Anbindung der Polizeiärzte, die diesen Prozess mitbegleitet haben, und natürlich auch durch den Beamten selbst, der das wollte. Es wurden keine Mühen und Kosten gescheut.

Als Physiotherapeutin weiß ich, was diese Menschen geleistet haben, dass es ein anspruchsvoller Weg ist, der in diesen Fällen beschränkt werden muss. Meine Anerkennung und mein Dank gelten diesen Beamten, aber auch den Polizeipräsidenten, die das mit unterstützen, damit diese Menschen wieder individuell eingesetzt werden können.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie des Abg. Claus Paal CDU)

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort Herrn Abg. Professor Dr. Goll.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wir von der FDP/DVP-Fraktion finden es natürlich richtig, dass man sich hier im Landtag dieses Themas annimmt, damit auch den Betroffenen signalisiert wird, dass wir sie sozusagen auf dem Bildschirm haben, dass wir an sie denken. Wir Liberalen hatten schon immer diese Haltung und sagen, dass Menschen mit Behinderungen als selbstverständlicher Teil der Gesellschaft ganz einfach dazugehören. Sie brauchen keine Fürsorge, sondern sie brauchen selbstbestimmte und gleichberechtigte Teilhabe. Das entspricht unserem Leitbild. Unter dem Schlagwort „barrierefrei statt Hürdenlauf“ ist das auch integraler Bestandteil unserer Bürgerrechtsstrategie. Das brauche ich fast nicht vorweg zu betonen. Deshalb stützen wir die Zielrichtung dieses Antrags.

Man kann auch durchaus erfreut feststellen, dass, aufs Ganze gesehen, die Zahlen im Polizeibereich gar nicht schlecht sind und die Quote auch angestiegen ist, wie aus der Stellungnahme hervorgeht.

Was man als ein bisschen weniger befriedigend ansehen mag, ist, dass in der Tat eine Aufschlüsselung nach Vollzugsdienst und anderen Bereichen nicht stattfindet, dass keine Erhebung erfolgt, ob die Behinderung vielleicht durch den Dienst bedingt war, dass auch nicht erhoben werden konnte, wie viele Schwerbehinderte eigentlich durch die Reform betroffen sind und umziehen mussten. Denn ich nehme jetzt an, dass natürlich gerade die besondere Stresssituation aufgrund der Reform auch ein Grund für diesen SPD-Antrag war, wobei ich an dieser Stelle den Hinweis nicht auslassen möchte, dass, wenn es nach unseren Vorschlägen gegangen wäre, natürlich nicht so viel umgezogen worden wäre und insofern auch weniger Stress ausgelöst worden wäre.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Das nur mit einem Satz.

Aber ich möchte den Antrag nicht zu einer neuen Auseinandersetzung über die Polizeireform nutzen.

Man muss klar sagen, dass sich Behinderte mit Sicherheit mehr Gedanken um ihren Arbeitsplatz machen als andere und dass sie schon besonderen Stress empfinden, wenn sich etwas ändert. Umso erfreulicher ist es – das Positive möchte ich genauso hervorheben –, dass aus der Stellungnahme zu dem Antrag hervorgeht, dass man sich offensichtlich darum gekümmert hat, dass man offensichtlich diesen Umstand mit einbezogen hat, dass man überhaupt auf gesundheitliche Einschränkungen eingeht, wenn es um die künftige Verwendung geht. Man hat den Eindruck, dass da schon sorgsam vorgegangen worden ist.

Es ist sicher auch erfreulich, zu hören, dass die Hauptschwerbehindertenvertretungen zur Vorbereitung der sozial vertraglichen Umsetzung überall eng einbezogen waren. Es ist beruhigend, zu hören, dass die Äußerungen der Schwerbehindertenvertretungen weitgehend berücksichtigt wurden. Im Übrigen gehe ich auch davon aus, dass wir sicher davon gehört hätten, wenn es in dem einen oder anderen Fall nicht so gewesen wäre. Aber es ist offensichtlich darauf Rücksicht genommen worden.

In diesem Sinn kann man hoffen, dass der Integrationsprozess und der Inklusionsprozess bei der Polizei weitergeht, weiter Fortschritte macht. Die Anregungen stehen im Raum, ob man das noch ein bisschen besser erfassen kann, ob es z. B. tatsächlich einen Polizeivollzugsdienst erreicht, wo es natürlich schwieriger ist – übrigens ähnlich wie auch im Strafvollzug. Aber man hat den Eindruck, dass die Dinge auf einem guten Weg sind, der von uns selbstverständlich weiter unterstützt wird.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Gall.

Innenminister Reinhold Gall: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und werte Kollegen! Ich will mich vorneweg bedanken für die außerordentlich sachliche Würdigung dessen, was wir in der Stellungnahme zu dem Antrag der SPD-Fraktion ausgeführt haben. Ich verstehe dies ausdrücklich auch als Lob für diejenigen, die sich innerhalb der Polizei dieser Belange annehmen. Ich denke, es ist wirklich augenscheinlich: Das ist kein leichtes Unterfangen, denn gerade der Polizeivollzugsdienst verlangt nun einmal bestimmte Anforderungen an die Leistungsfähigkeit im Bereich der physischen und psychischen Belastungen. Das bringt dieser Beruf nun einmal mit sich. Deshalb ist dies kein Ergebnis, das sich von selbst einstellt, wenn ich sagen kann: Wir erfüllen im Bereich der Polizei die gesetzlich vorgeschriebene Quote. Denn da gibt es einiges zu tun, um dies zu erreichen.

Wenn wir uns die einzelnen Dienststellen in der Polizei anschauen, dann sehen wir da schon eine Bandbreite, eine Schwankungsbreite. Sie liegt zwischen 3 % und immerhin auch 9 %. Das heißt, in manchen Dienststellenbereichen sind wir bei 9 %, in anderen bei 3 %. Aber im Durchschnitt jedenfalls erfüllen wir die Quote, wie gesagt, im Gegensatz zu anderen Teilen der Landesverwaltung, die eben nicht diese enormen Herausforderungen, wie es sie beim Polizeiberuf gibt, haben.

(Minister Reinhold Gall)

Was der Kollege Hinderer quasi für die Zukunft eingefordert hat, nämlich dass wir diesbezüglich auch in der Zukunft nicht nur guten Willen und Kreativität an den Tag legen, sondern auch verantwortungsbewusst und -bereit sind, das sage ich ganz einfach zu. So ist die Polizei gestrickt, und zwar nicht nur deshalb, Kollege Blenke, weil es in der Polizeidienstvorschrift 300 so steht, sondern weil dies – ich möchte es noch einmal deutlich machen, in aller Kürze wohlgemerkt – tatsächlich auch aus dem eigenen Bewusstsein heraus gelebt wird.

Bei dem Bemühen, diese Quote zu erreichen, kommt erschwerend hinzu, dass wir gerade im Vollzugsdienst auf die Leistungsanforderungen und die Leistungsbereitschaft sowie die gesundheitlichen Anforderungen Rücksicht nehmen müssen. Die Einstellungskriterien für den Polizeivollzugsdienst sind definiert und, wie ich finde, zu Recht definiert.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Absolut!)

Ich denke, da gibt es auch keinen Dissens.

Wir haben in erster Linie dafür Sorge zu tragen, dass insbesondere im Nichtvollzugsbereich bei Ausschreibungen und bei Stellenbesetzungen Schwerbehinderte, Menschen mit Beeinträchtigungen vorrangig berücksichtigt werden. Nachdem wir jetzt auch in diesem Bereich in der Thematik Stellenbereinigung weit vorangeschritten sind, können wir dort jetzt bei den Neueinstellungen Schwerbehinderte und Menschen mit Beeinträchtigungen auch zukünftig berücksichtigen.

Aber wir setzen logischerweise einen großen Schwerpunkt bei den Kolleginnen und Kollegen, bei denen sich eine Schwerbehinderung oder Behinderung unterschiedlicher Art im Laufe des Berufslebens einstellt. Das muss nicht immer mit Gewalt gegen Polizei zu tun haben, sondern hat auch mit Belastungen des Polizeiberufs zu tun. Da legen wir diese Kreativität an den Tag, indem wir logischerweise alle Möglichkeiten ausschöpfen, den Arbeitsplatz möglichst durch investive Maßnahmen zu erhalten, damit der Arbeitsplatz nicht gewechselt werden muss.

Ein Stichwort lautet beispielsweise Barrierefreiheit; es wurde schon angesprochen. Kollege Blenke, ab und zu hatten wir ja bei Indienststellung neuer Reviere oder anderer Dienststellen schon gemeinsam die Gelegenheit, festzustellen, dass Barrierefreiheit selbstverständlich berücksichtigt ist. Aber Barrierefreiheit gilt es beispielsweise auch im Kommunikationsbereich umzusetzen, wo innerhalb der Polizei oder auch im Betätigungsfeld der Polizei kommuniziert werden muss. Das machen wir immer dort, wo es möglich ist. Die Bereiche Kriminaltechnik, Ermittlungstätigkeit, Verkehrsüberwachung wurden genannt. Da gibt es für schwerbehinderte Polizeibeamte durchaus auch im Vollzugsdienst Beschäftigungsmöglichkeiten. Wo immer dies gewünscht wird, versuchen wir, dies auch zu berücksichtigen.

Es war angefragt: Wie wurden die berechtigten besonderen Interessen der Schwerbehinderten in der Umsetzung der Polizeireform berücksichtigt? Da kann man ganz nüchtern sagen: Die Schwerbehinderten waren auf gar keinen Fall schlechtergestellt als die übrigen Kolleginnen und Kollegen. Da haben wir gerade in diesem Interessenbekundungsverfahren den

besonderen Erfordernissen Rechnung getragen. Ich will die Zahlen noch einmal in den Raum stellen: Von über 3 000 Menschen, die direkt von Versetzung betroffen waren, sind am Ende nur 36 bei der Hauptpersonalvertretung gelandet, und auch diese Fälle konnten, soweit ich weiß, bis auf einen Fall noch zufriedenstellend gelöst werden. Ich bin mir nicht ganz sicher: Herr Moser von Filseck war der Auffassung, dass unter diesen 36 auch ein Schwerbehindertenfall gewesen sein kann. Aber legen Sie mich da nicht fest.

Das hat schlicht und ergreifend auch damit zu tun, dass wir im Jahr 2013 im Rahmen einer Integrationsvereinbarung – getroffen vom Innenministerium mit dem Hauptpersonalrat für Schwerbehinderte und dem Hauptpersonalrat – eine entsprechende Vereinbarung getroffen haben, sodass im Rahmen des Reformprozesses und in der neuen Struktur auch die Interessen der Schwerbehinderten Berücksichtigung gefunden haben.

Ich habe davon gesprochen – damit bin ich dann auch schon am Ende meiner Rede –, dass dieser Gedanke der Inklusion von Menschen, die im Polizeiberuf ihre berufliche Existenz gesehen haben, gelebt wird und dass wir alles tun, um diesen Menschen ihre berufliche Existenz bis zum Ruhestand zu ermöglichen. Das machen wir im Übrigen auch über die reinen Beschäftigungsteile hinaus. Der Umgang mit Menschen mit Beeinträchtigungen findet auch innerhalb der Ausbildung statt, ist Ausbildungsinhalt der Polizei. Es geht beispielsweise um die Frage: Wie geht man mit bestimmten Behinderungen um, wenn die Polizei mit solchen Menschen zu tun hat?

Ich sage ausdrücklich noch einmal: Was das Thema Barrierefreiheit, was das Thema Kommunikationsbarrierefreiheit anlangt, sind wir aktiv. Das werden wir in der Zukunft so fortführen. Ich bin mir ziemlich sicher, dass die Polizei auch in der Zukunft nicht nur den gesetzlich vorgeschriebenen Anteil an Arbeitsplätzen tatsächlich zur Verfügung stellen kann, sondern dass wir gerade auch mit den heutigen Möglichkeiten in der Lage sind, Arbeitsplätze auch für Menschen mit Beeinträchtigung und Behinderung innerhalb der Polizei anzubieten.

Ich sage noch einmal ganz herzlichen Dank für Ihre wohlwollenden Ausführungen zu dem Thema. Ich gebe das gern an die Polizei weiter.

Ich will mich ausdrücklich auch bei den Menschen, die die Interessen der Schwerbehinderten innerhalb der Polizei vertreten, bedanken. Da gibt es eine sehr gute Zusammenarbeit. Wir pflegen einen anständigen Kontakt.

Ich bedanke mich gerade auch bei den Kolleginnen und Kollegen, die trotz Beeinträchtigungen oder Schwerbehinderungen die Liebe zu diesem Beruf nicht verloren haben, sondern auch künftig mit diesen Beeinträchtigungen ihre Arbeit im Dienst der Landespolizei erledigen. Dafür sage ich ganz herzlichen Dank.

Wie gesagt, ich denke, dass wir auch bei zukünftigen Berichten die Arbeit inhaltlich darstellen können. Innerhalb der Polizei erfüllen wir nicht nur den Anspruch, sondern wir gehen dort, wo es möglich ist, sogar darüber hinaus.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Blenke?

Innenminister Reinhold Gall: Ja.

Abg. Thomas Blenke CDU: Das ist eher eine Nachfrage, da Sie gerade mit Ihren Ausführungen zu Ende waren. Trotzdem vielen Dank.

Zum Schluss meiner Rede hatte ich gefragt, ob Sie bereit wären, Behinderungen aufgrund von Dienstunfällen und darunter als Subkriterium die Dienstunfälle, die durch Gewalt gegen Polizeibeamte verursacht sind, in anonymisierter Form gesondert zu erfassen. Das würde mir einen Antrag ersparen. Sonst sagen Sie nur wieder: Der Blenke macht immer so viele Anträge.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und des Ministers Reinhold Gall)

Innenminister Reinhold Gall: Nein, Herr Kollege Blenke. Wie Sie bereits in Ihrer ersten Frage zum Ausdruck gebracht haben, gibt es auch datenschutzrechtliche Rahmenbedingungen. Diese kenne ich nicht im Einzelnen; das will ich ausdrücklich sagen. Sie wissen vermutlich auch, dass nicht wir die Behinderteneigenschaft feststellen. Das wird vielmehr zum Teil außerhalb der Polizei und des ärztlichen Dienstes gemacht. Wir erhalten also quasi immer nur über Umwege davon Kenntnis.

Ich kann aber zusagen, dass ich prüfen lasse, ob eine anonymisierte Feststellung möglich ist

(Abg. Thomas Blenke CDU: Reicht mir!)

oder ob die Betroffenen von sich aus bereit sind, selbst die Daten – beispielsweise den Grad der Schwerbehinderung oder Ähnliches, was erforderlich ist, um zusammenzustellen, was Sie interessiert – zur Verfügung zu stellen. Ich denke, wir lassen Sie dann auch wissen, wie diese Prüfung ausfällt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Thomas Blenke CDU: Danke!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 15/5120. Der Antrag ist ein reiner Berichtsantrag und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen zu.

Damit ist Punkt 9 der Tagesordnung erledigt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Plenarsitzung findet morgen, am 18. Juni 2015, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 17:32 Uhr